

STUDIEN

THILO JANSSEN

**LINKE PARTEIEN
IN EUROPA**

**EIN VERGLEICH DER EUROPA-
POLITISCHEN POSITIONEN
VOR DEN EUROPAWAHLEN 2014**

THILO JANSSEN ist Politikwissenschaftler mit dem Schwerpunkt Europastudien/Osteuropa. Seit 2008 ist er als wissenschaftlicher Mitarbeiter der Europaabgeordneten Gabriele Zimmer (DIE LINKE) zuständig für die Bereiche Beschäftigung und Soziales in der EU, Osteuropa und rechte Parteien auf europäischer Ebene. Er ist Autor der Studie «Was macht die politische Rechte im Europäischen Parlament?», die im Jahr 2012 im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung erstellt wurde.

IMPRESSUM

STUDIEN wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig

V. i. S. d. P.: Martin Beck

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 2194-2242 · Redaktionsschluss: Juli 2013

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Layout/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling

INHALTSVERZEICHNIS

Einleitung	5
1 Linksparteien vor der Wahl	6
1.1 Europawahlen im Zeichen der Krise	6
1.2 Die nationale Ausgangslage: Wahlergebnisse	6
1.3 Reform der EU: «Sprung in Richtung eines wirklich föderalen Europas»?	6
2 Theoretische Einordnung: Föderalistischer Euroskeptizismus?	8
3 Kooperation linker Parteien auf europäischer Ebene	11
3.1 Partei der Europäischen Linken	12
3.2 Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL)	15
4 Europapolitische Positionen linker Parteien	19
4.1 SYRIZA – Enotiko Kinoniko Metopo	19
4.2 Izquierda Unida	20
4.3 Bloco Esquerda	22
4.4 Partito della Rifondazione Comunista	24
4.5 DIE LINKE	25
4.6 Front de Gauche – Parti Communiste Français und Parti de Gauche	27
4.7 Komunistická strana Čech a Moravy	29
4.8 Vasemmistoliitto	31
4.9 Sinn Féin	33
4.10 Socialistische Partij	34
4.11 Enhedslisten – De rød-grønne	35
4.12 Vänsterpartiet	37
4.13 Kommounistikó Kómma Elládas	39
4.14 Partido Comunista Portugues	39
4.15 Sinistra Ecologia e Libertà	41
4.16 Vinstrihreyfingin – grænt framboð	42
5 Europawahlen 2014: Wird es einen europäischen Wahlkampf der Linken geben?	44
5.1 Demokratie in der EU: Eine Frage der Ebene	44
5.2 Größter gemeinsamer Nenner: Ein soziales Europa	45
5.3 Elektorale Ausgangssituation und die Kandidatenfrage: Kopflös ins Rennen?	46
Literatur	48
Quellen	50
Abkürzungsverzeichnis	57
Tabellenverzeichnis	58

EINLEITUNG

«Greece could be the spark for defeating austerity across Europe» (Tsipras 2013a). Im Juni 2012 schien es, als könnte Alexis Tsipras mit der Linkspartei SYRIZA die Parlamentswahlen in Griechenland gewinnen und mit einem alternativen Reformprogramm die Austeritätspolitik der EU infrage stellen. Zwar kam es schlussendlich nicht zum Regierungswechsel; es hatte sich jedoch gezeigt, dass eine linke Partei zur ernst zu nehmenden elektoralen Alternative für die Sozialdemokratie werden kann. Tsipras wurde international zum medialen Gesicht der parlamentarischen Seite des linken Widerstands gegen den Neoliberalismus in Europa. Insgesamt betrachtet agieren Linksparteien in der EU jedoch nicht aus einer Position der Stärke heraus. Die Linksfraktion im Europäischen Parlament (EP), die Gauche Unitaire Européenne/Nordic Green Left (GUE/NGL), repräsentiert nach den Europawahlen 2009 etwa 4,5 Prozent der WählerInnen in der EU. Wo steht die Parteienfamilie der Linksparteien ein Jahr vor der Wahl zum Europaparlament 2014? Dieser Frage geht

die vorliegende Studie nach. Im Folgenden wird die europapolitische Aufstellung linker Parteien exemplarisch anhand von 16 Fallbeispielen untersucht. Der überwiegende Teil der Parteien gehört der GUE/NGL, viele der Europäischen Linken (EL) an.

Kapitel 1 stellt die Ausgangslage in der EU im Frühjahr 2013 im Hinblick auf den anstehenden Europawahlkampf dar. In Kapitel 2 soll die europapolitische Positionierung linker Parteien theoretisch eingeordnet werden. Kapitel 3 gibt einen Überblick über die europäischen Strukturen, in denen linke Parteien aktiv sind, und unterzieht die Europapartei EL sowie die EP-Parlamentsfraktion GUE/NGL einer näheren Betrachtung. In Kapitel 4 werden die Parteien einzeln behandelt im Hinblick auf Kernaussagen zur EU-Integration, programmatische Inhalte mit Bezug auf die EU-Ebene, Bündnisstrategien und den Stellenwert der EU-Politik. Abschließend soll in Kapitel 5 ein Ausblick bezüglich eines gemeinsamen europäischen Wahlkampfes der Linksparteien im Jahr 2014 gegeben werden.

1 LINKSPARTEIEN VOR DER WAHL

1.1 EUROPAWAHLEN IM ZEICHEN DER KRISE

Ein Jahr vor den Wahlen zum Europäischen Parlament 2014 befindet sich die EU noch immer in einer wirtschaftlichen und sozialen Krise. Die Arbeitslosenquote liegt bei durchschnittlich über zehn Prozent; in Griechenland und Spanien erreichte sie im April 2013 sogar 27, in Portugal 17,5 Prozent. Mehr als die Hälfte der unter 25-Jährigen in Spanien und Griechenland ist arbeitslos (vgl. KOM 2013). Seit dem Jahr 2007 beurteilt laut Eurobarometer der Kommission eine Mehrheit der Menschen in der EU die wirtschaftliche Lage durchgehend negativ. Im November 2012 war dies die Einschätzung von 72 Prozent der EU-Bevölkerung. Überwiegend als «gut» bewerten die Menschen die ökonomische Situation in nur noch sechs Mitgliedstaaten: Schweden, Deutschland, Luxemburg, Österreich, Finnland und Dänemark. In allen anderen 21 EU-Ländern wird die wirtschaftliche Lage von mehr als der Hälfte der Menschen als «schlecht» eingeschätzt – in Spanien und Griechenland von 98 bzw. 99 Prozent der Menschen (vgl. KOM 2012a). Die wirtschaftliche und soziale Instabilität schlägt sich auch politisch nieder. In zahlreichen Mitgliedstaaten gab es vorgezogene Neuwahlen. Gegen den neoliberalen Austeritätskurs im Rahmen der Krisenbewältigung der EU protestierten Gewerkschaften und soziale Bewegungen. Beispiele sind die zahlreichen Demonstrationen, Streiks und Generalstreiks gegen die Austeritätspolitik in Griechenland, Spanien, Portugal, Italien, Rumänien und Bulgarien, die Proteste der Occupy-Bewegung oder der Indignados. Einen Höhepunkt fanden die Protestaktionen bei dem ersten grenzüberschreitenden Generalstreik am 14. November 2012 in Portugal und Spanien, der von Protesten und Demonstrationen in ganz Europa begleitet wurde. Im Juni 2013, parallel zur Tagung des Europäischen Rates (ER) der Staats- und Regierungschefs, veranstalteten Gewerkschaften, soziale Bewegungen und politische Stiftungen in Athen einen alternativen Gipfel («Alter Summit»), um gegen die institutionalisierte Austeritätspolitik zu demonstrieren und alternative Vorschläge für eine soziale und demokratische EU zu erarbeiten (vgl. Alter Summit 2013).

1.2 DIE NATIONALE AUSGANGSLAGE: WAHLERGEBNISSE

Können linke Parteien von dieser Ausgangslage bei Wahlen profitieren? Während neue und alte antipolitische, rechtspopulistische und neonazistische Parteien in Italien (Movimento 5 Stelle), Finnland (Perussuomalaiset), Frankreich (Front National), Griechenland (Chrysi Avgi) oder Ungarn (Jobbik, Fidesz) von der Krisensituation zumindest kurzfristig profitieren konnten, lassen die Wahlergebnisse der Linksparteien keinen eindeutigen Trend erkennen. Das beste Resultat einer Linkspartei bei einer Parlamentswahl erreichte SY-

RIZA im Juni 2012 in Griechenland mit 26,89 Prozent (+10,1 Prozent gegenüber Mai 2012 und +22,3 Prozent gegenüber dem Wahlergebnis von 2009). Auch die spanische Izquierda Unida (IU) konnte 2011 ihr Ergebnis im Vergleich zu 2008 fast verdoppeln und kam auf 6,92 Prozent (+3,15 Prozent) der Stimmen. Die französische Front de Gauche verbesserte ihr Ergebnis 2012 auf 6,91 Prozent (+2,62 Prozent gegenüber dem Ergebnis der Parti Communiste Français PCF). In Portugal jedoch stagnierte die Partido Comunista Português (PCP) 2011 bei 7,9 Prozent (+0,04), während der Bloco de Esquerda (BE) mit 5,17 Prozent (-4,64) sogar um fast die Hälfte einbrach. Auch in anderen Mitgliedstaaten mussten Linksparteien leichte Verluste hinnehmen: Die Socialistische Partij (SP) kam in den Niederlanden 2012 auf 9,65 Prozent (-0,17), trotz besserer Umfragewerte zwischen 24 und 36 Prozent vor der Wahl. Die schwedische Vänsterpartiet (V) erreichte 2010 5,60 Prozent (-0,25), die tschechische Komunistická strana Čech a Moravy (KSČM) erzielte im selben Jahr 11,3 Prozent (-1,5). In Italien verpasste im Februar 2013 das Bündnis Rivoluzione Civile (RC), in dem unter anderem die Partito Rifondazione Comunista (PRC) und die Partito dei Comunisti Italiani (PdCI) organisiert waren, den Einzugs ins Parlament. In Deutschland stehen die Bundestagswahlen im Herbst 2013 an; DIE LINKE, die derzeit mit acht Abgeordneten die größte Delegation in der GUE/NGL stellt, liegt in den Umfragen von Mai 2013 zwischen sechs und neun Prozent (2009: 11,9 Prozent). In vielen Mitgliedsstaaten, vor allem im Osten Europas, haben Linksparteien keine elektorale Relevanz.

1.3 REFORM DER EU: «SPRUNG IN RICHTUNG EINES WIRKLICH FÖDERALEN EUROPAS»?

Die Schaffung neuer Institutionen wie der Rettungsschirme EFSF (European Financial Stability Facility) und ESM (European Stability Mechanism) sowie die Diskussion um die «Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion» (vgl. ER 2012) haben auch die Frage nach der Finalität der EU wieder aktuell werden lassen: Soll die EU ein Bundesstaat werden? Oder beweisen die ökonomische und soziale Krise sowie das Erstarken rechter Parteien, dass die EU nur als Staatenbund eine Zukunft hat, der die Souveränität der Mitgliedsstaaten intakt lässt? Die Mehrheit des EP forderte im November 2012 einen «Sprung in Richtung eines wirklich föderalen Europas» (EP 2012a), will einen neuen Verfassungskonvent einberufen und zu den Europawahlen 2014 erstmals mit gesamteuropäischen SpitzenkandidatInnen für das Amt des Kommissionspräsidenten antreten. Im September 2012 präsentierte eine Gruppe von EU-AußenministerInnen¹ einen Bericht mit födera-

¹ Aus: Deutschland, Belgien, Dänemark, Frankreich, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Polen, Portugal, Spanien.

listischen Ideen zur Zukunft der EU und schlug «einen direkt gewählten Kommissionspräsidenten, der die Mitglieder seiner «europäischen Regierung» selbst bestimmt, ein Europäisches Parlament mit der Befugnis, Gesetzgebungsverfahren zu initiieren, und eine zweite Kammer für die Mitgliedstaaten»(Zukunftsgruppe 2012) vor. Ähnlich Ziele formulierten die Fraktionsvorsitzenden der Grünen und der Liberalen im EP, Daniel Cohn-Bendit und Guy Verhofstadt, in ihrem föderalistischen Manifest «Für Europa» (Cohn-Bendit/Verhofstadt 2012). Die deutschen Sozialdemokraten befür-

worten einen neuen Verfassungskonvent, über dessen Ergebnis die BürgerInnen in der EU abstimmen sollen (vgl. SPD 2013). Doch nicht alle politischen Kräfte wollen den EU-Föderalismus stärken. Im Januar 2013 kündigte der britische Premier David Cameron (Conservative Party) an, im Jahr 2015 ein Referendum über den Verbleib des Vereinigten Königreichs in der EU abhalten zu wollen (Cameron 2013).

Dies sind einige Aspekte der Ausgangslage für den Europawahlkampf der Linksparteien in der GUE/NGL und der EL 2014.

2 THEORETISCHE EINORDNUNG: FÖDERALISTISCHER EUROSKEPTIZISMUS?

Wenngleich es nicht das Ziel dieser Studie ist, ein theoretisches Erklärungsmodell für die europapolitische Positionierung linker Parteien zu geben, soll dennoch eine kurze theoretische Einordnung vorgenommen werden. In der komparativen politikwissenschaftlichen Forschung werden Parteien aus der Parteienfamilie der Linksparteien (vgl. Spier 2012) oder der radikalen Linken gemeinhin als EU-kritisch oder euroskeptisch eingestuft (vgl. u. a. Hooghe et al. 2002; Marks et al. 2007). Hooghe et al. legten in ihrer Studie aus dem Jahr 2002 die folgende Hypothese zugrunde: «As Ernst Haas (1958) made clear, the EU is the product of party-political actors on the Center-Right, Center, and to a lesser extent, the Center-Left who have dominated decision making in Europe during the past half century. European integration is primarily a market-liberal project mitigated by some measure of regulated capitalism. The Euro-skepticism of extreme parties arises, therefore, not only from their opposition to the EU's policies but also because they reject the ideology of the EU's construction. So we expect a party's support for European integration to decline with its distance from the center of the Left/Right dimension»² (Hooghe et al. 2002: 969).

Für linke Parteien bedeutete dies, dass ihre auf dem gesellschaftlichen Gegensatz (*cleavage*) zwischen Kapital und Arbeit (vgl. Lipset/Rokkan 1967) basierende Programmatik EU-kritische Positionen erklären würde: Die EU, als Projekt negativer marktliberaler Integration, sei «fundamentally inhospitable to radical Left policy goals» (vgl. Hooghe et al. 2002: 774). Sozialdemokratische Mitte-Links-Parteien gingen dem Hooghe-Marks-Modell zufolge davon aus, dass die EU in für sie entscheidenden Politikfeldern reformierbar sei, und befürworteten deshalb Integration in der Kohäsionspolitik, der Sozialpolitik, der Arbeitslosenunterstützung und der Umweltpolitik, während Mitte-Rechts-Parteien die negative Marktintegration unterstützten, aber eine positive Regulierungspolitik auf EU-Ebene ablehnten (vgl. ebd.: 772 f.) Linke Parteien würden hingegen davon ausgehen, dass «[e]ven EU institutions that facilitate regulated capitalism will not provide the kind of policies radical Leftists deem essential to curb market forces: public control over capital flows, extensive public investment in industrial policy, a statutory right to work, and a statutory reduction of the working week. And so the radical Left comes to the same conclusion as the radical Right, but for very different reasons» (ebd.: 974).

Verschiebt man den Fokus der vergleichenden Analyse von der Makroebene aller Parteienfamilien in Europa auf die Ebene der Linksparteien und vergleicht diese untereinander, ergibt sich jedoch ein sehr differenziertes Bild. Denn während in den Gründungsjahren der Europäischen Gemeinschaft in den 1950er Jah-

ren die kommunistische Parteienfamilie Westeuropas tatsächlich der «most cohesive opponent of the integration process» war, ist die radikale Linke heute die heterogenste Parteienfamilie in Bezug auf ihre Positionierung zur EU-Integration (vgl. Almeida 2012: 69; Wagener 2006: 9). Es stellt sich somit auch die Frage, wie sinnvoll der Begriff «euroskeptisch» als Oberbegriff für Kritik an der EU überhaupt ist. Eine linke Partei, welche die EU in ihrer gegenwärtigen Verfassung als undemokratisch und marktradikal ablehnt, aber eine vertiefte EU-Integration bis hin zu einem föderalen Bundesstaat befürwortet, sollte anders eingestuft werden, als eine Partei, welche die gleichen Aspekte kritisiert, aber ein Europa der souveränen Nationalstaaten anstrebt.

Volkens (2004) weist in ihrer Studie «Politische Positionen linker Parteien im Europäischen Parlament: Programmatische Übereinstimmungen und Unterschiede in der fünften Legislaturperiode» mit Rückgriff auf Bell (1996) darauf hin, dass die EU ein Mehrebenensystem darstellt, sodass etwa die Forderung nach einer Stärkung des EP im Widerspruch zur Erhaltung nationaler Souveränität stehe. Eine Partei, die sich für nationale Souveränität und für Dezentralisierung einsetze, müsse es ablehnen, dass auf EU-Ebene verbindliche Entscheidungen getroffen werden (vgl. Volkens 2004: 122). Dies bedeutet, dass neben der von Konfliktlinien determinierten politisch-inhaltlichen Dimension der verschiedenen Politikfelder auch die Frage nach der Ebene der Politikverwirklichung eine wichtige Rolle spielt. In der vorliegenden Studie soll daher neben den inhaltlichen Positionen auch untersucht werden, welche Parteien sich tendenziell föderalistisch positionieren und welche tendenziell souveränistisch.³

Hieran schließt sich die Frage an, aus welchen Gründen eine Linkspartei eine föderalistische oder eine souveränistische Position einnimmt. Eine Möglichkeit bestünde darin, dass Unterschiede in der europapolitischen Positionierung entlang feinerer ideologischer Trennlinien innerhalb der Parteienfamilie verlaufen. Schirdewan (2006) etwa teilt die Familie der Linksparteien in vier ideologische Unterkategorien und versucht, diesen europapolitischen Positionen zuzuweisen. Die Parteien der Kategorie «Neue Europäische Linke» (Synaspismos (SYN), IU, LINKE/PDS, PCF, Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ), Déi Lénk (DL), PRC) betrachteten die EU als «nicht grundsätzlich in Frage zu

² Auf einer klassischen Skala zwischen den Extremen links = maximale politische Kontrolle über die Wirtschaft nach rechts = kein politischer Einfluss auf die Wirtschaft. Eine zweite Skala der «new politics dimension» misst postmaterialistische Werte auf einer Skala von links «Green/alternative/libertarian» nach rechts «Traditional/authoritarian/nationalist» und wird von Hooghe et al. zur Erklärung pro-integrationistischer Tendenzen bei grünen Parteien und anti-integrationistischer Tendenzen bei Parteien der neuen Rechten herangezogen. ³ Almeida (2012) unterscheidet zwischen «Hard» und «Soft Eurosceptic Parties», wobei er die Position letzterer als «[c]ontingent opposition to European integration framed in fundamentally pro-integrationist terms» beschreibt.

stellende Grundlage eigenen politischen Wirkens, zu der sie ein insgesamt positives Verhältnis besitzen, jedoch nicht ohne gleichzeitig deren politische Ausrichtung und ökonomische Fixierung zu kritisieren» (Schirdewan 2006: 670).

In der Kategorie der «klassischen Kommunisten» (PCP, Kommounistikó Kómma Elládas (KKE), KSČM, Komunistická strana Slovenska (KSS)) gebe es bei den europapolitischen Positionen «keine eindeutige Richtung», eine Gemeinsamkeit sei aber «die Interpretation der EU als ein Motor des Neoliberalismus, der zu einer Verschärfung der sozialen Gegensätze innerhalb der europäischen Teilgesellschaften und zu einem Rückschritt in Richtung Militarismus und Imperialismus führt» (ebd.: 671).

Trotzkistische Parteien (BE, Ligue Communiste Révolutionnaire/Lutte Ouvrière (LCR/LO), Socialist Workers Party (SWP), Enhedslisten – De rød-grønne (ERG) sowie Flügel der IU, PRC, DL) stünden der EU «in ihrer gegenwärtigen Verfasstheit klar ablehnend gegenüber, die sie, ähnlich der Position der klassischen Kommunisten[,], als ausschließlich neoliberal geprägtes politisches Projekt» verstünden (ebd.).

Eine vierte Kategorie seien die skandinavischen linken Parteien (Socialistisk Folkeparti (SF), Vasemmisto-

liitto (VAS), V), die sich der «Vertretung linker skandinavischer Positionen verpflichtet» sähen und gegenüber der EU eine «kritische bis klar ablehnende Haltung» einnahmen (ebd.: 672).

Kontrastiert man Schirdewans Zuordnung mit den Ergebnissen einer Analyse Wageners mit dem Titel «Der EU-Verfassungsvertrag und die Positionen linker Parteien» aus dem gleichen Jahr, zeigt sich, dass der Ansatz, ideologische Unterschiede zur Erklärung der europapolitischen Heterogenität in der Parteienfamilie der Linken heranzuziehen, nicht hinreichend ist. In seiner Arbeit nutzte Wagener die historische Situation, dass alle linken Parteien sich zur gleichen Zeit zu dem Entwurf einer Europäischen Verfassung (die in den Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden 2005 scheiterte) äußern mussten, und zwar hinsichtlich «erstens ihre[r] Haltung zur EU-Mitgliedschaft des eigenen Landes, zweitens ihre[r] generelle Bereitschaft, einem «anderen» oder «besseren» Vertrag zuzustimmen, und drittens ihre[r] Befürwortung oder Ablehnung des vorliegenden Verfassungsvertrags» (Wagener 2006: 69).

Alle von Wagener untersuchten Parteien waren Mitglieder der linken Parlamentsfraktion GUE/NGL. So kam er zu der folgenden, differenzierten Einordnung:

Tabelle 1: Positionen linker Parteien zum Entwurf eines Verfassungsvertrages nach Wagener (2006)

Pro EU-Mitgliedschaft; pro vorliegende Verfassung	Pro EU-Mitgliedschaft; gegen vorliegende, für andere Verfassung	Pro EU-Mitgliedschaft; gegen jede Verfassung	Gegen EU-Mitgliedschaft, gegen jede Verfassung
SF	PRC	PCP	KKE
PdCI	PDS*	SP	V
	PCF	Sinn Féin	ERG
	IU		
	KSČM		
	SYN		
	BE		
	VAS		
	AKEL*		

Quelle: eigene Darstellung

*AKEL: Anorthotiko Komma Ergazomenou Laou; PDS: Partei des Demokratischen Sozialismus

Eine einfache Erklärung der divergierenden europapolitischen Positionen in der Parteienfamilie der Linksparteien liefert Dunphy (2004) in seiner Studie «Contesting capitalism – Left parties and European integration». Er kommt zu dem Ergebnis, dass Divergenzen zwischen den Linksparteien bezüglich der europäischen Integration darauf zurückzuführen sind, dass diese unterschiedliche Erwartungen haben, ob linke politische Ziele im Rahmen der EU durchgesetzt werden können oder nicht. Alle neun von ihm untersuchten westeuropäischen linken Parteien lehnten die neoliberalen Aspekte des Vertrages von Maastricht und die Politik des Arbeitsplatzabbaus, der Privatisierungen, der Kürzung sozialer Leistungen, der Erosion von Arbeitnehmerrechten und der Angriffe auf Gewerkschaften ab. Sie seien allerdings geteilter Auffassung «on whether the very project of monetary union itself is to blame,

or whether it is potentially a progressive one: whether Maastricht and the Euro should be rejected outright, or whether, for all their weaknesses and failings, they can yet be an instrument in the creation of a more progressive Europe capable of guaranteeing an alternative to US-style capitalism» (Dunphy 2004: 169).

Auch Volkens weist auf den Konflikt zwischen diesen zwei Perspektiven – EU als Chance versus EU als Gefahr – hin, wenn sie im Ergebnis ihrer statistischen Analyse von Parteiprogrammen ein «Nord-Süd-Gefälle» in Bezug auf die Wohlfahrtsstaatspolitik feststellt. Skandinavische Linke betonten stärker den nationalen Wohlfahrtsstaat als griechische oder spanische Linke. Dies führte sie auf den unterschiedlichen sozialpolitischen Status quo in den Mitgliedsstaaten zurück: Je nach wirtschaftlichen und sozialpolitischen Standards in einem Mitgliedsstaat könnten EU-Standards eine

Verbesserung oder Verschlechterung bedeuten (vgl. Volkens 2004: 123; auch Hildebrandt 2010: 67 f.).

Einen weiteren Ansatz zur Erklärung europapolitischer Positionen linker Parteien liefert Almeida in seiner Analyse der «programmatic responses of radical left parties to European integration» aus dem Jahr 2012. Er kommt zu dem Ergebnis, dass europapolitische Positionen zu einem hohen Grad von länderspezifischen Strukturen des Parteienwettbewerbs, das heißt von nationalen (Oppositions-)Strategien zwischen Fundamentalopposition und Annäherung an sozialdemokratische Parteien sowie Positionen abhängen (vgl. Almeida 2012: 92; 153). Er schreibt: «[W]hile common genetic ties between radical left parties entail a clear predisposition towards rejectionist or at least sceptical attitudes towards market integration, the explanatory value of cleavage origins is neutralised by centripetal party strategies. As radical left parties downsize the distance separating them from their social democratic competitors, they tend to adopt a pro-integrationist stance at the risk of alienating their supporters and triggering intra-party dissent» (ebd.: 71).

Almeida erstellt auf der Grundlage seiner Hypothesen ein Modell, das die Positionen linker Parteien zur EU-Integration und ihre Ausgangssituation im nationalen Parteienwettbewerb in ein Verhältnis zum innerparteilichen Dissens bezüglich europapolitischer Positionen stellt (Dissens geschätzt von ExpertInnen im Jahr 2006⁴). Dabei berücksichtigt er, ob im jeweiligen nationalen Parteiensystem mehrere linke (elektoral relevante) Parteien konkurrieren. Er unterscheidet zwischen «Soft Eurosceptic Parties», die den europäischen Integrationsprozess grundsätzlich unterstützen, aber spezifische Eigenschaften der EU ablehnen, und «Hard Eurosceptic Parties», die einer europäischen Integration grundsätzlich ablehnend gegenüberstehen. Almeida kommt zu dem Ergebnis, dass in elektoralen Systemen mit zwei linken Parteien divergierende europapolitische Strategien gewählt werden. Außerdem zeige sich, dass innerparteiliche Konflikte bezüglich der europapolitischen Positionierung tendenziell größer sind, wenn eine Linkspartei eine tendenziell föderalistische Haltung einnimmt.

Tabelle 2: Radical left parties by location in party system and estimated level of intra-party dissent over European integration (2006)

	RL ₁	Dis	RL ₂	Dis	RL ₃	Dis
Soft Eurosceptic Parties	IU	3.42	PRC	2.00	BE	2.50
	KSČM	2.00			SYN	4.57
	VAS	4.64			SF	4.11
	AKEL	–			PdCI	0.50
	SP	1.25			PCF	2.44
	DIE LINKE	3.86				
Hard Eurosceptic Parties	V	2.00	PCP	1.60		
			KKE	0.38		
			LO	–		
			LCR	–		
		ERG	2.22			

Quelle: Almeida 2012

Dis: geschätzter innerparteilicher Dissens zur Frage der EU-Integration («Data on internal dissent over european integration are 2006 expert estimates (Hooghe et al. 2010). Notes: Internal dissent is measured on a one (united) to 10 (divided) scale ...»)

RL₁: einzige dominante radikale linke Partei im nationalen Parteiensystem

RL₂: radikale linke Partei in einem System mit zwei linken Parteien, die sich am äußeren Rand des Parteiensystems etabliert und einen harten Oppositions- und Anti-EU-Intergrations-Kurs fährt

RL₃: radikale linke Partei in einem System mit zwei linken Parteien, Pro-EU-Integrationskurs und Kooperationsstrategie in Richtung Sozialdemokratie

Führt man die Hypothesen Dunphys, Volkens und Almeidas zusammen, wären demnach folgende Faktoren für die europapolitische Positionierung linker Parteien maßgeblich: 1. die Erwartungen bezüglich der Ebene der Politikverwirklichung, 2. die *cleavage*-geprägte inhaltliche politische Ausrichtung und 3. die strategische Positionierung im jeweiligen nationalen Parteienwettbewerb.

Für den Versuch, die Frage zu beantworten, ob eine Aussicht auf einen gemeinsamen Wahlkampf der europäischen Linksparteien besteht, sollen außerdem betrachtet werden, inwiefern eine Rückkopplung der gemeinsamen Arbeit in EL und GUE/NGL auf die Politik der einzelnen Parteien stattfindet. Zudem sollen die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Zusammenarbeit der Linksparteien berücksichtigt werden.

⁴ Dabei stützt er sich auf Daten von Hooghe et al. (2010).

3 KOOPERATION LINKER PARTEIEN AUF EUROPÄISCHER EBENE

Parteien aus der Familie der Linksparteien kooperieren auf europäischer Ebene in einer Vielzahl von Strukturen. Fraktionelle Zusammenschlüsse gibt es im EP, in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (PACE) sowie im Nordischen Rat (NC). Mit der EL wurde im Jahr 2004 eine offizielle Europapartei gegründet, die finanzielle Zuschüsse von der EU erhält. Darüber hinaus gibt es informelle Netzwerke wie die skandinavisch-atlantische Nordic Green Left Alliance (NGLA), das New European Left Forum

(NELF), die European Anti-Capitalist Left (EACL) und die International Meetings of Communist and Workers' Parties (IMCWP) (vgl. ausführlich zu den verschiedenen Strukturen Schirdewan 2009). Auch das teilweise von der EU finanzierte Stiftungsnetzwerk Transform! Europe und Medien wie das englischsprachige *Spectrezine*, welches der niederländischen SP nahesteht, können zu den europäischen und internationalen Strukturen gezählt werden (vgl. Wagener 2006: 17).

Tabelle 3: Übersicht linker europäischer und internationaler Strukturen

Ort/Region	Name	Abk.	Typ
Europäisches Parlament	Vereinigte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke	GUE/NGL	Fraktion
PACE/Europarat	Unified European Left	UEL	Fraktion
Nordischer Rat	Venstresocialistiske grønne grupper	VSG	Fraktion
Europa	Party of the European Left	EL	Partei
Nordeuropa/Atlantik	Nordic Green Left Alliance	NGLA	Netzwerk
Europa	New European Left Forum	NELF	Netzwerk
Europa	European Anti-Capitalist Left	EACL	Netzwerk
Global	International Meetings of Communist and Workers' Parties	IMCWP	Netzwerk
Europa	Transform! Europe		Stiftung
Europa	Spectrezine	–	Medium

Außerdem gibt es mit der offiziellen Europapartei EUDemocrats (EUDem) und dem Bündnis European Alliance of EU-Critical Movements (TEAM) europäische Strukturen, die überparteilich sind, an denen aber linke Parteien unmittelbar (Enhedslisten als Beobachter bei TEAM) oder mittelbar (MdEP Søren Søndergaard bei den EUDem – vgl. EUDem 2008) mitwirken.

Tabelle 4: Übersicht europäischer Strukturen mit Beteiligung linker MdEP und Parteien

Ort/Region	Name	Abk.	Typ
EU	EUDemocrats	EUDem	Partei
EU	The European Alliance of EU-Critical Movements	TEAM	Bündnis

Um den Rahmen der vorliegenden Studie nicht zu sprengen, soll im Folgenden nur auf die für die Wahlen zum Europäischen Parlament 2014 relevantesten Zusammenschlüsse eingegangen werden, die Fraktion GUE/NGL und die Europapartei EL.

Tabelle 5: Zusammensetzung der GUE/NGL in Bezug auf europäische Parteien

	EL-Vollmitglied	EL-Beobachter	Keine	EU Dem
Deutschland	DIE LINKE/8			
Frankreich	Front de Gauche/5			
Tschechien		KSČM/4		
Zypern		AKEL/2		
Portugal	Bloco Esquerda/2*			
Griechenland			KKE/2	
Portugal			PCP/2	
Griechenland	SYRIZA/1			
Spanien	Izquierda Unida/1			
Niederlande			Socialistische Partij/1	
Niederlande			Parteilos**/1	
Irland			Sinn Féin/1	
Irland			Socialist Party/1	
Schweden			Vänsterpartiet/1	
Lettland			SaskaDas Centrs/1	
Dänemark	(Enhedslisten)***			S. Søndergaard (FmEU)***/1
ges. 34 MdEP	17	6	9	1

Die Ziffer hinter dem Schrägstrich gibt die Zahl der Abgeordneten an.

* 2009 war BE mit drei MdEP vertreten. Rui Tavares wechselte 2011 zu den Grünen/EFA.

** Kartika Liotard verließ die SP-Delegation 2010, blieb aber Mitglied der GUE/NGL.

*** Søren Søndergaard wurde für die FmEU ins EP gewählt. Er ist Mitglied der dänischen Partei Enhedslisten – de rød-grønne, die Vollmitglied der EL ist, und der Europapartei EUDemocrats.

3.1 PARTEI DER EUROPÄISCHEN LINKEN

Abgeordnete im EP seit 2009	23 von 34
Abgeordnete im EP 2004–2009	29 von 41
EP-Fraktion	GUE/NGL

Die im Jahr 2004 gegründete Partei der Europäischen Linken (EL) umfasst derzeit 27 Mitgliedsparteien als Vollmitglieder und elf Parteien mit Beobachterstatus (vgl. EL 2013a). Eine individuelle Mitgliedschaft, die nicht an die Zugehörigkeit zu einer nationalen Partei gebunden ist, ist zwar möglich, bietet jedoch kaum reale Einflussmöglichkeiten. Viele der in der EL vertretenen Linksparteien sind klein und elektoral unbedeutend; nicht alle Parteien kommen aus Mitgliedsstaaten der EU, sondern auch aus Moldawien, der Türkei, Belarus und der Schweiz. Die französische Parti de Gauche (PG) trat 2010 der EL bei. Mit dem Beitritt der Enhedslisten (ERG) aus Dänemark und der Vasemmisto aus Finnland 2009/2010 sind zudem elektoral bedeutsame Kräfte aus Skandinavien hinzugekommen.

Die dominanten Akteure innerhalb der EL sind traditionell die westeuropäischen Parteien, vor allem aus Italien, Deutschland, Frankreich, Spanien und Portugal. 2010 folgte der PCF-Vorsitzende Pierre Laurent dem ehemaligen Vorsitzenden von DIE LINKE, Lothar Bisky, als Präsident der EL. Die italienische PRC, die 2004 bis

2007 mit Fausto Bertinotti den ersten EL-Präsidenten (und bis 2008 den italienischen Parlamentspräsidenten) stellte, verlor mit dem Einbruch bei den nationalen Parlamentswahlen 2008 und dem Verlust aller fünf Sitze im EP 2009 massiv an Bedeutung. Gleichzeitig wirken mit dem EL-Vizepräsident Alexis Tsipras (SYRIZA) oder dem französischen Präsidentschaftskandidaten und MdEP Jean-Luc Mélenchon (PG) neue Persönlichkeiten mit europaweitem Bekanntheitsgrad in der EL. Wie alle offiziellen Europäischen Politischen Parteien (EPP) erhält die EL finanzielle Zuschüsse von der EU. Im Jahr 2012 umfasste der zur Verfügung stehende Betrag 835.049 Euro (vgl. EP 2012c).

Gemeinsames Ziel der EL-Parteien war es von Anfang an, die EU als Ganzes zu verändern: «[T]he Left, if it wants to channel its resistance against the demolition of the social state and of democracy into political alternatives, has to express itself as united at the European level and develop necessary concrete and alternative proposals for a different EU, and a different Europe together» (EL 2013b).

Programmatisch hat sich die EL, diesem Anspruch folgend, seit ihrer Gründung weiterentwickelt: von der gemeinsamen Ablehnung kapitalistischer Globalisierung, der Nato sowie neoliberaler EU-Polity und -Policy hin zu einer Reihe konkreter Gestaltungsvorschläge für die EU-Ebene. Diese finden sich nicht nur in der gemeinschaftlichen Wahlplattform 2009 (vgl. EL 2009),

den Beschlüssen des 3. Kongresses der EL 2010 (EL 2010a) und dem Aufruf des EL-Präsidiums für eine linke Krisenlösungsstrategie 2011 (EL 2011) wieder, sondern haben auch ihren Weg in die Wahlprogramme der Parteien gefunden (allerdings in unterschiedlichem Maße). Die programmatischen Forderungen zur Umgestaltung der EU, welche die EL seit ihrer Gründung 2004 gemeinsam entwickelt hat, können wie folgt zusammengefasst werden: Alle EU-Verträge, von Maastricht bis Lissabon, werden von der EL abgelehnt; sie sollen ersetzt werden durch EU-Verträge, welche die «superiority of fundamental social rights [...] over so called economic freedoms» (EL 2012a) garantieren.

Die wesentlichen gemeinsamen programmatischen Forderungen der EL in den verschiedenen Bereichen der Europapolitik lauten:

Demokratie:

- Gesetzesinitiativrecht für das EP;
- Referenden zu wichtigen europapolitischen Fragen auf nationaler und europäischer Ebene;
- EU-Grundrechtecharta juristisch bindend gestalten, Beitritt der EU zur Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK);
- Demokratisierung der Wirtschaft: grenzüberschreitende Gültigkeit für Koalitions-, Mitbestimmungs- und Streikrecht; Rechte und Möglichkeiten der Beschäftigten, an Entscheidungen von Unternehmensführungen zu partizipieren, ausbauen und juristisch verankern;

Finanzpolitik:

- demokratische Kontrolle der EZB; Verpflichtung der Geldpolitik der EZB auf die Ziele Wachstum, Beschäftigung und ökologische Entwicklung durch selektive Zinssenkungen;
- Ausgabe gemeinsamer Anleihen (Eurobonds);
- Annullierung eines Teils der öffentlichen Schulden der Mitgliedstaaten;
- Einrichtung einer öffentlichen europäischen Ratingagentur;
- Harmonisierung der Steuerpolitik nach dem Prinzip der progressiven Besteuerung;
- Erhöhung der Steuern für Einkommen und Kapital (Umverteilung von oben nach unten);
- Besteuerung von Finanztransaktionen und -einkommen, um einen Europäischen Fonds für soziale und ökologische Entwicklung zu schaffen, der vom EP kontrolliert werden soll;
- Kontrolle von Kapitalbewegungen und Abschaffung von Steueroasen;

Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik:

- Ersetzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts durch einen neuen Pakt für Wachstum, Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit und Umweltschutz;
- Vergesellschaftung von Gemeinschaftsgütern und strategischen Wirtschaftsbereichen, einschließlich des Kredit- und Finanzwesens;

- Einführung europäischer Standards in den Bereichen Arbeitsentgelt, Soziales und Umwelt;
- 35-Stunden-Woche bei einer wöchentlichen maximalen Arbeitszeit von 40 Stunden;
- Einführung eines europäischen Mindestlohns, der mindestens 60 Prozent der jeweiligen nationalen Durchschnittslöhne beträgt und bestehende tarifliche Vereinbarungen nicht infrage stellt;
- Aufbau eines umfassenden Sozialsystems auf europäischer Ebene;
- europäisches Mindesteinkommen für nicht beschäftigte Menschen;
- europäische Mindestrenten, die sich am jeweiligen nationalen Mindestlohn orientieren und automatisch der Preisentwicklung angepasst werden;
- Migrationsgesetz: Abschaffung von Zwangsabschiebungen; Durchsetzung des Rechts von MigrantInnen auf Arbeit dort, wo sie in der EU leben;
- Investitionen in öffentliche Dienstleistungen, die in die Obhutspflicht des Staates («Rekommunalisierung») fallen sollen, insbesondere in Bildung, Betreuung in Kindheit und Jugend, bei Krankheit und im Alter, Gesundheit, Wasser und Abwasser, Energie, Nahverkehr, Post, Kultur und Breitensport;

Umweltpolitik:

- Verschärfung der EU-Klimaschutzpolitik: unter anderem um 40 Prozent reduzierte CO₂-Emission in den entwickelten Ländern bis 2020 (im Vergleich zu 1990);

Gemeinsame Agrarpolitik (GAP):

- Überprüfung der GAP: Nahrungssouveränität überall auf der Welt, keine Liberalisierungen, Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion und Schaffung von Arbeitsplätzen, Subventionspolitik nach wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Gesichtspunkten;

Sicherheitspolitik:

- Abschaffung der Nato, Konfliktlösung im Rahmen der OSZE;
- Ersetzung der Europäischen Verteidigungsagentur durch eine Abrüstungsagentur;

Entwicklungspolitik:

- Erfüllung der Millenniumsziele.

Im November 2011 formulierte das Präsidium der EL, welches aus den nationalen Parteivorsitzenden der Mitgliedsparteien besteht, einen Aufruf mit der Überschrift «Peoples of Europe Unite!» (vgl. EL 2011). Darin stellte die EL ihr gemeinsames Programm gegen die Krise in der EU und insbesondere der Eurozone vor, das aus den folgenden Elementen besteht:

- sofortige Aufhebung aller Austeritätsprogramme sowie Memoranda und Ersetzung derselben durch ein Programm für soziale Entwicklung, das auf öffentlichen Investitionen basiert;

- Einberufung einer Schuldenkonferenz zur Lösung der Schuldenprobleme in der Eurozone (Abschreibung eines Teils der Schulden, Übertragung des anderen Teils auf die EZB);
- direkte Niedrigzinskredite an Mitgliedsstaaten von der EZB oder einem speziellen Fonds, der von der EZB finanziert wird, um die hohen Zinsen auf den Finanzmärkten zu umgehen;
- Reform der EU-Verträge;
- Stärkung der Demokratie, *political unification* und Volkssouveränität;
- Umwandlung der EZB zum *lender of last resort*⁵;
- Stärkung des EU-Budgets zur Bekämpfung sozialer und wirtschaftlicher Ungleichheiten;
- Abschaffung der Stabilitätskriterien (bezüglich öffentlicher Verschuldung, laufender Defizite, Inflation) für öffentliche Investitionen in den Bereichen soziale Entwicklung, Beschäftigung und Handelsbalance.

EL und EU-Politik: Europäische Bürgerinitiative, EU-Haushalt, Europawahlen 2014

Im Folgenden soll die aktuelle gemeinschaftliche Arbeit der EL anhand von drei politischen Ereignissen auf EU-Ebene dargestellt werden. Im September 2012 initiierte die Europapartei eine Europäische Bürgerinitiative (EBI) zur Einrichtung einer öffentlichen Entwicklungsbank der EU. Außerdem positionierte sie sich zum Mehrjährigen Finanzrahmen der EU für den Zeitraum 2014 bis 2020 sowie zu veränderten Modalitäten bei der Europawahl 2014.

Soziale Entwicklung: Die Europäische Bürgerinitiative der EL

Bei ihrem dritten Kongress im Jahr 2010 beschloss die EL, die mit dem Vertrag von Lissabon neu eingerichtete EBI zu nutzen, um die Kommission zu veranlassen, eine Gesetzesinitiative für die Schaffung eines «Europäischen Fonds für soziale Entwicklung» einzuleiten (vgl. EL 2010b). Die EL betonte zugleich, dass die Nutzung des Instruments EBI nicht bedeute, dass sie den Vertrag von Lissabon anerkenne. Im September 2012 reichten sieben der EL nahestehende Projektträger (darunter EL-Präsident Pierre Laurent und EL-Vizepräsident Alexis Tsipras) den von der Ursprungsidee leicht abweichenden Vorschlag zur Gründung einer «Öffentlichen europäischen Bank für soziale und ökologische Entwicklung und Solidarität» als Bürgerinitiative bei der Kommission ein (vgl. LINKE 2012a). Aufgabe der Bank soll es sein, öffentliche Investitionen in von der Krise stark betroffenen Mitgliedstaaten zu ermöglichen. Die Mitgliedstaaten sollen die Möglichkeit erhalten, zu einem niedrigen Zinssatz Geld für entsprechende Investitionen zu leihen, und damit unabhängig von den Profitabilitätsanforderungen der Finanzmärkte werden. Die Kommission lehnte die Initiative mit der Begründung ab, es gebe keine rechtliche Grundlage für einen solchen Rechtsakt in den EU-Verträgen (vgl. KOM 2012b). Die EL betrachtete die Zurückweisung ih-

rer EBI hingegen als Beweis dafür, dass «a social and solidary proposal is out from the official doctrine of the current UE [fr. Abk.: Union Européenne] [...] This is clear: citizens' democracy is not welcome except if it expresses the official positions or if it rejects solidarity» (EL 2012b).

EU-Haushalt: Mehrjähriger Finanzrahmen 2014 bis 2020

Am 8. Februar 2013 verabschiedete der Europäische Rat seine Schlussfolgerungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen 2014 bis 2020 (vgl. ER 2013). Das EP, das weder mit den vorgeschlagenen Kürzungen des Budgets noch mit der Struktur des Vorschlags einverstanden war, wies die Vorlage am 8. März 2013 mit einer fraktionsübergreifenden Resolution zurück. Diese Resolution des EP wurde von der Fraktion GUE/NGL mehrheitlich mitgetragen. In einem Papier vom 13. März 2013, das von den Vorsitzenden der EL-Parteien SYRIZA, BE, IU, LINKE, PCF, PG sowie von Europaabgeordneten der genannten Parteien und der KSČM unterzeichnet wurde, erklärten diese: «We are fully opposed to the direction that the European policies have taken for too long. We utterly reject generalised budget cuts which penalise all European citizens but first and foremost youth, workers, unemployed, farmers, fishermen, researchers, academics, environmental projects, regions» (Transform 2013a).

Die Einbußen, die insbesondere arme Menschen und wirtschaftlich schwächere Regionen durch einen Abbau der europäischen Umverteilung erleiden würden, könnten nicht durch nationale Maßnahmen ausgeglichen werden. Eine Rückkehr zu «national-centered policies», die von den Mitgliedsstaaten anvisiert werde, weisen die EL-Parteien zurück. Die detaillierten Vorgaben des Rates werden als Erpressungsversuch gegenüber dem EP und als Angriff auf die europäische Demokratie gedeutet. Gegen die «autoritäre Macht der Staats- und Regierungschefs» fordern die EL-Parteien eine Reform der EU in Richtung «echter Demokratie» und einen «umverteilenden Haushalt», um ein «Europa für alle seine Bürger» zu schaffen.

In einer Pressemitteilung kritisierte die EL den Vorschlag des Europäischen Rates als «Austeritätsbudget»: Die Kürzungen in der Wachstumspolitik beliefen sich auf 24 Prozent, in der Kohäsionspolitik auf vier Prozent, in der Agrarpolitik ebenfalls auf vier Prozent und auf 20 Prozent in der Entwicklungskooperation. Die Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit, deren Budget auf sechs Milliarden Euro beschränkt sei, reichten nicht aus. Die EU brauche stattdessen ein anderes ökonomisches Modell, «based on job creation and on satisfying the huge social needs». Das von den Regierungen angestrebte Budget sei mit diesem Ziel nicht vereinbar (vgl. EL 2013c).

⁵ *Lender of last resort*: Kreditgeber letzter Instanz; die EZB soll Kredite direkt an die Mitgliedstaaten der Eurozone geben dürfen, wenn diese sich aufgrund zu hoher Risikoaufschläge an den Kapitalmärkten nicht mehr refinanzieren können.

Demokratie: Wahlen zum EP 2014

In einer Erklärung von November 2012 mit dem Titel «2014 European elections: for a democratic re-foundation of Europe» beschreibt das Executive Board der EL sein Verständnis des Demokratiedefizits in der EU: «Authoritarianism and the confiscation of powers in favour of the Troika and financial interests are becoming the rule to impose austerity policies: national parliaments, rights and freedoms, trade union activities and even the European Parliament, are excluded from essential choices» (EL 2012c).

Eine Neubegründete EU müsse deshalb den BürgerInnen sowie den Parlamenten echte Macht geben. Anlass dieser Erklärung war ein nicht-legislativer Bericht des EP zu den Europawahlen 2014 (vgl. EP 2012b). Darin fordert das EP mit der Mehrheit der großen Fraktionen, die Europaparteien sollten erstmals mit einer Spitzenkandidatin bzw. einem -kandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten antreten. Außerdem sollen so viele Kommissare und Kommissarinnen wie möglich aus den Reihen des EP gewählt werden. Den Mitgliedstaaten wird darüber hinaus empfohlen, Prozenthürden einzuführen, um kleineren Parteien den Einzug ins EP zu erschweren und auf diese Weise «stabile Mehrheiten» zu garantieren, wovon die großen Fraktionen S&D (Sozialisten & Demokraten) und EVP (Europäische Volkspartei) profitieren würden.

Die EL lehnt alle in dem Bericht enthaltenen Vorschläge ab: «These proposals do not respond to the democratic deficit that is getting worse in the EU. Worse, they may legitimize the strengthening of the powers of the Commission, contrary to the necessary democratization of the EU. Presidentializing and personalizing the European political debate, (sic) will divert it from the real issues» (EL 2012c).

Problematisch ist für die EL aber vor allem die Forderung der großen Fraktionen nach einer Einführung von Prozenthürden im jeweiligen nationalen Wahlrecht der Mitgliedstaaten zu den Europawahlen. Neue oder höhere Hürden könnten es vielen derzeit elektoral schwachen Linksparteien erschweren, ins EP einzuziehen. Die EL fordert daher die Einführung des Verhältniswahlrechts in allen Mitgliedstaaten ohne Prozenthürden, um den Willen der WählerInnen in der EU möglichst genau abzubilden.

3.2 FRAKTION DER VEREINIGTEN EUROPÄISCHEN LINKEN/NORDISCHE GRÜNE LINKE (GUE/NGL)

Die EP-Fraktion GUE/NGL ist die einflussreichste über-nationale Struktur linker Parteien in Europa. Als Zusammenschluss linker Parteien unterscheidet sie sich in zweifacher Hinsicht von der Europapartei: Ihre Zusammensetzung ist heterogener, und sie muss sich regelmäßig zu komplexen parlamentarischen Entscheidungen koordinieren. In der Legislaturperiode 2004 bis 2009 war sie mit 41 von 735 bzw. von 785 Abgeordneten (5,6 Prozent und 5,2 Prozent nach den Beitritten Rumäniens und Bulgariens 2007) vertreten.

Mit derzeit 34 von 754 Abgeordneten (4,5 Prozent) aus 13 Ländern und 17 Parteien ist sie inzwischen die kleinste im EP vertretene Fraktion. Bis etwa zur Halbzeit der laufenden Legislaturperiode lag die GUE/NGL zahlenmäßig vor der nationalistischen Fraktion Europa der Freiheit und Demokratie (EFD), die von der britischen United Kingdom Independence Party (UKIP) und der italienischen Lega Nord dominiert wird. Allerdings konnte die EFD neue Zugänge aus anderen Fraktionen verzeichnen, während die GUE/NGL mit dem Weggang Rui Tavares', der auf der Liste des portugiesischen BE ins EP gewählt worden war, einen Sitz an die Fraktion der Grünen/Europäischen Freien Allianz (Grüne/EFA) verlor.

Gemeinsame Positionen

Im Folgenden soll der gemeinsame politische Nenner der GUE/NGL in denjenigen Politikfeldern abgebildet werden, denen die Fraktion selbst besondere Bedeutung beimisst.

Das wichtigste Thema für die GUE/NGL-Fraktion in der laufenden Legislaturperiode war und ist die Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise beziehungsweise der Protest gegen die Krisenlösungsstrategie der konservativen Mehrheit in Rat, Kommission und Parlament. Die Linksfraktion beansprucht für sich, auf der Seite der Lohnabhängigen und der unteren Schichten der Gesellschaft zu stehen: «Die anhaltende Krise trifft die Schwächsten am härtesten, und die Reaktion der EU-Staats- und Regierungschefs darauf stellt gleichzeitig eine Bedrohung für die europäische Demokratie dar. Nach Ansicht der GUE/NGL verschärft die extreme institutionalisierte Sparpolitik die Rezession und verlagert die Macht von den nationalen Hauptstädten zur Europäischen Kommission und Europäischen Zentralbank. Die Folgen sind katastrophal. Wir brauchen dringend eine Abkehr von dieser Politik und rasche Maßnahmen für eine vernünftige Wirtschafts- und Sozialpolitik, die zu Wachstum, Solidarität und neuen Arbeitsplätzen führt und sicherstellt, dass die Steuerzahler nicht mehr die Kosten für verantwortungslose, riskante Finanzgeschäfte tragen müssen» (GUE/NGL 2012a).

Finanzpolitik:

Die GUE/NGL fordert eine internationale Finanztransaktionssteuer, eine öffentliche Kontrolle des Bankensektors, die Abschaffung von Steueroasen, Hedgefonds, Private Equity sowie ein lückenloses Vorgehen gegen Steuerhinterziehung. Für die Bewertung der Schulden souveräner Staaten durch Ratingagenturen sollen alternative Mechanismen gefunden werden. Ein fiskalisches System für die Besteuerung multinationaler Konzerne soll eingeführt werden. Die Rolle der EZB müsse neu bestimmt werden, verlangt die GUE/NGL: Sie soll nicht länger nur Preisstabilität sichern, sondern die Ziele Beschäftigung, Aus- und Weiterbildung, Forschung sowie Wachstum integrieren (vgl. GUE/NGL 2010).

Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik:

Die fiskalische Konsolidierung kann nach Auffassung der GUE/NGL nicht durch Austerität und Kürzungen bei Sozialmaßnahmen und Beschäftigten erreicht werden. Die EU solle stattdessen eine «Sozialunion» werden, «die menschliche Bedürfnisse vor Profit stellt» (vgl. GUE/NGL 2012a).

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt soll ersetzt werden durch einen Solidaritätspakt für Beschäftigung, Weiterbildung und Armutsbekämpfung. Die Flexibilisierung der Arbeitsmärkte soll beendet werden. Die Fraktion fordert eine «EU-Vorgabe für Mindesteinkommensregelungen und beitragspflichtige Ersatzinkommenssysteme» (vgl. GUE/NGL 2012b), wozu etwa Leistungen bei Arbeitslosigkeit oder Mindestrenten gehören. Eine neue «EU-Richtlinie über den grundlegenden Anspruch jedes Menschen auf ausreichende Zuwendungen und Leistungen, um ein menschenwürdiges Leben führen zu können» (ebd.), solle die gesetzlichen Vorgaben dafür regeln.

Eine verbindliche Zielsetzung der EU soll dafür sorgen, dass relative und absolute Armut sowie soziale Ausgrenzung beseitigt werden. Als Teilziele sollen Kinderarmut und Obdachlosigkeit bis zum Jahr 2015 beendet werden. Der Abbau öffentlicher Dienstleistungen und des Wohlfahrtsstaates soll gestoppt werden.

Die GUE/NGL fordert «ein gezieltes EU-Konjunkturprogramm für die kommenden fünf Jahre» (ebd.), um zuvorderst den von Rezession betroffenen Mitgliedstaaten dabei zu helfen, gegen wirtschaftliche Stagnation und steigende Arbeitslosigkeit vorzugehen. Die EU solle ein Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts (BIP) pro Jahr für Investitionen in die ökologische und sozial nachhaltige Entwicklung investieren, «um die Gleichstellung der Geschlechter, die Vollbeschäftigung mit qualifizierten «grünen» und «weißen» Arbeitsplätzen (im Sektor Gesundheitswesen und Sozialdienstleistungen), Sozialleistungen sowie einen besseren sozialen und territorialen Zusammenhalt zu fördern, flankiert von ähnlichen Maßnahmen auf der Ebene der Mitgliedstaaten» (ebd.).

Umweltpolitik:

In der Umwelt- und Klimapolitik setzt sich die GUE/NGL für Maßnahmen gegen den Klimawandel und strenge CO₂-Reduktionsziele ein. Für Entwicklungsländer sollen Hilfen bereitgestellt werden, um mit der globalen Temperaturerhöhung fertig zu werden. Eine nachhaltige Wirtschaft müsse entwickelt und gegen kurzfristige Interessen in Industrie und Handel durchgesetzt werden. Erneuerbare Energien, Recycling, öffentliches Transportwesen und der Schutz von Biodiversität, Wasser- und Luftqualität müssen vorangebracht werden (vgl. GUE/NGL 2013a).

GAP:

Die GUE/NGL will kleinere und mittlere Betriebe sowie Genossenschaften stärken und ihre Einnahmesituation stabilisieren, Direktzahlungen bei 100.000 Euro de-

ckeln und ein Mindesteinkommen für KleinbäuerInnen einführen. Lokaler und regionaler Handel soll nach den Vorstellungen der GUE/NGL stets Vorrang vor überregionalem Handel haben. Umwelt- und Klimaschutz sollen in der GAP berücksichtigt werden. Gentechnisch veränderte Organismen (GVO) sollen wegen der damit verbundenen Risiken nicht zugelassen, GVO-Sorten, die bereits auf «Druck multinationaler Konzerne eingeführt» (GUE/NGL 2011a) wurden, wieder vom Markt genommen werden. Entwicklungsländern soll das Recht auf Nahrung, Nahrungsmittelsouveränität und Nahrungsmittelsicherheit zuerkannt werden. Dazu gehörten die Unterbindung internationaler Finanzspekulationen auf Agrarprodukte sowie ein Stopp der De-regulierung der Agrarmärkte (ebd.).

Sicherheitspolitik:

In der internationalen Sicherheitspolitik setzt sich die GUE/NGL für die «[s]trikte Anwendung der UN-Charta und aller anderen Instrumente des Völkerrechts» (vgl. GUE/NGL 2011b), die «Achtung der Souveränität und territorialen Integrität aller Länder» (ebd.), die Gewährleistung der grundlegenden Menschenrechte und demokratischen Freiheiten sowie «Maßnahmen zur Gewährleistung wirtschaftlicher und sozialer Rechte» (ebd.) ein. Die Fraktion lehnt die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU und die durch den Vertrag von Lissabon geschaffenen Strukturen wie den Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) ab. Nach ihrer Einführung müssten diese Strukturen jedoch demokratischer Kontrolle und parlamentarischem Einfluss zugänglich gemacht werden. Statt militärischer Einsätze sollen zur Lösung von Konflikten ausschließlich zivile und präventive Maßnahmen zum Einsatz kommen; die zivil-militärische Zusammenarbeit lehnt die GUE/NGL ab, ebenso die Entsendung europäischer militärischer Einsatzgruppen zum Zwecke humanitärer Hilfsleistungen. Anstelle von Kriegen sollen wirtschaftlicher Wiederaufbau, Bildung und Gesundheit finanziert werden.

Militärausgaben, Streitkräfte und Waffenbestände sollen in allen EU-Mitgliedsstaaten abgebaut werden. Nukleare Abrüstung und ein atomwaffenfreies Europa werden angestrebt (ebd.).

Entwicklungspolitik:

Die GUE/NGL setzt sich für eine alternative Handelspolitik ein, die Freihandel durch fairen Handel ersetzt und Menschenrechte, soziale Rechte sowie Umwelt- und Klimakriterien in Handelsabkommen aufnimmt. Eine internationale Finanztransaktionssteuer soll Entwicklungshilfe finanzieren. Als Mindestziel sollen die Millenniumentwicklungsziele umgesetzt werden (vgl. GUE/NGL 2011c).

Darüber hinaus versucht die GUE/NGL, sich in weiteren Politikfeldern zu profilieren. Mit Mikeal Gustafsson (V) stellt sie den Vorsitzenden des Frauenausschusses; es handelt sich dabei um den einzigen Ausschussvor-

sitz, den die GUE/NGL derzeit besetzt. Die Fraktion betrachtet den Kampf für Frauenrechte und Geschlechtergleichheit als einen zentralen Aspekt ihrer Arbeit (vgl. GUE/NGL 2012c). Auch im Bereich Datenschutz und Persönlichkeitsrechte in der EU sowie zu Fragen des Copyrights, die im Zuge der EU-weiten Proteste gegen das ACTA-Abkommen zu einem in der europäischen Öffentlichkeit umkämpften Thema wurden, hat die GUE/NGL gemeinsame Positionen entwickelt (GUE/NGL 2012d und 2012e).

Übereinstimmung bei Abstimmungen

Die GUE/NGL ist, abgesehen von der EFD, die am heterogensten zusammengesetzte Fraktion im EP. Ihre Konföderalität ist ein wichtiges Grundprinzip der überparteilichen Zusammenarbeit und verhindert, dass die Fraktion an kontroversen Standpunkten zerbricht. Sie garantiert, dass keine bindenden Mehrheitsentscheidungen getroffen werden müssen und dass jede Delegation jederzeit eigene Standpunkte vertreten kann. In der Selbstdarstellung der Fraktion heißt es: «Confederalism for us means respecting and preserving the diversity of identities and opinions of our members» (GUE/NGL 2013b). Dennoch gibt es, trotz gewisser Abweichungen je nach Politikfeld und Sachfrage, stabile Mehrheiten in der Fraktion, die in der gegenwärtigen Legislaturperiode zwischen ca. 60 und 90 Prozent schwanken. Der ehemalige Fraktionsvorsitzende Lothar Bisky sagte in einem Interview aus dem Jahr 2012 zu den Aushandlungsprozessen in der Fraktion: «In Fraktionen gibt es Mehrheiten und Minderheiten. Es ist gut, wenn eine Mehrheit dann die Entscheidung hat. Wenn eine Minderheit mit der Mehrheit spielen will, dann wäre das für die GUE/NGL verhängnisvoll. Aber es gibt in der Fraktion eine Mehrheit, die sich für einen bestimmten Kurs entscheidet. Da ist niemand, der diktiert, sondern es wird gemeinsam etwas erstritten, und das wird dann auch gemeinsam vertreten» (Bisky 2012).

Im Zeitraum Juli 2009 bis April 2013 lag die durchschnittliche Abstimmungsübereinstimmung innerhalb der GUE/NGL bei 79,22 Prozent. Damit liegt sie unter den Werten der meisten anderen Fraktionen. Den höchsten Wert erreichen die Grünen/EFA mit 94,57 Prozent Gesamtübereinstimmung. Die EVP liegt bei 92,69 Prozent, die S&D bei 91,35 Prozent, die Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE) bei 88,94 Prozent und die European Conservatives and Reformists (ECR) bei 86,61 Prozent. Weit abgeschlagen ist die nationalistische EFD mit 49,79 Prozent Übereinstimmung. Im Vergleich zur vorhergehenden Legislaturperiode hat die innerfraktionelle Kohäsion der GUE/NGL abgenommen. Die Gesamtübereinstimmung lag zwischen 2004 und 2009 noch bei rund 85 Prozent. Die GUE/NGL ist damit die einzige Fraktion im EP, bei der die Heterogenität im Vergleich zur vorhergehenden Legislaturperiode leicht zugenommen hat (vgl. Votewatch 2009a). Dies liegt vermutlich an der Abwesenheit der italienischen Delegationen der

PRC und PdCI: Die Abgeordneten Adamos Adamou, Vittorio Agnoletto und Vincenzo Aita wiesen zwischen 2004 und 2009 von allen Abgeordneten aller Fraktionen im EP die höchste individuelle Übereinstimmung mit der Mehrheit der eigenen Fraktion auf (vgl. Votewatch 2009b). Die höchste Übereinstimmung erreicht die GUE/NGL aktuell in den Politikfeldern

- A) Geschlechtergleichheit (90,46 Prozent),
- B) bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (87,61 Prozent),
- C) internationaler Handel (86,59 Prozent),
- D) Transport und Tourismus (85,96 Prozent),
- E) Beschäftigung und Soziales (85,84 Prozent) und
- F) Umwelt und öffentliche Gesundheit (85,67 Prozent).

Die Politikfelder A bis F umfassen überwiegend solche Themen, die zwischen den Linksparteien wenig kontrovers diskutiert werden, wie die Verteidigung sozialer Rechte, der Rechte von Beschäftigten, von Minderheiten und VerbraucherInnen. Die niedrigste Übereinstimmung weist die Fraktion in den Politikfeldern G) Wirtschaft und Währung (75,47 Prozent), H) EU-Haushalt (71,63 Prozent), I) Industrie, Forschung und Energie (68,69 Prozent), J) konstitutionelle und interinstitutionelle Fragen (68,04 Prozent) und K) Geschäftsordnung des EP (61,22 Prozent) auf.

Eine hypothetische Erklärung für die höhere innerfraktionelle Abweichung in den Politikfeldern G bis K ist, dass hier von den Abgeordneten in größerem Maße eine Antwort auf die Frage verlangt wird, auf welcher politischen Ebene – national oder europäisch – ein Problem gelöst werden soll. In den Bereichen H, J und K ist dies unmittelbar einleuchtend, da es hier um Kompetenzen der EU-Institutionen per se geht. Der Wert in I erklärt sich möglicherweise damit, dass es sehr unterschiedliche Auffassungen zu einer gemeinsamen Energiepolitik der EU gibt (gemeinsame EU-Netze oder nationale Energiesouveränität, Ausbau oder Abschaffung der Energiegewinnung aus Atomkraft). In das Politikfeld G fallen fast alle wichtigen Maßnahmen zur Lösung der Finanz- und Wirtschaftskrise in der EU und damit auch die Auseinandersetzung um die Frage, ob eine vertiefte Integration, etwa in Form einer EU-Wirtschaftsregierung, die Krise lösen könnte oder nicht.

Der Konflikt um die Anerkennung der EU als legitime Ebene politischer Gestaltung wirkt sich auch auf die Kooperation innerhalb der Fraktion aus. Der Abgeordnete Rui Tavares, der auf der Liste des portugiesischen BE ins EP gewählt worden war, begründete seinen Wechsel zur Fraktion der Grünen/EFA unter anderem damit, dass in der GUE/NGL zu viele orthodoxe KommunistInnen und nationale SouveränistInnen zu wenigen proeuropäisch-föderalistisch eingestellten Linken gegenüberstünden, was zu Blockaden für politische Initiativen führe (vgl. Tavares 2011). Lothar Bisky (LINKE) gab für seinen Rücktritt als Fraktionsvorsitzender Anfang 2012 neben seiner Gesundheit Konflikte innerhalb der Fraktion als Grund an, etwa zur Frage der

Kooperation mit anderen Fraktionen (vgl. Bisky 2012). Gabriele Zimmer (LINKE), die den Fraktionsvorsitz von Bisky übernahm, veröffentlichte im November 2012 einen Artikel mit dem Titel «Solidarity in the European Left», in dem sie es sowohl als größte Stärke als auch als größte Schwäche der GUE/NGL bezeichnet, dass diese so unterschiedliche linke Parteien vereine. Es sei problematisch, dass «a number of parties represented in it [der GUE/NGL] hardly show any great wish for an increase in the European cooperation and integration of the left. The parties' executive boards struggle to see themselves as simultaneously local, regional, national, European and global actors. Yet, if parties wanted to learn how to be actors of this type, they would be doing everything to preserve the GUE/NGL, shape and use it as an opportunity for the European integration of the left. They would only nominate candidates for the European Parliament with a capacity to communicate and cooperate» (Zimmer 2012).

Dies sei aber bisher nicht der Fall, da viele Parteien die EU nicht als Ebene der politischen Auseinandersetzung betrachteten: «It is quite unrealistic to expect of the GUE/NGL, in the way it is now structured, that it can unite its members' different inherited approaches to politics, i.e. that it can overcome the barriers and differences existing between the different political cultures. This is not the task of the candidates nominated by their parties who are expected to act according to election programmes adopted by the parties. Some parties want to view the European Parliament only as a provider of additional resources for their national agendas and political struggles» (ebd.).

Um welche Parteien es sich dabei handelt, führt Gabriele Zimmer nicht genauer aus. Die einzige Partei, die sich offen zu der Zielsetzung bekennt, gegen europäische Strukturen linker Parteien wie der EL zu arbeiten, ist die griechische KKE (vgl. KKE 2005 und 2010a).

Bündnispolitik auf europäischer Ebene:

Die Fraktion GUE/NGL hat in den Jahren ihres Bestehens dauerhafte Kooperationsstrukturen mit verschiedenen Akteuren entwickelt. Dazu gehört das World Parliamentary Forum (WPF), das der ehemalige Fraktionsvorsitzende Francis Wurtz (PCF) gemeinsam mit dem brasilianischen Parlamentsabgeordneten Tarcísio Zimmermann beim Weltsozialforum in Porto Alegre 2001 ins Leben gerufen hat und das bis heute von der GUE/NGL koordiniert wird. Das WPF findet stets im Rahmen der Weltsozialforen statt. Einige Abgeordnete arbeiten darüber hinaus im World Parliamen-

tary Network zusammen. Zumeist linke, sozialdemokratische und grüne Parlamentsabgeordnete aus der ganzen Welt beteiligten sich in Cancún, Mumbai, Caracas, Bamako, Nairobi, Belem, Dakar und zuletzt in Tunis 2013. In der Einladung nach Tunis 2013 heißt es in einer Selbstbeschreibung, das WPF sei ein «process rather than an event. A number of its members work together in the World Parliamentary Network, and they try to find, year after year, common positions on topics such as peace and a world based on economic justice. The WPF subscribes to the Charter of the World Social Forum and its aim is to establish a better cooperation among progressive parliamentarians interested in working together, and interacting with social movements and existing networks with a view to build up alternatives to the neoliberal globalisation» (World Parliamentary Forum 2013).

Am Weltsozialforum und am World Parliamentary Forum in Tunis 2013 nahmen neun Abgeordnete der GUE/NGL teil: Gabriele Zimmer und Helmut Scholz (LINKE), Marisa Matias und Alda Sousa (BE), Willy Meyer (IU), Paul Murphy (SP), Søren Søndergaard (ERG), Marie-Christine Vergiat (FG) sowie Inês Zuber (PCP) (vgl. ebd.).

Auch zu Gewerkschaften pflegt die GUE/NGL enge Kontakte. Neben den formalen Beziehungen zum Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) und zum Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) tauscht sich die Fraktion regelmäßig mit linken GewerkschafterInnen des Netzwerks Forum Social Europe – Network of European Trade Unionists (FSE) aus. GUE/NGL und FSE organisieren ein- bis zweimal im Jahr gemeinsame Seminare zu wirtschafts-, sozial- und demokratiepolitischen Themen im EP. Die letzte gemeinsame Veranstaltung fand im April 2013 unter dem Titel «Focus on Central and Eastern Europe» statt. Dort standen wirtschaftliche, soziale und politische Entwicklungen in Osteuropa sowie die Rolle von Gewerkschaften und der politischen Linken im Mittelpunkt der Diskussion (vgl. GUE/NGL 2013c).

Regelmäßig finden auch Treffen mit dem Netzwerk REALPE statt, in dem linke LokalpolitikerInnen europaweit organisiert sind (vgl. REALPE 2013).

Einige linke Parteien, die (derzeit) keinen Abgeordneten ins EP entsenden, sind mit der GUE/NGL assoziiert. Dazu gehören die italienischen PRC und PdCI, der finnische Vasemmistoliitto, die luxemburgische DL sowie Parteien aus Nicht-EU-Staaten wie die norwegische Socialistisk Venstre Parti (SVP) und die schweizerische Parti Suisse du Travail (PST) (vgl. GUE/NGL 2012 f.).

4 EUROPAPOLITISCHE POSITIONEN LINKER PARTEIEN

4.1 SYRIZA – ENOTIKO KINONIKO METOPO

EP-Fraktion	GUE/NGL
Europapartei	European Left (Vollmitglied seit 2004) ⁶
europäische Strukturen	UEL, NELF, EACL
Ergebnis Europawahlen 2009	4,7%/1 Mandat
Ergebnis Europawahlen 2004	4,16%/1 Mandat
Ergebnis nationale Wahlen 2012	26,89%/71 Mandate
nationale Regierungsbeteiligung	Nein
konkurrierende Linkspartei	Ja (KKE)

Kernaussagen zur EU-Integration:

Seitdem die Schuldenkrise und die von der EU durchgesetzte Austeritätspolitik Griechenland wirtschaftlich und sozial großen Schaden zugefügt haben, ist SYRIZA-Spitzenkandidat Alexis Tsipras, der auch Vizepräsident der EL ist, zum international bekannten Gesicht der europäischen Linken geworden. Unter seiner Führung wurde SYRIZA mit einem Alternativprogramm zur Austeritätspolitik bei den nationalen Wahlen im Juni 2012 zweitstärkste Kraft. Seitdem reist Tsipras durch Europa und sogar in die USA, um seine alternativen Pläne zur Lösung der Krise in Griechenland und der EU in zahlreichen Reden, Interviews und Artikeln (so in der *Financial Times*, *Le Monde*, *The Guardian*, *New York Times*, *Die Zeit*) vorzustellen. In einem Artikel für die britische Zeitung *The Guardian* schrieb er im Oktober 2012 über die EU: «Europe needs a new plan to deepen European integration. Such a plan must challenge neoliberalism and lead European economies back to recovery. It should prioritise the needs of workers, pensioners and the unemployed, not the interests of multinational companies and bankrupt bankers. [...] it is the only plan that can restore the European vision of social justice, peace and solidarity» (Tsipras 2012).

Das nationale Wahlprogramm von Juni 2012 weist nur Andeutungen für eine alternative EU-Politik auf, die zumeist direkt mit dem griechischen Schuldenproblem verknüpft sind (etwa gemeinsame Schuldtitel der EU). Das Ziel des wirtschaftlichen Programms SYRIZAs ist Griechenlands «participation in the Eurozone and the European Union on politically equal terms» (vgl. Synaspismos 2012).

Trotz Tsipras' deutlich auf die weitere EU-Integration Griechenlands ausgerichtetem Kurs sind europapolitische Positionen in der aus mehreren Parteien und Strömungen zusammengesetzten SYRIZA jedoch nicht unumstritten. Interne Auseinandersetzungen um eine souveränistisch oder föderalistisch ausgerichtete Politik waren möglicherweise auch ein Grund dafür, dass die wichtigste SYRIZA-Mitgliedspartei Synaspismos 2009 nur einen statt der erhofften vier Sitze im EP errang (vgl. Marioulas 2010: 279).

Programmatische Inhalte mit Bezug zur EU:

Das Wirtschaftsprogramm ist jener Teil des Gesamtprogramms SYRIZAs zu den nationalen Parlamentswahlen 2012, welcher die meisten Bezüge zur EU-Politik aufweist. Mit dem Programm verfolgt die Partei drei Ziele: «The first is to relieve the people who are suffering, the victims of this crisis. The second is stabilization and recovery. And the third is the implementation of a program of radical reforms and transformations, through which an effective reintegration of our country to the European future and to the international division of labor» (SYRIZA 2012: 2).

Eine griechische Reformpolitik müsse in einen europäischen Rahmen eingebettet sein, verlangt SYRIZA, auch um eine wechselseitige Stärkung zu erreichen. Griechenland soll in der Währungsunion bleiben. Konkret sieht SYRIZA folgende Maßnahmen mit direktem EU-Bezug vor:

Über die Europäische Investitionsbank (EIB) oder mit einem alternativen Programm sollen zinslose Darlehen an Mitgliedstaaten mit Liquiditätsproblemen fließen, damit diese durch Investitionen der Rezession begegnen können. Die Memoranda der Troika sollen durch Pläne für sozialen Wiederaufbau, ökonomische Restrukturierung und fiskalische Stabilisierung ersetzt werden. Ein Schuldenerlass nach dem Vorbild des Londoner Abkommens über die Schulden Deutschlands von 1953 und ein «Marshall-Plan» sollen Griechenland und den anderen von der Krise betroffenen Staaten helfen, eine produktive Wirtschaft aufzubauen. Die Schuldenanpassung solle im Rahmen einer gemeinsamen EU-Lösungsstrategie für die öffentliche Verschuldung aller Mitgliedsstaaten gefunden werden; falls dies nicht funktioniert, in bilateralen Verhandlungen. Eurobonds sollen als zusätzliches Finanzierungsinstrument die griechische Wirtschaft stützen. Finanzmittel aus EU-Fonds sollen besser genutzt werden und insbesondere Maßnahmen zur Linderung der extremen Armut finanzieren.

Ein paneuropäischer Mechanismus solle Spareinlagen in Banken garantieren. Bilaterale Abkommen zur Besteuerung griechischen Auslandsvermögens sollen mit der Schweiz und anderen Ländern abgeschlossen werden, verbunden mit Maßnahmen zum Stopp der Kapitalflucht von griechischen Konten.

Die Einrichtung einer «ökonomischen Diplomatie» und verstärkte wirtschaftliche Kooperation mit Drittstaaten sollen ebenfalls zum wirtschaftlichen Wiederaufbau beitragen (vgl. SYRIZA 2012).

Bündnispolitik auf europäischer Ebene:

Zwischen SYRIZA und sozialen Bewegungen wie Attac in Griechenland und Europa bestehen enge Kon-

⁶ Zurzeit noch als Synaspismos.

takte und viele personelle Überschneidungen. 2006 waren Synaspismos und Attac an der Organisation des Weltsozialforums in Athen beteiligt (vgl. Marioulas 2010: 278f.). Auch bei den nachfolgenden Sozialforen und zuletzt beim Weltsozialforum in Tunesien im März 2013 waren zahlreiche VertreterInnen der Partei anwesend (vgl. etwa Transform 2013). SYRIZA unterstützt ein von dem griechischen Wirtschaftswissenschaftler Yorgos Mitralias initiiertes Europäisches Antifaschistisches Manifest (Antifacism Europe 2013), mit dem eine europäische antifaschistische Bewegung vorgebracht werden soll. Diese soll auch den MigrantInnen in Griechenland zu Hilfe kommen, die von der erstarkenden nazistische Partei Chrysi Avgi bedroht werden. Über die EL und insbesondere den EL-Vizepräsidenten Tsipras steht SYRIZA auf der Suche nach einer Lösungsstrategie für die schwierige Situation in Griechenland in engem Kontakt und Austausch mit DIE LINKE aus Deutschland, der FG aus Frankreich und den Partnerparteien in der EL.

Stellenwert von EU-Politik:

SYRIZAs Aufstieg zur mächtigsten Kraft der Opposition gegen die Sparpolitik in Griechenland, die unmittelbare Verknüpfung der nationalen griechischen Zukunft mit der Zukunft der EU bzw. ihrer politischen Ausrichtung, die Ablehnung der europäischen Austeritätspolitik durch SYRIZA und Tsipras' Popularität über die griechischen und europäischen Grenzen hinweg haben die Europapolitik zu einem zentralen Thema der Partei gemacht. Tsipras bezeichnete Griechenland in einer Rede beim Jahresauftakt von DIE LINKE und EL in Berlin im Januar 2013 als «Labor neoliberaler Barbarei in Europa» (LINKE 2013c). SYRIZA nimmt dementsprechend für das eigene Programm in Anspruch, ein «compass for the European Left» und für die gesamte EU zu sein (vgl. Synaspismos 2012). Bei der Vorstellung des Wirtschaftsreformprogramms am 1. Juni 2012 formulierte der SYRIZA-Abgeordnete Yiannis Dragasakis dies folgendermaßen: «From the outset we have stated that our program and our struggle is at the same time both national and European. From the outset we said that we want to change the blueprint. Both for Greece and for Europe. And that is why our victory on the 17th of June will be a boost for positive changes for the people across Europe. And the path Europe will follow will in turn influence our endeavor» (SYRIZA 2012: 4f.).

4.2 IZQUIERDA UNIDA

EP-Fraktion	GUE/NGL
Europapartei	European Left Party (Vollmitglied seit 2004)
europäische Strukturen	NELF
Ergebnis Europawahlen 2009	3,71%/1 Mandat
Ergebnis Europawahlen 2004	4,15%/1 Mandat
Ergebnis nationale Wahlen 2011	7,02%/11 Mandate
nationale Regierungsbeteiligung	Nein
konkurrierende Linkspartei	Nein

Kernaussagen zur EU-Integration:

Die Partei IU ist ein 1986 gegründetes Bündnis aus mehreren Linksparteien und Gruppierungen, deren bedeutendster Einzelakteur die Partido Comunista de España (PCE) ist (vgl. Heilig 2009). Die PCE war nach dem Zweiten Weltkrieg zusammen mit der italienischen PCI eine wichtige Vertreterin des Eurokommunismus. Trotz der seit dem Vertrag von Maastricht 1992 offen ausgetragenen Konflikte um den richtigen Kurs in der Europapolitik bleibt die Position der Partei insgesamt stabil: Die IU beziehe sich «inhaltlich positiv auf den Prozess der europäischen Integration und begreift die europäische Ebene als erweiterten Handlungsraum für linke Politik» (Heilig 2009: 145; vgl. auch Schulz 2005: 365; 367).

Die IU verfolgt einen föderalistischen EU-Kurs, bei gleichzeitiger Ablehnung der neoliberalen Ausrichtung der geltenden EU-Verträge. So lautete etwa das Motto für den Aufruf zu Demonstrationen anlässlich des 1. Mai 2009: «Mehr Europa, mit mehr Rechten und mehr Demokratie» (vgl. IU 2009a). Die IU lehnt den Lissabonner Vertrag ab, da er neoliberale Wirtschaftspolitik festschreibe und den Regierungen zu viel Macht gegeben habe. Stattdessen soll ein neuer demokratischer Verfassungsprozess in Gang gesetzt werden (vgl. IU 2012a). Generalkoordinator Cayo Lara erklärte bei der 10. Föderalen Versammlung der IU, die EL müsse auf eine antikapitalistische Mehrheit im EP hinarbeiten (vgl. EL 2012d). Das Mitentscheidungsverfahren (EP und Ministerrat gleichberechtigt als Gesetzgeber) solle ausgeweitet, die Beziehungen zwischen den nationalen Parlamenten und dem EP sollen gestärkt werden. Der Europaabgeordnete und Koordinator für internationale Politik der IU, Willy Meyer, erklärte im Juni 2012, die IU setze sich «für einen Prozess der Neugründung Europas ein, indem die Bürgerinnen und Bürger ein Europäisches Parlament wählen, welches eine neue Verfassung entwirft, die Schluss macht mit dem undemokratischen Konstrukt, das Europa unter das Diktat des IWFs und finanzieller Mächte stellt» (vgl. IU 2012b).

Die IU fordert Eingriffe der EU in Politikbereiche wie Arbeitsrecht, Lohnfindungs- und Steuerpolitik, um einen sozialen Wandel der EU zu erreichen. Die EZB solle demokratisch kontrolliert werden und die Mitgliedsstaaten direkt finanzieren. Außerdem solle ein europäisches Finanzministerium eingerichtet werden. MdEP Meyer schlug bei der 10. Föderalen Versammlung der IU vor, eine offene Konferenz zur Weiterentwicklung der Vision eines sozialen Europa als Gegenstück zum vorherrschenden neoliberalen Konzept zu veranstalten, auch als Beitrag zur Arbeit der EL vor den Europawahlen 2014.

Es gibt aber ebenso Flügel in der Partei, die als Antwort auf die Krise in Spanien souveränistische Lösungswege in Betracht ziehen. Bei besagter Konferenz zur EU soll auch eine Frage diskutiert werden, die der ehemalige IU-Generalkoordinator Gaspar Llamazares stellte: «[U]nder what conditions should the IU stop

supporting Spanish membership of the eurozone, in whose name much of the horrors of austerity are being visited on «peripheral» Europe?» (Nichols 2013).

Programmatische Inhalte mit Bezug zur EU:

In einer Erklärung, welche die IU anlässlich ihrer 10. Föderalen Versammlung vom 14. bis 16. Dezember 2012 annahm, heißt es, die EU liberalisiere die Märkte und das Finanzsystem und fördere die Privatisierung strategischer Sektoren. Die gemeinsame Währung sei eingeführt worden ohne ein EU-Finanzministerium und ohne eine Zentralbank, die als Federal Reserve handle. Eine EU-Integration zum Wohle der Menschen sei so nicht möglich.

Die EZB solle nach Maßgabe einer neuen EU-Verfassung demokratisch kontrolliert und neben der Begrenzung der Inflation auf die Ziele nachhaltige Entwicklung und Vollbeschäftigung verpflichtet werden. Kapital müsse statt in den Finanzsektor in den öffentlichen Sektor fließen und den produktiven Sektor finanzieren, der sozialen und umweltpolitischen Prioritäten folgen solle. Ein öffentliches und soziales Kontrollsystem des Banken- und Finanzsektors müsse eingeführt werden.

Durch eine abgestimmte EU-Politik der direkten, progressiven Besteuerung anstelle indirekter Steuern könne ein destruktiver Steuerwettbewerb zwischen den Mitgliedsstaaten verhindert werden. Speklatives Kapital solle besteuert werden, unter anderem um einen Europäischen Fonds für soziale Entwicklung zu finanzieren. Dieser müsse den Leitlinien und der Kontrolle des Europäischen Parlaments unterliegen. Kapitalflüsse in der EU sollten kontrolliert und besteuert werden. Mit der Tobin-Steuer sollen Initiativen in innovativen strategischen Sektoren bezahlt werden, um eine nachhaltige, gerechte Entwicklung und Beschäftigungswachstum zu ermöglichen. Vermögende, große Unternehmen und transnationale Konzerne müssten besteuert werden, um Umverteilung von oben nach unten zu erreichen. Die Mehrwertsteuern müssten EU-weit harmonisiert werden, damit Basisdienstleistungen wie Wasser- und Energieversorgung, Transport- und Kommunikationsdienstleistungen erschwinglich blieben. Finanzielle Kriminalität müsse in all ihren Formen verfolgt und bestraft werden; dafür müssten den nationalen Steuerprüfungsorganen alle Mittel zu Verfügung gestellt und eine europäische Steuerbehörde geschaffen werden. Es müsse massiv gegen Steueroasen vorgegangen werden.

Die europäische Linke schlage, so die IU in ihrer Erklärung, die Einrichtung von Mechanismen zur Schaffung eines Systems der Angleichung der Produktion zwischen den Mitgliedstaaten vor, um das Gefälle zwischen Exportstaaten wie Deutschland und Importstaaten wie Spanien zu verringern, da letztere durch das bestehende Ungleichgewicht in exzessive Schulden und ein massives Handelsdefizit getrieben würden. Gemeingüter und strategische Sektoren, inklusive des Kredit- und Finanzsystems, müssten vergesellschaft-

et, Privatisierungen rückgängig gemacht werden. Es bedürfe eines neuen Systems allgemeiner Wohlfahrt auf europäischer Ebene (vgl. zu all diesen Punkte IU 2012c).

In ihrem Programm zu den Europawahlen 2009 kritisierte die IU die Lissabon-Strategie (die Vorgängerin der 2020-Strategie) als verfehlt. Sie forderte stattdessen eine «echte Industriestrategie» zur Schaffung von qualitativ hochwertigen Arbeitsplätzen, Umweltfreundlichkeit, Verbesserung der Ausbildung, Forschung und Entwicklung. So solle eine ausgeglichene Produktion in allen Regionen der EU erreicht werden. In allen Mitgliedsstaaten solle zudem ein Mindestlohn auf Basis von 60 Prozent der nationalen Durchschnittslöhne eingeführt werden. Die Bedingungen für Tarifverhandlungen und die Rechte der ArbeiterInnen müssten vor allem in Anbetracht der Urteile des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) zur Entscheidungsrichtlinie gestärkt, das Recht auf Streik in der gesamten EU verankert werden. Die IU wies in ihrem Europawahlprogramm die Arbeitszeitrichtlinie zurück, da sie eine totale Flexibilisierung der Arbeitsbedingungen erlaube. Sie trat für die 35-Stundenwoche ein bei maximal fünf Überstunden, sodass die Gesamtzahl von 40 Arbeitsstunden nicht überschritten wird. Alle Standards auf europäischem und nationalem Level sollten sich daran orientieren. Das Renteneintrittsalter solle bei 60 Jahren liegen, jedoch in Bezug auf die unterschiedlichen Regelungen in den Mitgliedstaaten flexibel sein. Mindesteinkommen und Mindestrente müssten mit den Mindestlöhnen von 60 Prozent der nationalen Durchschnittslöhne abgestimmt werden und automatisch mit diesen steigen. Einwanderer dürften nicht länger von Unternehmen ausgebeutet werden, die auf der Suche nach billigen Arbeitskräften seien. Eine Verordnung müsse sicherstellen, dass Einwanderer einer regulären Arbeit nachgehen dürfen. Die EU-Mitgliedsstaaten müssten Umweltsteuern auf CO₂-Emissionen und internationalen Transport erheben, um den Klimawandel zu verlangsamen sowie Umwelt und Biodiversität zu schützen (vgl. zu all diesen Punkten IU 2009b).

Bündnispolitik auf europäischer Ebene:

Die IU ist Gründungsmitglied der EL und stellt mit Maite Mola (PCE) eine der Vizepräsidentinnen. Mola ist auch die Koordinatorin der EL. Mit Willy Meyer ist die IU mit einem Abgeordneten in der GUE/NGL-Fraktion vertreten. Die IU steht vor allem über ihre Mitgliedspartei PCE dem Gewerkschaftsverband Confederación Sindical de Comisiones Obreras (CCOO) nahe. Die CCOO ist der größte Gewerkschaftsbund in Spanien und Mitglied des EGB und IGB (vgl. CCOO; Heilig 2009: 144).

Die Gruppierung Espacio Alternativo (EA) war bis 2009 Teil der IU und auf europäischer Ebene in der EACL organisiert. Nach dem Austritt aus der IU gründete sie die Izquierda Anticapitalista (IA), um eigenständig an den Europawahlen teilnehmen zu können (vgl. EA 2008).

Die in Spanien entstandene, aber inzwischen europaweit aktive Bewegung der Indignados (auch M15, mit Bezug auf die Demonstrationen vom 15. Mai 2011), deren Name an den Titel einer Streitschrift des Franzosen Stéphane Hessel aus dem Jahr 2010 («Indignez-vous!») angelehnt ist, ist für die IU ein wichtiger Bezugspunkt. Im Oktober 2011 berief sie eine Reihe öffentlicher Versammlungen zur Verabschiedung eines «Convocatoria Social» (eines sozialen Aufrufs) ein. Es war ein Versuch, die neue soziale Bewegung in einen Prozess der offenen Partizipation politisch einzubinden (vgl. etwa die Resolution Nr. 2 für eine «Demokratische Revolution» des «Convocatoria Social» mit direktem Bezug auf M15; IU 2012d). Nachdem die spanische Regierung im Juni 2012 einen Hilfsantrag (KOM 2012c) beim EFSF stellte, rief die IU gemeinsam mit der Indignados-Bewegung, Gewerkschaften und sozialen Organisationen zur Gegenmobilisierung auf (vgl. IU 2012e). MdEP Willy Meyer nahm als Teil einer Delegation der GUE/NGL am Weltsozialforum im März 2013 in Tunis teil (vgl. IU 2013).

Stellenwert von EU-Politik:

In der IU besteht ein traditionell starkes Interesse an europapolitischen Fragen, was nicht zuletzt in der «Vorreiterrolle» der PCE in der eurokommunistischen Entwicklung westeuropäischer kommunistischer Parteien begründet ist (vgl. Schulz 2005: 365). In der Finanz- und Wirtschaftskrise und angesichts der daraus resultierenden hohen spanischen Staatsverschuldung wurde die europapolitische Dimension für alle politischen Akteure in Spanien wichtiger denn je. Das Wahlprogramm 2011 enthielt zwar kein eigenes Kapitel zur EU, aber viele Forderungen mit Bezug zur EU-Politik. Diese konzentrierten sich vor allem auf die Gemeinsame Agrarpolitik, die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die EU-Fiskalpolitik. In dem «Politischen Dokument» der 10. Föderalen Versammlung war die Analyse der Krise der neoliberalen EU und ihr Bezug zur Situation in Spanien das wichtigste Thema (vgl. IU 2012f.).

4.3 BLOCO ESQUERDA

EP-Fraktion	GUE/NGL
Europapartei	European Left Party (2004, Vollmitglied seit 2005)
europäische Strukturen	NELF, EACL
Ergebnis Europawahlen 2009	10,72%/3 Mandate
Ergebnis Europawahlen 2004	4,91%/1 Mandat
Ergebnis nationale Wahlen 2011	5,19%/8 Mandate
nationale Regierungsbeteiligung	Nein
konkurrierende Linkspartei	Ja (PCP)

Kernaussagen zur EU-Integration:

Der 1999 gegründete BE vertritt in der Frage nach der Zukunft der EU eine tendenziell föderalistische Position. Im Jahr 2007 forderte der BE in der Schlussreso-

lution der V. Parteiversammlung, die Wahlen zum EP 2009 als Ausgangspunkt für eine neue demokratische Entwicklung der EU zu nehmen. Nach der Ablehnung der Europäischen Verfassung, die ein Versuch gewesen sei, autoritären Liberalismus und die Herrschaft der größten EU-Staaten festzuschreiben, solle das EP einen neuen Entwurf eines Grundlagenvertrags für die EU vorlegen. Dieser solle nach öffentlichen Diskussionen in den Mitgliedsstaaten in nationalen Referenden angenommen werden (vgl. BE 2007). Auch im Wahlprogramm zu den nationalen Parlamentswahlen 2009 forderte der BE eine soziale EU der gemeinsamen Entscheidungsfindung und die Entmachtung der nationalen Regierungen: «Ein degouvernementalisiertes Europa, basierend auf zwei Kammern mit Gesetzesinitiativrecht, ist ein Europa, in dem das gemeinsame Interesse mehr wiegt als bloße Verhandlungen zwischen Regierungen nach dem Prinzip «Geben und Nehmen». Das wäre ein Europa, in dem die Linke sowie die sozialen Kämpfe und Bewegungen sich vereinigen könnten» (BE 2009).⁷

Den Vertrag von Lissabon lehnt der BE mit der gleichen Begründung ab wie den Verfassungsvertrag. In der EU der liberalisierten Märkte würden öffentliche Dienstleistungen privatisiert; staatliches Handeln werde dem privaten Sektor untergeordnet. Es sei jedoch von großer Bedeutung für Portugal, ein soziales Europa mit europäischen öffentlichen Dienstleistungen und einer Politik anzustreben, die der Schaffung von Arbeitsplätzen verpflichtet ist (vgl. ebd.).

Nachdem Portugal im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise im Mai 2011 Finanzhilfen aus dem EFSM beantragt hatte und ein «Memorandum of Understanding» (KOM 2011) mit einer Reihe sozialer Einschnitte umsetzen musste, wandelte sich die Positionierung des BE in Bezug auf die EU-Integration. Die Resolution der VIII. Parteiversammlung 2013 klingt weit weniger optimistisch hinsichtlich einer föderalen Gemeinschaftspolitik der EU. Der BE verlangt darin zwar eine weitere Zentralisierung vieler Politikbereiche, darunter die Vergemeinschaftung von Schulden, einen EU-Rahmen für Steuerpolitik, Mindeststandards für Sozial- und Lohnpolitik sowie die Kontrolle der EZB durch gewählte Institutionen. Er kritisiert jedoch jetzt die gemeinschaftliche Entscheidungsfindung in beiden Varianten und verteidigt die Souveränität der Mitgliedsstaaten: «This crisis shows that the alternative between intergovernmentality and federalism as political models for the governance of the EU is false and that both are authoritarian. A European Union piloted by the intergovernmental game will only bring European deconstruction. European construction should respect the cultural identity and sovereignty of all States» (BE 2013).

Im Juni 2011 wechselte MdEP Rui Tavares, der 2009 als unabhängiger Kandidat auf der Liste des BE neben Marisa Matias und dem 2012 verstorbenen Miguel

⁷ Übersetzung des Autors.

Portas (Nachfolgerin: Alda Sousa) ins EP gewählt worden war, in die Fraktion der Grünen/EFA. Er begründete dies unter anderem damit, dass er seinerzeit auf einer pro-europäischen Liste ins EP gewählt worden sei. In der GUE/NGL, der sowohl der BE als auch die kommunistische PCP angehören, stünden jedoch einem Föderalisten/einer Föderalistin zwei bis drei nationale SouveränistInnen gegenüber (vgl. Tavares 2011).

Programmatische Inhalte mit Bezug zur EU:

Das Arbeitspapier der Politischen Kommission des BE mit dem Titel «On the crisis and how to overcome it» vom 23. Mai 2010 beschreibt die Finanzkrise sowie die Folgen für Griechenland, Spanien und Portugal als Konsequenzen einer finanzgetriebenen ökonomischen Globalisierung (vgl. BE 2010). Es gebe drei denkbare Strategien für die EU, mit der Krise umzugehen: 1. den Einsatz des Euro als Mittel, um die Dominanz des Finanzkapitals über die Ökonomie zu erhalten («Merkel's government strategy»); 2. die Desintegration des Euro sowie 3. den sozialen Kampf gegen die europäische Austeritätspolitik, der zu einer Reform der EU führen solle. Der BE hält den Austritt aus dem Euro aufgrund der mächtigen Klasseninteressen der jeweiligen nationalen Mittelschichten weder für realistisch noch – vor allem wegen der möglichen Konsequenzen für die Arbeiterklasse – für wünschenswert: «The choices before Portuguese left-wing parties are not about leaving the Euro or not, but on how to bring forward alternative policies which create jobs and implement democratic decision methods to fight finance speculation, refusing to accept the European Austerity Plan as a starting point. [...] The first thing the left must argue for are national alternatives which are also European» (ebd.).

In einer Resolution des Nationalen Rates des BE mit dem Titel «A program against debt tyranny» vom 7. Juli 2012 heißt es, der finanzielle Kollaps Spaniens und die permanente Bedrohung Italiens zeigten, dass die EU einen von den Finanzmärkten unabhängigen Finanzierungsmechanismus brauche. Dieser müsse aus der Herausgabe gemeinsamer Schuldtitel (Eurobonds) und einer veränderten Rolle der EZB bestehen, welche die EU-Staaten als *lender of last resort* direkt finanzieren solle. Den SKS-Vertrag («Europäischer Fiskalpakt») lehnt der BE ab. Er übertrage die Kontrolle über nationale Haushalte auf die EZB und die Kommission und verbiete antizyklische Fiskalpolitik. Der BE will den SKS-Vertrag annullieren und durch einen EU-Kooperationsmechanismus für Beschäftigung ersetzen. Portugal müsse das mit IWF, EZB und EU unterzeichnete Memorandum und die darin enthaltenen Austeritätsmaßnahmen aufkündigen. Diese würden Arbeitslosigkeit und Verschuldung erhöhen und den Ausverkauf strategisch wichtiger staatlicher Unternehmen an private Investoren forcieren. Stattdessen solle Portugal seine Schulden restrukturieren, Bedingungen und Zahlungszeiträume neu verhandeln und Schulden abschreiben, um die Gesamtschulden auf

unter 60 Prozent des BIP reduzieren zu können. Des Weiteren identifiziert der BE in der Resolution zwei strukturelle Grundprobleme Portugals: die mangelnde Finanzierung der portugiesischen Ökonomie und das Außenhandelsdefizit. Erstere solle direkt durch Kredite der EZB behoben werden (vgl. BE 2012).

In der Resolution «The left against the dept» der VII. nationalen Versammlung des BE vom 15. März 2013 werden folgende fünf EU-Maßnahmen zur Lösung der Schuldenkrise vorgeschlagen:

- «The pooling of the debts through the emission of European debt securities»;
- «A more robust Union Budget, which would permit common projects for employment and the «upwards» levelling of social rights»;
- «Combating fiscal dumping throughout the European Union, establishing minimum taxation thresholds on capital and eliminating the tax havens within the European space and imposing a tax on financial transfers»;
- «Make the European Central Bank subordinate to the elected institutions, centred on the creation of employment and guaranteeing the financing of the States»;
- «European social minima and a policy of coordination for increasing salaries» (vgl. BE 2013).

Bündnispolitik auf europäischer Ebene:

Der BE ist eine aktive Kraft innerhalb der EL und in der GUE/NGL im EP. Außerdem sind Teile des BE in der EACL vernetzt. Ein weiterer Teil der Bündnispolitik des BE ist die Kooperation mit internationalen sozialen Bewegungen. MdEP Alda Sousa etwa reiste als Teilnehmer der Delegation der GUE/NGL zum Weltsozialforum in Tunis 2013. In der Resolution der VII. nationalen Versammlung vom März 2013 heißt es: «The left should fight for the peripheries to present a united front. A more dense collaboration with our allies of the European Left Party, as well as with all current socialists, in Europe and in the World, with those with whom we can construct common debates and agendas» (ebd.).

Stellenwert von EU-Politik:

Die jüngste Justierung der Europapolitik des BE ist auf die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der vom Europäischen Rat durchgesetzten Bedingungen hinsichtlich der Bewältigung der Schuldenprobleme Portugals zurückzuführen. Nach dieser Erfahrung steht der BE einer Politik der gemeinschaftlichen Lösungen auf EU-Ebene skeptischer gegenüber als noch 2009. Das föderalistische Konzept für die EU mit einem starken EP als Mittelpunkt, für welches der BE noch 2009 eintrat, stuft er 2013 als ebenso autoritär ein wie die intergouvernementale Politik des Europäischen Rates. Seit der Eskalation der Staatsschuldenkrise in Portugal und dem Antrag der portugiesischen Regierung im Jahr 2011 auf Kredite aus dem ESFS/ESM ist die Abwehr der von der Troika und dem Europäischen

Rat zur Bedingung gemachten Austeritätsprogramme das wichtigste politische Thema des BE. Weiterhin vertritt die Partei Forderungen nach sozialen EU-Standards und der Zentralisierung der Fiskalpolitik auf EU-Ebene. Seit Beginn der Krise veröffentlichte der BE eine Reihe von Resolutionen und Arbeitspapieren zur Lösung der Schuldenkrise auch in englischer Sprache. Dies verdeutlicht, wie wichtig dem BE die politische Kommunikation über die Grenzen Portugals hinweg ist.

4.4 PARTITO DELLA RIFONDAZIONE COMUNISTA

EP-Fraktion	GUE/NGL
Europapartei	European Left Party (Vollmitglied seit 2004)
europäische Strukturen	NELF, EACL
Ergebnis Europawahlen 2009	3,38%/0 Mandate (Antikap. Liste)
Ergebnis Europawahlen 2004	6,06%/5 Mandate
Ergebnis letzte nationale Wahlen 2013	2,25%/0 Mandate (Bündnis RC)
nationale Regierungsbeteiligung	Nein
konkurrierende Linkspartei	Ja (SEL)

Kernaussagen zur EU-Integration:

Nach der verheerenden Wahlniederlage der PRC bei den Wahlen 2008 folgte Anfang 2009 die Abspaltung der «Bertinotti-Strömung» innerhalb der Partei, darunter der heutige Vorsitzende der Sinistra Ecologia Libertà (SEL), Nichi Vendola, und das ehemalige MdEP (bis 2009) Roberto Musacchio (vgl. Hagemann 2010: 234f.). Zu den Europawahlen 2009 traten dann zwei linke Parteien an, die PRC und die neu gegründete Sinistra e Libertà (SL, heute SEL). Beide scheiterten an der Vier-Prozent-Hürde, was dazu führte, dass die italienische Linke, einst eine der treibenden Kräfte bei der Gründung der EL, nicht mehr im EP vertreten war. Bis 2009 stellte die PRC mit sechs Abgeordneten eine der stärksten Delegationen in der GUE/NGL. Zu den nationalen Wahlen 2013 verbündete sie sich mit der PdCI und anderen kleinen Parteien zur Rivoluzione Civile (RC) unter der Führung des Anti-Mafia-Staatsanwalts Antonio Ingroia. Die PRC war somit im Wahlkampf nicht als selbstständige Kraft sichtbar. Das Bündnis kam auf lediglich 2,25 (Abgeordnetenhaus) bzw. 1,79 (Senat) Prozent der Stimmen und scheiterte damit an den Sperrklauseln. Die RC schrieb in ihrem gemeinsamen Wahlprogramm 2013, dass die EU ursprünglich ein Projekt gewesen sei, um die Lebensbedingungen von 500 Millionen Menschen zu verbessern und einander anzugleichen. Die Austeritätspolitik von EZB, IWF und der EU-Kommission aber habe stattdessen zu Massenarbeitslosigkeit, dem Abbau des Sozialstaats, der Eliminierung von Arbeitnehmerrechten und der Armut für Millionen von Menschen geführt. Die RC fordert dagegen eine verstärkte soziale

und föderal-demokratische Integration: «Das Europa, das wir wollen, ist Träger der Wohlfahrt und der sozialen Gerechtigkeit innerhalb seiner Grenzen und Förderer des Friedens in der Welt. Wir wollen es unabhängig von den Finanzmärkten machen und mit echten demokratischen Institutionen ausstatten, die von allen Bürgern der EU gewählt werden» (RC 2013). Diese Aussagen decken sich weitgehend mit den Positionen, die vom reformistischen Flügel der PRC auf dem VIII. Parteikongress Ende 2011 vertreten wurden (vgl. PRC 2011a).

Programmatische Inhalte mit Bezug zur EU:

In der Abschlusserklärung des VIII. Kongresses der PRC heißt es, die EU habe die Dogmen des Neoliberalismus in ihre Verträge eingeschrieben. Dies habe zu einer schrittweisen Erosion des europäischen Sozialmodells geführt, das zuvor durch ein Zusammenwirken von sozialen Rechten und fortschrittlichen Formen der Demokratie gekennzeichnet gewesen sei. Die Partei strebt eine Neugründung der EU als demokratische und soziale Union an. Die Vorschläge zur EU-Politik sind an dieser Stelle jedoch nur vage, was vermutlich darauf zurückzuführen ist, dass es sich um einen Kompromiss handelt. Die Vorlagen zum VIII. Parteikongress der PRC zeigen, dass sich in Bezug auf die Europapolitik drei Lager gegenüberstanden, ein reformorientiertes, ein traditionelles und ein revolutionäres. Das erste von drei Vorlagedokumenten forderte eine weitgehende Reform der bestehenden EU. Das Statut der EZB soll geändert werden, um sie der demokratischen Kontrolle durch das EP zu unterwerfen. Außerdem soll die EZB ihre monetäre Politik auf das Ziel Vollbeschäftigung ausrichten, Mitgliedstaaten durch den Kauf von Staatsanleihen auf dem Primärmarkt direkt finanzieren und Gemeinschaftsanleihen (Eurobonds) ausgeben. Eine Finanztransaktionssteuer, die Abschaffung von Steueroasen und eine strikte Regulierung der Finanzmärkte sollen durchgesetzt werden. Die GATT- und WTO-Regeln sollen durch arbeitsrechtliche Standards ergänzt werden. Ein gemeinsames Steuersystem der EU und eine gemeinsame, auf Vollbeschäftigung zielende Wirtschaftspolitik sollen eingerichtet werden, ergänzt durch Maßnahmen zur Verhinderung von Standortverlagerungen (vgl. PRC 2011b). Im zweiten Vorlagedokument hieß es dagegen, die Vereinigung unterschiedlicher Wirtschaftsräume wie in der EU und im Euroraum sei unter kapitalistischen Bedingungen nicht möglich. Die EU sei ein «Club der Kapitalisten» und werde dominiert von den Banken und den Monopolkonzernen der mächtigsten Mitgliedstaaten. Der Euroraum müsse zwangsläufig auseinanderbrechen, auch wenn Teile der herrschenden Klasse versuchten, dies durch eine gemeinsame Wirtschaftspolitik und Eurobonds zu verhindern – ein Ansatz, der etwa von sozialdemokratischen Parteien vertreten werde. Die PRC müsse sich gegen alle Schritte zur EU-Integration stellen, weil diese weitere Angriffe auf die Arbeiterbewegung und Sozialstaaten

bedeuteten (vgl. PRC 2011c). Die dritte Vorlage forderte, den «imperialistischen Käfig» der EU zu durchbrechen und eine neue kommunistische Internationale jenseits der EL zu gründen, um den Angriffen des globalisierten Kapitalismus entgegenzutreten (vgl. PRC 2011d).

Das gemeinsame Programm der RC zu den nationalen Parlamentswahlen im März 2013 deckt sich weitgehend mit den Forderungen des reformistischen Flügels der PRC. Darin fordert die RC, die EZB zu einem *lender of last resort* zu machen. Sie solle Staatsanleihen auf dem Primärmarkt kaufen, ohne dadurch Mitgliedstaaten, die sich bereits in der Krise befinden, durch neoliberale Bedingungen noch tiefer in die Krise zu stürzen. Eine Steuer auf Finanztransaktionen solle eingeführt werden. Außerdem sollen Geschäftsbanken von Investmentbanken getrennt werden. Es solle ein Schuldenaudit erfolgen und der SKS-Vertrag neu verhandelt werden. Steuerhinterziehung, Korruption und Schattenwirtschaft sollen beendet werden, auch um die Schuldenquote Italiens, das Verhältnis der Schulden zum BIP, zu korrigieren. Zugleich solle der ökologische Umbau der Wirtschaft vorangebracht werden, etwa durch Förderung von ressourceneffizienten und beschäftigungsintensiven Projekten. Fiskal- und Lohnpolitik in der EU sollen auf Konvergenz ausgerichtet sein. Es sollen Indikatoren für die Entwicklung sozialer Wohlfahrt und ökologischer Nachhaltigkeit entwickelt werden (vgl. RC 2013).

Bündnispolitik auf europäischer Ebene:

In den Konklusionen zum VIII. nationalen Parteikongress fordert die PRC, die europäische Linke müsse den Angriffen der EU auf Arbeitnehmerrechte auf der Ebene entgegenzutreten, von der diese ausgingen. Deshalb müsse die EL gestärkt werden (vgl. PRC 2011a). Vermutlich im Angesicht der schwachen Umfragewerte des Bündnisses RC vor den nationalen Parlamentswahlen 2013 veröffentlichten die Vorsitzenden der EL-Schwesterparteien der PRC am 23. Februar 2013 einen Unterstützeraufruf («The Party of the European Left encourages the Italian people to vote for the list of Civil Revolution, against neoliberalism»), der jedoch wirkungslos blieb (vgl. EL 2013d).

Stellenwert von Europapolitik:

Der Wahlkampf in Italien Anfang 2013 hatte einen starken Bezug zur Politik auf der EU-Ebene. Dies lag vor allem an der akuten nationalen Krisenlage und der Einsetzung der Monti-Regierung Ende 2011, die Reformen durchführen sollte, ohne durch Parlamentswahlen legitimiert zu sein. Bereits in den Vorlagen zum VIII. Kongress der PRC im Jahr 2011 nahm die Europapolitik viel Raum ein. Im gemeinsamen Programm der RC zu den Wahlen 2013 war die Europapolitik allen anderen Themen vorangestellt. Erst an zweiter Stelle folgte die dem Spitzenkandidaten Ingroia gemäße Anti-Mafia-Politik – ein Zeichen dafür, wie wichtig das Thema dem Bündnis im Wahlkampf erschien.

4.5 DIE LINKE

EP-Fraktion	GUE/NGL
Europapartei	European Left (Vollmitglied seit 2004)
europäische Strukturen	UEL, NELF
Ergebnis Europawahlen 2009	7,5%/8 Sitze
Ergebnis Europawahlen 2004	6,1%/7 Sitze (damals noch PDS)
Ergebnis nationale Wahlen 2009	11,9%/76 Sitze
nationale Regierungsbeteiligung	Nein
konkurrierende Linkspartei	Nein

Kernaussagen zur EU-Integration:

DIE LINKE vertritt in Bezug auf den EU-Integrationsprozess mehrheitlich föderalistische Positionen. Die vertraglichen Grundlagen der EU nach Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon betrachtet sie allerdings als fehlkonstruiert, ebenso die Verträge über SKS, EFSF und ESM (vgl. LINKE 2013a). Im Erfurter Parteiprogramm aus dem Jahr 2011 heißt es unter der Überschrift «Wie wollen wir die Europäische Union grundlegend umgestalten?», die Eurokrise habe gezeigt, «dass die EU-Verträge nicht für ein demokratisches, soziales, ökologisches und friedliches Europa taugen, sondern ganz im Gegenteil zur Verschärfung der Krise beitragen» (LINKE 2011).

DIE LINKE will deshalb diejenigen Teile der europäischen Verträge einer Revision unterziehen, die sie als «militaristisch, undemokratisch und neoliberal» betrachtet. Sie positioniert sich somit ablehnend zur derzeitigen politischen Verfasstheit der EU, jedoch grundlegend positiv zur fortschreitenden europäischen Integration und zur EU als Ebene der politischen Gestaltung: «Die auf EU-Ebene getroffenen Entscheidungen sind von zentraler Bedeutung für die Sicherung des Friedens, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung und die Lösung der ökologischen Herausforderungen auf dem Kontinent und darüber hinaus. Linke Politik in Deutschland muss angesichts dessen heute mehr denn je die europäische Dimension mitdenken und für die Gestaltung der europäischen Politik eigene Vorschläge unterbreiten. Die Europäische Union ist für DIE LINKE eine unverzichtbare politische Handlungsebene» (ebd.).

Ein wichtiges Dokument zu europapolitischen Fragen ist ein Memorandum der Bundestagsfraktion aus dem Jahr 2007 (vgl. LINKE 2007). Darin wird ein alternativer Verfassungsvertrag gefordert, der der EU als zentraler politischer Entscheidungsebene größeres Gewicht geben soll. Im Europawahlprogramm 2009 forderte DIE LINKE entsprechend, das EP solle die Initiative für einen neuen europäischen Verfassungsprozess ergreifen. Sie fordert ein System der Gewaltenteilung in einem föderalen, subsidiär organisierten europäischen Regierungssystem: «Das Europäische Parlament muss gleichberechtigt mit dem Rat entscheiden und das Initiativrecht erhalten. Wir fordern generell die Mitentscheidung des Europäischen Par-

laments, sobald ein Politikbereich in die Kompetenz der Europäischen Union überführt wurde. Für die bereits vergemeinschafteten Bereiche muss dies nachgeholt werden. Kommissionspräsident und Europäische Kommission sollen direkt durch das Parlament gewählt werden» (LINKE 2009a).

Auch politisch-inhaltliche Forderungen aus dem Parteiprogramm legen eine föderale Entwicklung der EU nahe. Dazu gehören die Vergrößerung des EU-Haushalts sowie die Ausweitung der Regulierung durch die EU in den Bereichen Wirtschaft, Soziales und Steuern. Im weltweiten Maßstab wird der EU eine wichtige Rolle zugeschrieben: Sie müsse ihr «Gestaltungspotenzial im Interesse von Millionen Menschen in aller Welt» nutzen (vgl. LINKE 2011). Die EU wird somit als weltpolitisch wichtiger Akteur betrachtet, allerdings nur wenn und insofern sie die Prinzipien Demokratie, soziale und ökologische Nachhaltigkeit sowie friedliche Konfliktlösung vertrete bzw. fördere.

Trotz der föderalistischen Grundlinien der Partei gibt es innerparteiliche Divergenzen in Bezug auf die Positionierung zur EU-Integration. Ein Hinweis darauf findet sich etwa im ersten Entwurf für das Bundestagswahlprogramm 2013. Dort heißt es, dass in Anbetracht der gegenwärtigen Krisenpolitik der EU und der neoliberalen vertraglichen Grundlagen «einige den Kampf um Europa zu Gunsten der nationalstaatlichen Regulierungen nach hinten stellen wollen» (LINKE 2013a). Tendenziell souveränistische Ansichten äußerten etwa die Vize-Parteivorsitzende Sahra Wagenknecht (MdB) oder das Vorstandsmitglied Sabine Wils (MdEP). Wils begründet ihre ablehnende Haltung gegenüber dem sozialdemokratischen Präsidenten des EP, Martin Schulz, unter anderem damit, dass das EP «nach seinen [Schulz] Vorstellungen ein größeres Gewicht gewinnen» solle; damit setze Schulz jedoch «auf die Stärkung der bürgerfernen Herrschaft gegen die nationalen Parlamente. Für die Menschen in der EU wird es nicht leichter werden, wenn neben der EU-Kommission auch noch ein EU-Parlament unter dem Deckmantel der Demokratie ihnen in der aktuellen Krise des Finanzkapitalismus das Fell über die Ohren ziehen will» (Wils 2012).

Ähnliche Ansichten äußerte die ehemalige Europaabgeordnete (2004–2009) Sahra Wagenknecht. In einem Artikel in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* schrieb sie, «[n]och mehr Kompetenzen an das Europäische Parlament abzugeben, wäre ebenfalls keine gute Idee. Ein Vielvölkerparlament, in dem die Abgeordneten noch nicht einmal eine gemeinsame Sprache sprechen und das weit weg von ihren Ländern und Wahlkreisen liegt, wird in viel geringerem Maße von der Öffentlichkeit beaufsichtigt als die nationalen Parlamente. Es wird immer dem Bürger ferner, abgehobener und damit leichter durch zahlungskräftige Lobbys steuerbar sein» (Wagenknecht 2012).

Im Entwurf für das Wahlprogramm wird versucht, dem Konflikt zwischen souveränistischen und föderalistischen Ansichten in der Partei mit der Formulierung

zu begegnen, es gebe «keine Entscheidung für oder gegen das eine oder andere – wir werden die Auseinandersetzungen auf allen Ebenen führen» (LINKE 2013: 49f.).

Ende April 2013 löste der ehemalige Parteivorsitzende Oskar Lafontaine eine anhaltende Debatte (vgl. Neues Deutschland 2013) innerhalb der Partei aus, als er in einem Artikel forderte, «[w]ir brauchen wieder ein europäisches Währungssystem», um mit kontrollierten Auf- und Abwertungen und Kapitalverkehrskontrollen zu verhindern, dass im Zuge der ökonomischen Anpassung im Euroraum in Südeuropa «20 bis 30 prozentige Einkommensverluste» hingenommen werden müssten (vgl. Lafontaine 2013). Der Vorstoß wurde als Reaktion auf die Gründung der rechten Partei Alternative für Deutschland (AfD) gedeutet, die einen Austritt Deutschlands aus der Währungsunion fordert. Die beiden Parteivorsitzenden der LINKEN wiesen Lafontaines Vorstoß zurück. Bernd Riexinger erklärte, «[d]en Schritt: Raus aus dem Euro, wird es mit der LINKEN nicht geben» (Riexinger 2013); im gleichen Sinne äußerte sich auch Katja Kipping (vgl. Kipping 2013).

Programmatische Inhalte mit Bezug zur EU:

Als Reaktion auf die Finanz- und Wirtschaftskrise in der EU will DIE LINKE riskante Finanzprodukte vom Markt nehmen und Leerverkäufe, Hedgefonds sowie Private Equity Fonds verbieten. Steueroasen sollen geschlossen und Kapitalverkehrskontrollen eingeführt werden. Die Partei fordert die Einführung europäischer Steuern auf Finanztransaktionen, deren Erlös in die Entwicklungshilfe fließen soll. Der Wechselkurs des Euro gegenüber anderen Währungen soll durch die Einrichtung von «Zielzonen» reguliert werden (vgl. LINKE 2013b).

Im ersten Entwurf des Bundestagswahlprogramms 2013 heißt es, DIE LINKE wolle Niedriglohnstrategien im Standortwettbewerb der EU-Mitgliedsstaaten («Lohndumping») unterbinden. Um dies zu erreichen, sollen Lohn-, Steuer- und Sozialpolitik aufeinander abgestimmt werden. Es bedürfe eines «Neustarts in eine demokratisch kontrollierte wirtschaftliche Entwicklung» (vgl. LINKE 2013a). Weil es zur Untermauerung dieser Forderung heißt, «[a]uch der DGB fordert einen «Marshall-Plan für Europa»» (vgl. DGB 2012), liegt die Vermutung nahe, dass mit demokratischer Kontrolle öffentliche Investitionen gemeint sind. Damit sollen öffentliche und soziale Dienstleistungen und eine «sozial-ökologische Konversion» (vgl. LINKE 2013a) gefördert werden. Die Mitgliedstaaten sollen sich auf die «Förderung von Wohlfahrt und Wohlstand für alle» (ebd.) verpflichten, indem die Europäische Sozialcharta des Europarats verbindlich in einen neuen Verfassungsvertrag integriert wird. DIE LINKE will auf ein «gemeinsames Streikrecht und europäisches Tarif- und Sozialsystem hinarbeiten» (ebd.). Auf dem europäischen Umweg will sie so in Deutschland ein Recht auf politischen Streik und Generalstreik einführen. Auch europaweite öffentlich-rechtliche Medien sollen ein-

gerichtet und die Grundrechtsstandards in den Bereichen Datenschutz, Antidiskriminierung, Rechtsschutz und Reisefreiheit verbessert werden. Die EU solle darüber hinaus den Waffenexport beschränken, die Grenzschutzagentur Frontex abschaffen und die Dublin-II-Verordnung durch ein «humanes Asylsystem» ersetzen (vgl. ebd.).

Bündnisstrategien:

DIE LINKE versteht sich selbst als Bewegungspartei und pflegt Kontakte zu linken GewerkschafterInnen, Attac sowie der Friedens-, Anti-Atomkraft-, der antifaschistischen und feministischen Bewegung. Die Bundestagsfraktion hat eigens eine «Koordinationsstelle Soziale Bewegungen» eingerichtet. Im Entwurf zum Bundestagswahlprogramm 2013 heißt es dazu, «soziale und demokratische Verbesserungen werden nur in enger Zusammenarbeit von außerparlamentarischen, sozialen Bewegungen und linken Kräften im Parlament erreicht» (ebd.).

In diesem Sinne agiert auch die parteinahe Rosa-Luxemburg-Stiftung, die einen «Gesprächskreis Parteien und Soziale Bewegungen» unterhält (vgl. RLS o. J.). VertreterInnen von Partei und Stiftung nehmen regelmäßig am Europäischen und am Weltsozialforum teil und engagieren sich in Aktionen wie dem Alter Summit im Juni 2013 in Athen oder den Blockupy-Protesten gegen die europäischen Banken und die EZB in Frankfurt (vgl. Alter Summit 2013; Blockupy 2013). DIE LINKE konkurriert in Hinblick auf die Bündnispolitik mit sozialen Bewegungen in Deutschland vor allem mit der Partei Die Grünen, der es gelungen ist, für die Europawahlen 2009 mit Sven Giegold (zuvor Attac) und Barbara Lochbihler (1999-2009 Generalsekretärin von Amnesty International Deutschland) prominente AktivistInnen als KandidatInnen für das EP aufzustellen.

Stellenwert von EU-Politik:

Europapolitischen Fragen misst der derzeitige Parteivorstand eine zentrale Bedeutung in der politischen Auseinandersetzung zu. In der am 13. Oktober 2012 beschlossenen «Wahlstrategie der Partei DIE LINKE für das Wahljahr 2013/2014» wird von der Vermutung ausgegangen, «dass alle Wahlen 2013/14, also die Landtagswahlen [...] die Bundestagswahl sowie die Europawahl unter dem Eindruck der europäischen Krise stehen werden. Stets wird die Wahlentscheidung von den drei Fragen bestimmt werden: Was wird aus Europa? Was wird aus dem Euro, aus unserem Geld? Und was wird aus uns? Die wahlstrategische Antwort der LINKEN besteht in einer landes-, bundes- und europapolitisch konsistenten Antwort auf diese drängenden und alltäglichen Fragen der Menschen» (LINKE 2012b).

Im Landtagswahlkampf im Bundesland Niedersachsen (Wahltag 20. Januar 2013) machte DIE LINKE das Problem der Regulierung der Finanzmärkte zu einem zentralen Wahlkampfthema. Auf den Wahlplakaten wurden landespolitische Forderungen wie «Kranken-

häuser retten» durch den Zusatz «Statt Spekulanten» stets in eine Beziehung zur Finanzkrise in der EU gebracht (vgl. Campaignwatch 2012).

Im ersten Entwurf zum Bundestagswahlprogramm 2013 stehen die Vorschläge für EU-Maßnahmen zur Lösung der Finanzkrise in Kapitel zwei von sieben (S. 45–50 von 86; vgl. LINKE 2013a). In Anbetracht der Tatsache, dass es sich um ein nationales Wahlprogramm handelt, zeigt auch dieses Beispiel, welche Bedeutung die Parteiführung der EU und der Lösung der Eurokrise beimisst. Noch im Bundestagswahlprogramm 2009 gab es kein eigenes EU-Kapitel, lediglich einen Unterpunkt am Ende des Programms; weitere Forderungen zur EU-Politik fanden sich 2009 verstreut im Text (vgl. LINKE 2009b).

4.6 FRONT DE GAUCHE – PARTI COMMUNISTE FRANÇAIS UND PARTI DE GAUCHE

EP-Fraktion	GUE/NGL
Europapartei	European Left (Vollmitglied seit 2004 ⁸ /2010 ⁹)
europäische Strukturen	NELF, UEL
Ergebnis Europawahlen 2009	6,05%/5 Mandate
Ergebnis Europawahlen 2004	5,24%/2 Mandate (PCF)
Ergebnis nationale Wahlen 2012	6,91%/10 Mandate
Präsidentenwahlen 2012	11,10% (Jean-Luc Mélenchon)
nationale Regierungsbeteiligung	Nein
konkurrierende Linkspartei	Nein

Kernaussagen zur EU-Integration:

Die PCF und die Ende 2009 gegründete PG treten bei wichtigen Wahlen gemeinsam im Rahmen der FG an, weshalb ihre Positionierungen in einem Kapitel dargestellt werden. Im Jahr 2005, als in Frankreich in einer Volksabstimmung der europäische Verfassungsvertrag abgelehnt wurde, war die PCF zusammen mit dem ihr nahestehenden Gewerkschaftsbund Confédération Générale du Travail (CGT) einer der führenden Organisatoren der Ablehnungskampagne. In einer Analyse des deutschen Think Tanks Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) hieß es dazu: «Anders als anlässlich des Maastricht-Referendums drehte sich [...] das Kernargument der linken Europaskeptiker nicht um die nationale Souveränität. [...] [Es] gründete vielmehr in der Einschätzung, dass der Verfassungsvertrag den Weg für ein neoliberales Europa ebne, das weder durch sozial- noch durch beschäftigungspolitische Kompetenzen kompensiert würde» (SWP 2006).

Dieser Standpunkt prägt die Europapolitik der FG bis heute. Vor allem in Fragen des sozialen Ausgleichs und der wirtschaftlichen Regulierung befürwortet die FG eine gesamteuropäische Politik. Neben tendenziell föderalistischen Forderungen werden in der FG jedoch auch

8 Parti Communiste Français (PCF). 9 Parti de Gauche (PG).

souveränistische Positionen deutlich artikuliert, sodass eine klare Linie nicht immer erkennbar ist. Die Rückkehr zum souveränen Nationalstaat wird von Teilen der FG mindestens als strategischer Zwischenschritt erwogen, um anschließend eine gemeinschaftliche EU-Sozial- und Steuerpolitik durchzusetzen. Im gemeinsamen Programm für die Präsidentschaftswahlen 2012 der FG lauteten die zentralen Forderungen zur EU-Politik: Befreiung vom Lissabonner Vertrag und Aufbau eines anderen Europas. Ein in Volksabstimmungen zu beschließender neuer EU-Vertrag solle sozialen Fortschritt gewährleisten und eine «neue europäische Politik, befreit von der Macht der Finanzmärkte» (vgl. FG 2012a), ermöglichen. Die FG will EU-Richtlinien, die linken politischen Grundsätzen entgegenstehen, national außer Kraft setzen. Dieser nationale Ungehorsam (*désobéissance*) solle sich in der EU verbreiten und Mitgliedsstaaten, die von Austeritätsmaßnahmen betroffen sind, auf diese Weise unterstützen. Der neue EU-Vertrag solle dann eine Klausel gegen den Abbau sozialer und ökologischer Standards beinhalten (ebd.). Souveränistische Forderungen stellten Europaabgeordnete der PCF – Patrick LeHyarik und Jacky Henin, gemeinsam mit Abgeordneten der PCP¹⁰ – zum sogenannten Thyssen-Bericht des EP über die Zukunft der Wirtschafts- und Währungsunion (vgl. EP 2012a). LeHyarik und Henin forderten, durch Stärkung der nationalen Parlamente «die nationale Souveränität zu verteidigen und dafür zu sorgen, dass nationale Einrichtungen ihre Funktionen uneingeschränkt wahrnehmen können und dass sie nicht abgewertet werden oder ihre Befugnisse auf die supranationalen EU-Organe übertragen werden» (vgl. EP 2012e). Die «Vereinbarungen und Verträge über die EU-Mitgliedschaft» sollen «aufgehoben» und der «Status der einzelnen Länder dem Willen seiner Bürger und seiner tatsächlichen Lage entsprechend angepasst» werden. Geschehen solle dies durch nationale Opt-Out-Möglichkeiten aus dem EU-Recht. Gleichzeitig solle ein erhöhter EU-Haushalt Reichtum zwischen den Mitgliedstaaten umverteilen, um die wirtschaftliche Konvergenz zu fördern (vgl. ebd.).

Programmatische Inhalte mit Bezug zur EU:

Der Abgeordnete Jean Pierre Brard fasste das Ziel eines sozialen Europas in einer Rede in der französischen Nationalversammlung anlässlich des 50. Jahrestages des Elysee-Vertrages wie folgt zusammen: «Die Wirtschafts- und Finanzpolitik der EU sollte von einer völlig anderen Zielsetzung ausgehen: Die Schaffung von sozialer Konvergenz, fiskalische Harmonisierung, ein europäisches Budget zur Verteidigung der industriellen Standorte, Investitionen in die Zukunft, Solidarität und Wiederherstellung eines Ausgleichs zwischen reichen und armen Regionen, ein auf Ankurbelung der europäischen Binnennachfrage basierendes Wachstumspakt und gezielte Protektionsmaßnahmen gegen Standortverlagerungen sowie soziales und ökologisches Dumping» (PCF 2011a).

Das Programm für die Präsidentschaftswahlen 2012 und ein Sofortprogramm vom Januar 2013 (FG 2013) enthalten eine Reihe konkreter Vorschläge zur sozialen Umgestaltung der EU. Darin fordert die FG, die EZB solle demokratischer Kontrolle unterworfen werden, öffentliche Aufgaben finanzieren, den Ausbau öffentlicher Dienstleistungen fördern und zum Abbau der Entwicklungsunterschiede zwischen den EU-Mitgliedsstaaten beitragen, unter anderem durch die Finanzierung eines Fonds für soziale und ökologische Entwicklung. Mindeststeuersätze für alle EU-Mitgliedsstaaten sollen Sozialdumping verhindern. Standortverlagerungen sollen bekämpft werden. Der Kapitalverkehr müsse wieder kontrolliert und Kapital besteuert werden, unter anderem durch eine Finanztransaktionssteuer. Banken sollen reguliert und ein öffentlicher Bankensektor eingerichtet werden, um die Kreditvergabe auszuweiten. Öffentliche Schulden sollen während eines Rückzahlungsmoratoriums überprüft, illegitime Schulden annulliert werden.

Frankreich solle sich außerdem für die soziale Harmonisierung der EU einsetzen, unter anderem durch die Einführung von gesetzlichen Mindestlöhnen in allen EU-Mitgliedsstaaten. Der öffentliche Dienst solle auch auf EU-Ebene ausgebaut werden. Jedwede Flexicurity-Politik sowie alle gegenwärtigen Austeritätsmaßnahmen lehnt die FG ab. Die Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen soll nach ihrer Vorstellung beendet werden. Frankreich solle sein Veto gegen einen gemeinsamen transatlantischen Markt einlegen, damit die EU nicht zum Vasallen der USA wird.

Der PCF-Politiker Alain Obadia schrieb in der Septemberausgabe 2011 der PCF-Zeitschrift *La Revue du Projet* in einem Artikel mit dem Titel «Eine Industriepolitik für eine emanzipatorische Entwicklung», der europäischen Dimension komme bei der Industriepolitik eine grundlegende Bedeutung zu. Frankreich solle mit dem Ziel einer humanistisch-progressiven und ökologischen Entwicklung für eine europäische Industriepolitik kämpfen (vgl. PCF 2011b). Der von der EL vorgeschlagene Fonds für soziale Entwicklung (vgl. EL 2010b) könne ein entscheidendes Werkzeug dafür sein.

Eine neue europäische Agrarpolitik solle auf Ernährungssouveränität ausgelegt sein. Sie müsse die europäischen Landwirte zusammenführen, anstatt sie konkurrieren zu lassen und solle auf Entwicklungszusammenarbeit ausgelegt sein. (vgl. FG 2012a)

Die FG tritt außerdem für die Auflösung der Nato und für eine multilaterale Völkerrechtspolitik unter dem Dach demokratisierter Vereinter Nationen ein (vgl. FG 2012b).

Bündnisstrategien:

Die beiden Parteien der PG gehören zu den zentralen Akteuren innerhalb der Europapartei EL. Die PCF stellt mit Pierre Laurent seit 2010 den Vorsitzenden der Eu-

¹⁰ Inês Cristina Zuber und João Ferreira.

ropapartei. Neben der traditionellen Nähe zum und der personalen Verflechtung mit dem Gewerkschaftsverband CGT, der Mitglied im EGB ist, suchen die Parteien der FG auch den Kontakt zur Protestbewegung der Indignés. Auf der Website der PCF findet sich hierzu ein Dossier «L'Europe des Indignés» (PCF 2013). PolitikerInnen der FG waren beim Weltsozialforum 2013 in Tunis präsent, darunter Pierre Laurent (PCF) und MdEP Marie-Christine Vergiat (PG). Die CGT ist außerdem Mitorganisatorin des Alter Summit, der im Juni 2013 in Athen stattfand (vgl. CGT 2012). Gute Kontakte pflegen der Vorsitzende der Internationalen Kommission von DIE LINKE, Oskar Lafontaine, und der FG-Präsidentschaftskandidat 2012 und MdEP Jean-Luc Mélenchon. In einer Erklärung von November 2012 riefen die Politiker zu einer «zivildesellschaftlichen Revolution» gegen die neoliberale Krisenpolitik in Europa auf (vgl. Lafontaine 2012).

Stellenwert von EU-Politik:

Die Fokussierung des französischen politischen Lebens auf «eine Wahl, die Präsidentenwahl» (vgl. Sahuc 2010: 125) bedeutet nicht, dass Europapolitik für die Parteien der FG unwichtig ist. Der Vorsitzende der PCF, Pierre Laurent, ist seit 2010 Präsident der EL; der Vorsitzende der PG, Jean Luc Mélenchon, ist seit 2009 Abgeordneter im EP. Sowohl im Programm für die Präsidentschaftswahlen 2012 als auch im Sofortprogramm 2013 spielen inhaltliche Forderungen zur Europapolitik eine bedeutende Rolle. Nicht zuletzt der Sieg im französischen Referendum über die europäische Verfassung 2005 sowie die anschließende Aushebelung dieses Votums durch die Ratifizierung des Lissabonner Vertrages in der Nationalversammlung haben die EU-Verträge zu einem wichtigen (negativen) Bezugspunkt der gemeinsamen Politik der Parteien der FG gemacht. Im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise und des drohenden Kollapses der Eurozone konnte an das Know-how und die programmatischen Bausteine der Kampagnen gegen EU-Verfassung und Lissabonner Vertrag angeknüpft werden.

4.7 KOMUNISTICKÁ STRANA ČECH A MORAVY

EP-Fraktion	GUE/NGL
Europapartei	European Left Party (Beobachter seit 2004)
europäische Strukturen	UEL, IMCWP
Ergebnis Europawahlen 2009	14,18%/4 Mandate
Ergebnis Europawahlen 2004	20,27%/6 Mandate
Ergebnis nationale Wahlen 2010	11,27%/26 Mandate
nationale Regierungsbeteiligung	Nein
konkurrierende Linkspartei	Nein

Kernaussagen zur EU-Integration:

Die KSČM verfolgt einen europapolitischen Kurs, der zwischen orthodox-kommunistischem Konservatismus und einem pragmatischen Reformismus angesiedelt ist. Die Konfliktlinien innerhalb der ehemaligen kommunistischen Staatspartei verlaufen nicht so sehr zwischen nationalen SouveränistInnen und EU-FöderalistInnen; vielmehr bestehen Divergenzen zwischen Parteimitgliedern, welche die realsozialistische Vergangenheit verteidigen auf der einen Seite und PragmatikerInnen und ReformiererInnen auf der anderen.¹¹ Das «weiche Nein» der KSČM zum tschechischen EU-Beitritt 2003 (gegen den Beitritt, aber Anerkennung der Vorteile) kann als ein entsprechender Kompromiss innerhalb der Partei gewertet werden (vgl. Handl 2005: 420; Holubec 2010: 321). Dieser Kompromiss spiegelte sich bereits in den beiden Programmen des 5. Parteikongresses 1999 wider, fünf Jahre vor dem EU-Beitritt Tschechiens. In dem auf längerfristige Ziele angelegten Programm «The CPBM at the Turn of the Millennium» (CPBM, engl.: Communist Party of Bohemia and Moravia) hob die KSČM hervor, sie betrachte die «processes of [EU] integration as leading to greater economic efficiency and contributing to the enrichment of culture. However, it [die KSČM] does not overlook the harsh pressures in the present European Union, which are aimed at restricting social certainties, or the mushrooming bureaucracy and rising profits of the biggest transnational monopolies, made at the expense of wide sections of the population. We reject the EU in its current form» (KSČM 1999a).

Stattdessen fordert die KSČM eine demokratischere Form der EU-Integration und strebt ein sozialistisches Europa an. In dem auf demselben Parteitag verabschiedeten «Programm of Renewal», in welchem die kurzfristigen politischen Ziele der KSČM dargelegt wurden, stellte die Partei die EU-Integration Tschechiens nicht weiter infrage. Sie verlangte ein nationales Referendum über den Beitritt sowie vorteilhafte Beitrittsbedingungen und thematisierte die Verwendung von Mitteln aus EU-Fonds. Der Beitrittsprozess solle dazu genutzt werden, die Lebensumwelt der Menschen zu verbessern (vgl. KSČM 1999b).

Beim 6. Parteikongress im Mai 2004, unmittelbar nach dem EU-Beitritt am 1. Mai, verabschiedete die Partei das neue Parteiprogramm «Hope for the Czech Republic» (vgl. KSČM 2004). Darin lassen sich viele praktische Programmpunkte finden, die im Rahmen der EU verwirklicht werden sollen, etwa in den Bereichen Forschung, Umweltschutz, Landwirtschaft und der Schaffung von Arbeitsplätzen mithilfe von Mitteln aus EU-Fonds. Bezugnahmen auf die nationale Souveränität finden sich nur an wenigen Stellen. Sie wird im Zusammenhang mit der Verteidigung der Beneš-Dekrete und gegen mögliche territoriale Ansprüche studentendeutscher Verbände hervorgehoben. An ande-

¹¹ Zu den Strömungen in der KSČM vgl. Holubec 2010: S. 323.

rer Stelle heißt es in Bezug auf die Euroregionen, diese seien der Zusammenarbeit der Menschen in einem demokratischen Europa förderlich, solange sie nicht die territoriale Integrität der Nationalstaaten infrage stellen. Die tschechische Kultur wird von der KSČM als Teil der «humanist world and European culture» gesehen, die im Gegensatz zur «uniformity and vulgar Americanisation» stehe (ebd.). Dies ist ein Beispiel dafür, dass der traditionelle Antiamerikanismus weitaus stärker ausgeprägt ist als die Skepsis gegenüber einem vereinten Europa (vgl. auch Holubec 2010: 320). In dem speziell der EU-Mitgliedschaft gewidmeten Kapitel mit der Überschrift «The Czech Republic's membership of the EU and international Left cooperation» des Parteiprogramms von 2004 heißt es, die KSČM werde ihre Politik der neuen Situation nach dem Beitritt anpassen. Sie richte ihre Aufmerksamkeit jetzt auf die Vorteile der Integration. Die Mitgliedstaaten sollen in den EU-Institutionen gleichwertigen Status haben. Die EU solle ihre Politik auf internationalem Recht und den Standards des Europarates (Grundrechtecharta, Europäische Sozialcharta) gründen (vgl. KSČM 2004). Im Europawahlprogramm aus dem Jahr 2009 spricht sich die KSČM für mehr direkte Demokratie, mehr Kompetenzen für das EP und die nationalen Parlamente und gegen die Bürokratie aus (KSČM 2009).

Das aktuelle Programm «Main Tasks & Aims of the Party's Work after KSČM's VIII Congress», verabschiedet am 25. Juni 2012, enthält nur wenige Bezugnahmen auf die EU-Politik. Unter der Überschrift «National interests' protection» fordert die Partei gleiche Bedingungen für alte und neue Mitgliedstaaten, den Abbau der EU-Bürokratie und ein «boosting of democratic decision-making» zwischen den Mitgliedstaaten und «within the framework of [the] European Commission». Eine Vereinigung der linken Kräfte in der EU solle soziale Veränderungen mit sozialistischem Charakter erzwingen (vgl. KSČM 2012a).

Programmatische Inhalte mit Bezug zur EU:

Im Europawahlprogramm aus dem Jahr 2009 forderte die KSČM eine Regulierung der Banken auf EU-Ebene. Gefährliche Finanzprodukte sollen verboten, die Finanzmärkte besteuert werden. Die Preisstabilität müsse gewahrt bleiben und die soziale und territoriale Kohäsion und Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten gefördert werden (vgl. KSČM 2009). Zu den nationalen Parlamentswahlen 2010 forderte die Partei, mithilfe der EU gegen Steueroasen vorzugehen und Steuerdumping in EU-Mitgliedstaaten zu unterbinden. Ökonomisch solle Tschechien unabhängiger von den EU-Märkten werden, indem Exporte in Nicht-EU-Staaten erhöht werden (vgl. KSČM 2010a). Die KSČM stellt sich als Partei der tschechischen Unternehmen dar und wirbt für ein «Europa ohne Grenzen», für freien Personen-, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr (vgl. KSČM 2009).

Gleichzeitig tritt die Partei gegen den Abbau sozialer und gewerkschaftlicher Rechte ein. Sie fordert EU-Maßnahmen gegen Steuer- und Lohndumping und

ein ökologisch ausbalanciertes Wachstum mit grünen Arbeitsplätzen für nachhaltige Entwicklung. Auf EU-Ebene will sie Mindestlöhne, Mindestrenten und eine Mindestarbeitslosenhilfe durchsetzen. Den Einfluss des Staates auf die Wirtschaft will sie durch den Aufbau eines starken öffentlichen Sektors erhöhen und die Restrukturierung der Wirtschaft durch Unterstützung für Fertigungsbetriebe fördern. Arbeitnehmerrechte sollten dabei in verschiedener Hinsicht gestärkt werden, durch Betriebs- und Aufsichtsräte und verschiedene Formen der Arbeitnehmerbeteiligung an Unternehmen. Auch eine Antidiskriminierungspolitik sei notwendig, die sich an UN- und EU-Standards orientieren soll (ebd.).

Sicherheitspolitisch sollen sich die EU und Europa, so die KSČM, von der «aggressive policy of the Empire» (vgl. KSČM 2010a), gemeint ist die USA, emanzipieren. Europäische Verteidigungspolitik dürfe nicht den Interessen fremder Mächte untergeordnet werden. Die Nato sei ein Hindernis für die EU-Integration und ein Relikt der bipolaren Weltordnung. Sie solle ersetzt werden durch eine Sicherheitspolitik im Rahmen der OSZE. Die KSČM wendet sich gegen eine Militarisierung und eigene Streitkräfte der EU (vgl. KSČM 2004, 2009 und 2010a). Die Ablehnung der GASP der EU wird mit dem demokratischen Defizit zuungunsten der Parlamente begründet: «The democratic deficit reveals itself here, especially in the European Parliament's and the national parliaments' inadequate participation in decisionmaking on security issues. The CPBM supports Europe's independence from the US. It demands that the EU's supranational military-security structures, if created, are under the democratic control of the whole community, its elected bodies and the European Parliament, and operate purely on the basis of a UN Security Council mandate and are used to defend the EU communities or take part in humanitarian actions» (KSČM 2004).

In der EU-Agrarpolitik sollten die Bedingungen für tschechische Landwirte denen der EU-15 angeglichen werden (vgl. KSČM 2010a). Die KSČM fordert auch eine koordinierte und umweltverträgliche Energiepolitik der EU, wobei sie in erster Linie auf Atomkraft setzt (vgl. KSČM 2009 sowie 2010a).

Bündnispolitik auf europäischer Ebene:

Die KSČM gehört mit vier Abgeordneten zu den größeren Delegationen in der GUE/NGL-Fraktion im EP. Die Partei hat Beobachterstatus bei der EL. Als Begründung für die Ablehnung der EL-Vollmitgliedschaft hieß es unter anderem, man könne die Formulierung zur Verurteilung des Stalinismus im Statut der EL nicht akzeptieren und bedauere, dass nicht alle europäischen kommunistischen Parteien eingeladen worden seien, in der EL mitzuwirken (etwa die russische und die ukrainische). Als ehemalige kommunistische Staatspartei nimmt die KSČM regelmäßig an den International Meetings of Communist and Workers' Parties teil. Den dort vertretenen Parteien ist die KSČM nach wie vor

stark verbunden. Während im EP ReformierInnen wie Miroslav Ransdorf sitzen, wird die Außenabteilung der Partei durch den konservativen Hassan Charfo geleitet, der die Partei «eher an den Positionen der griechischen Kommunisten» (KKE) ausrichte (vgl. Holubec 2010: 322). Beispielsweise lobte die KSČM in einem in englischer Sprache herausgegebenen Statement zu den Wahlen in Griechenland vom 6. Mai 2012 ausschließlich das Ergebnis der KKE und erwähnte SYRIZA mit keinem Wort, obwohl diese mit 16,8 Prozent etwa doppelt so viele Stimmen wie die KKE auf sich vereinen konnte und ihr Spitzenkandidat Tsipras Vizepräsident der EL ist (vgl. KSČM 2012b).

Gute Kontakte bestehen traditionell zur slowakischen Komunistická strana Slovenska (KSS) und der deutschen PDS (heute DIE LINKE). Europäische Sozialforen haben für die Partei keine große Bedeutung, wenngleich einzelne KSČM-Mitglieder daran teilnehmen. Soziale Bewegungen in Tschechien stehen der KSČM aufgrund der autoritären Vergangenheit eher ablehnend gegenüber. Eine Ausnahme war die 2006 gegründete, gegen die Stationierung eines Teils des US-Raketenabwehrsystems gerichtete Initiative Ne základnám, an der Mitglieder der KSČM beteiligt waren und die mit der Partei zusammenarbeitete. Allerdings wurde der Bund der Kommunistischen Jugend der KSČM wegen «stalinistischer Agitation» aus der Initiative ausgeschlossen (vgl. Holubec 2010: 322).

Stellenwert von EU-Politik:

Europäische Politik hat für die KSČM trotz der Krise in der EU keine herausragende Bedeutung. Das im Juni 2012 verabschiedete Programm «Main Tasks & Aims of the Party's Work after KSČM's VIII Congress» enthält nur wenige, inhaltlich vage Bezüge zur EU-Politik. Ein wichtiges Thema mit europäischer Dimension ist die politische Verteidigung der autoritären Vergangenheit in den von kommunistischen Parteien beherrschten Staaten. Der Antikommunismus ist für nationalkonservative Parteien in den osteuropäischen Mitgliedstaaten der EU ein Mittel zu Diskreditierung der linken und sozialdemokratischen politischen Konkurrenz. Gegen die politische Isolierung sucht die KSČM daher das Bündnis mit anderen traditionellen kommunistischen Parteien (vgl. KSČM 2011 und 2010b; PCP/KSČM et al. 2010).

4.8 VASEMMISTOLIITTO (VAS)

EP-Fraktion	(GUE/NGL assoziiert – MdEP zuletzt 2004–2009)
Europapartei	European Left (Vollmitglied seit 2010)
europäische Strukturen	NGLA, VSG, NELF
Ergebnis Europawahlen 2009	5,93%/0 Mandate
Ergebnis Europawahlen 2004	9,13%/1 Mandat
Ergebnis nationale Wahlen 2011	8,12%/14 Mandate
nationale Regierungsbeteiligung	Ja (zwei Minister im Staatsrat)
konkurrierende Linkspartei	Nein

Kernaussagen zur EU-Integration:

Die VAS hat es als verhältnismäßig kleine linke Partei aus einem Land mit wenigen EinwohnerInnen (ca. 5,4 Millionen) und wenigen Sitzen im EP (13 von 754) nicht leicht, einen Abgeordneten ins EP zu entsenden. Die EU-Politik der Partei konzentriert sich daher vor allem auf die Möglichkeiten der finnischen Regierung im Rat der EU. Im finnischen Einkammerparlament verfügt die VAS seit 2011 über 14 von 200 Sitzen, außerdem stellt sie zwei MinisterInnen in der Regierung¹². Das 2007 beschlossene Parteiprogramm kritisiert die EU für ihre neoliberale Politik und urteilt, «the EU does not deserve the trust of the European people» (vgl. VAS 2007). Die EU müsse reformiert und eng am skandinavischen Wohlfahrtsstaatmodell ausgerichtet werden. Die Partei strebt an, «to reform the European Union in such a way that the EU supports the development of the society on the basis of the Nordic model of solidarity. [...] Europe needs effective common and democratic regulations which in the whole Union area guarantee civil rights, the position of workers and fair rules in working life, social security, sufficient tax income to support the welfare state and sustainable development. When the Treaties of the EU are renewed a consultative referendum must be carried out in Finland» (ebd.).

Auch auf globaler Ebene schreibt die VAS der EU großes politisches Potenzial zu: «The European Union must promote the achievement of these goals in the whole world. Left Alliance wants the EU to be a strong builder of peace, democracy and a just world economy» (ebd.).

Die EU könne, so die Formulierung in einem Grundsatzpapier zur Eurokrise (ohne Datum, vermutlich 2011), jedoch keine «traditional federation» sein. Dazu seien die Mitgliedsstaaten zu verschieden. Nichtsdestotrotz müsse, um die gemeinsame Währung Euro behalten zu können, die Wirtschafts- und Fiskalpolitik der EU auf eine völlig neue, gemeinschaftliche Grundlage gestellt werden (vgl. VAS 2011a). Somit strebt die Partei keinen föderalen europäischen Staat an, betrachtet es aber als notwendig, zentrale Politikfelder wie die Wirtschafts- und Fiskalpolitik föderal als demokratische Gemeinschaftspolitik zu betreiben.

Die aktuelle Parteiführung um Paavo Arhinmäki, den Präsidentschaftskandidaten der VAS 2012, nimmt zwar eine kritische Haltung zur Politik der EU, aber eine insgesamt integrationsfreundliche Position ein. Auseinandersetzungen um den europapolitischen Kurs führt sie vor allem mit dem ehemaligen Europaabgeordneten und Vertreter des traditionellen Parteiflügels Esko Seppänen. Dieser repräsentierte die GUE/NGL als Stellvertreter von Silvia-Yvonne Kaufmann (LINKE) im Verfassungskonvent der EU 2002–2003. Kaufmann befürwortete den Verfassungsentwurf, Seppänen war dagegen. Die Divergenzen führten zwischenzeitlich dazu,

¹² Paavo Arhinmäki (Parteivorsitzender, Präsidentschaftskandidat 2012); Minister für Kultur und Sport; Merja Kyllönen: Ministerin für Verkehr und Transport.

dass die Partei überhaupt keine öffentliche europapolitische Position äußern konnte. Das Verfehlen des Wiedereinzuges ins EP im Jahr 2009 könnte auch durch das Fehlen einer kohärenten Positionierung zu erklären sein (vgl. Kontula/Kuhanen 2010: 41 f.).

Programmatische Inhalte mit Bezug zur EU:

In ihrem Grundsatzpapier zur Eurokrise formuliert die Partei ausführlich ihre Analyse der Krise sowie europäische Lösungsansätze (vgl. VAS 2011a). Diese betreffen im Wesentlichen drei Bereiche: Steuerpolitik, Bankenregulierung und Umstrukturierung des Bankensektors, inklusive EZB und Europäischer Investitionsbank, sowie ein Bailout-System ohne den Zwang zu Privatisierungen und der Zerstörung ökonomischer Grundlagen. Einige dieser Vorschläge würden in einigen Staaten bereits angewendet, viele könnten sofort in die Praxis umgesetzt werden, erklärt die Partei dort. Andere Vorschläge seien so ausgelegt, dass die gesamte Eurozone daran teilnehmen müsse. Zusammengefasst schlägt die VAS in dem Papier folgende konkrete Maßnahmen vor: Kapitalflucht in Steueroasen soll durch ein multilaterales Informationssystem zur Besteuerung von Unternehmen verhindert werden. Geldtransfers in Steueroasen sollen massiv besteuert werden, ebenso sämtliche Finanztransaktionen in der EU. An einem gemeinsamen Besteuerungssystem sollen so viele Mitgliedstaaten wie möglich teilnehmen. In einem zweiten Schritt könnten auch Staaten außerhalb Europas hinzukommen. Gemeinsame Steuerbemessungsgrenzen sollen Steuerwettbewerb verhindern.

Banken sollen in Anlage- und Investitionsbanken aufgespalten werden, um Spekulationen mit Einlagen zu verhindern. Keine Bank dürfe «too big to fail» sein. Bonuszahlungen für kurzfristige Profite sollen verboten werden. Geschäfte mit Steueroasen sollen für Banken, die sich über die Zentralbank refinanzieren, verboten werden. Rekapitalisierungen durch Steuergerlder sollen nur unter dem Vorbehalt durchgeführt werden, dass der Staat dafür Bankenanteile erhält. Hedgefonds und sogenannte Schattenbanken sollen der Bankenregulierung unterworfen werden. Eine öffentliche Volksbank soll geschaffen werden. Sie soll nicht profitmaximierend arbeiten und nur dem sicheren Kerngeschäft der Banken verpflichtet sein. Finanzprodukte sollen zukünftig lizenziert, und der Handel mit Derivaten soll eingeschränkt werden. Die EIB soll Kapital für Investitionen bereitstellen, um Beschäftigung, nachhaltige Infrastruktur und Umwelttechnologie zu fördern. Die EZB soll in einen *lender of last resort* umgewandelt werden. Sie soll in einem bestimmten Rahmen nachhaltige Kredite an die Mitgliedstaaten vergeben.

Griechenland und andere Staaten, die Finanzhilfen erhalten, sollen sich auf den Kampf gegen die Schattenwirtschaft, übermäßige Bürokratie und Korruption konzentrieren, anstatt zu privatisieren und den öffentlichen Sektor zu schrumpfen. Ein transnationaler «debt reconciliation mechanism» nach dem rechtlichen Mo-

dell der USA soll eingeführt werden. Rating-Kriterien privater Rating-Agenturen sollen öffentlich gemacht und eine öffentliche Rating-Agentur gegründet werden (vgl. für all diese Punkte VAS 2011a).

Finnland müsse sich auf EU-Ebene dafür einsetzen, «to put a stop to the dumping of taxes, working conditions and the protection of the environment» (VAS 2013a).

Das Parteiprogramm aus dem Jahr 2007 fordert darüber hinaus eine gemeinsame, solidarische Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik der EU «which recognizes the EU's global responsibility» (VAS 2007). Der Handel mit Emissionsrechten solle durch eine CO₂-Steuer ersetzt werden (vgl. ebd.).

Bündnispolitik auf europäischer Ebene:

Die VAS versteht sich als «a part of the world-wide Left movement» (vgl. VAS 2007). In Bezug auf außerparlamentarische Bewegungen heißt es im Parteiprogramm: «We want to maintain and develop co-operation with the trade union movement and other NGOs in order to strengthen equal participation and democracy» (ebd.).

Die Partei betont die Zusammenarbeit in internationalen Strukturen wie der GUE/NGL (bis 2009), der EL und dem NELF. Sie ist außerdem Mitglied der NGLA. Der Parteivorsitzende Paavo Arhinmäki ist Mitglied der finnischen Delegation im nordischen Rat.

Stellenwert von EU-Politik:

Während in der VAS noch im Jahr 2008 EU-Politik nahezu keine Rolle spielte, änderte sich dies seit der Wahl der neuen Parteiführung um Paavo Arhinmäen. Ende 2009 erfolgten der Beitritt zur Europapartei EL sowie eine intensivere Auseinandersetzung mit den Erfahrungen anderer linker Parteien in der EU (vgl. Kontula/Kuhanen 2010). Auch die Finanz- und Wirtschaftskrise und insbesondere deren Auswirkungen auf die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU) veranlassten die Partei, eigene alternative politische Ansätze zu formulieren und sich, auch als Teil der Regierungskoalition eines Nettozahlers zum EU-Haushalt, zu den Bailout-Anträgen anderer Mitgliedstaaten im Rahmen des EFSF und ESM zu verhalten (vgl. VAS 2011b). Das Wahlprogramm zu den nationalen Parlamentswahlen 2011 hatte jedoch keine nennenswerten europapolitischen Bezüge (vgl. VAS 2011c). Der Parteivorsitzende Paavo Arhinmäen artikuliert seine Positionen zuletzt in einer Rede an den Parteivorstand am 16. März 2013: Das Interesse der VAS an der Politik in der EU und in anderen Mitgliedsstaaten, so Arhinmäen, leite sich aus zwei Faktoren ab: Zum einen verstehe sich die VAS als Teil einer internationalen Bewegung der Solidarität. Zum anderen basiere der wirtschaftliche Erfolg Finnlands auf dem starken Export in andere EU-Mitgliedstaaten, sodass die Wirtschaftskrise zumindest graduell auch Finnland treffen könne. Eine gemeinsame, europäische Lösung der Krise sei somit in finnischem Interesse (vgl. VAS 2013b).

4.9 SINN FÉIN

EP-Fraktion	GUE/NGL
Europapartei	–
europäische Strukturen	UEL
Ergebnis Europawahlen 2009	11,24%/1 Mandat
Ergebnis Europawahlen 2004	11,10%/1 Mandat
Ergebnis nationale Wahlen 2010	9,94%/14 Mandate
nationale Regierungsbeteiligung	Nein
konkurrierende Linkspartei	Ja (Socialist Party)

Kernaussagen zur EU-Integration:

Sinn Féin war eine der treibenden Kräfte hinter der Ablehnung des Lissabonner Vertrages durch die irische Bevölkerung im Referendum vom Juni 2008 (vgl. SFe 2013a).¹³ Die Partei pflegt nach eigener Aussage ein «kritisches, aber konstruktives Verhältnis» zur EU, deren Politik für die irische Gesellschaft immer wichtiger geworden sei. Man betrachte die vielen und komplexen Entwicklungen in der EU einzeln und richte die Positionen der Partei entsprechend aus. Insgesamt nimmt Sinn Féin eine souveränistische Position ein: «We want to build a Europe of Equals – a true partnership of equal sovereign states, co-operating in social and economic development in Europe and beyond. We want a EU that promotes peace, demilitarisation and nuclear disarmament and the just resolution of conflicts under the leadership of a reformed, renewed and democratised United Nations. Ultimately, we want a future United Ireland to take an active, leading role in such a reformed EU» (ebd.).

Sinn Féin unterstütze EU-Maßnahmen für Menschenrechte, Gleichheit und die «all-Ireland agenda» (vgl. SFe 2013b). Die Partei spricht sich jedoch gegen die «verfehlte Politik des fiskalischen Föderalismus» zur Stabilisierung der Eurozone aus. Die Übertragung von mehr Entscheidungsmacht auf EU-Institutionen sei das Gegenteil von dem, was Irland und die EU bräuchten: «Instead we need greater flexibility for member states to implement policies suited to their specific needs» (SFe 2012a). Vorschläge zur Demokratisierung der EU im Europawahlprogramm 2009 zielten vor allem darauf ab, nationalen und regionalen Parlamenten mehr Macht zu geben und die EU-Institutionen, insbesondere die Kommission, zu schwächen (vgl. SFe 2009a).

Programmatische Inhalte mit Bezug zur EU:

In dem Bericht «The future of the EU and Ireland’s role in shaping that future» aus dem Jahr 2008 (nach dem negativen ersten Lissabon-Referendum) heißt es, die Partei sei gegen eine gemeinsame Körperschaftssteuerbemessungsgrenze in der EU, weil sie darin einen Eingriff in die Steuersouveränität Irlands sehe sowie einen Versuch der EU, Kontrolle über direkte Steuern zu gewinnen. Sinn Féin tritt in dem Bericht für ein verbindliches Zusatzprotokoll zu den Europäischen Verträgen in Bezug auf den Erhalt der nationalen Steuersouverä-

nität Irlands ein (verbindliches Referendum) und will Artikel 48 des Vertrages über die Europäische Union (EUV) annullieren, der Vertragsänderungen (ordentliches oder einfaches Änderungsverfahren) regelt (vgl. SFe 2008).

Sinn Féins alternatives Programm gegen die europäische Austeritätspolitik im Rahmen von EFSF und ESM sowie des SKS-Vertrages zu den nationalen Wahlen 2012 setzt sich aus den Pfeilern Investitionen, Schuldenabschreibungen, Säuberung des Europäischen Bankensystems und Sicherung des Zugangs zu Finanzmarktkrediten für Mitgliedstaaten durch die EZB zusammen. Die Partei fordert, die Investmentkapazität der EIB zu erhöhen. Auf diese Weise sollen, gemeinsam mit den Mitgliedstaaten, große Investitionsprojekte finanziert werden, die Beschäftigung und Wachstum schaffen und die Wettbewerbsfähigkeit erhöhen. Neue «strenge Stresstests» sollen das Bankensystem von «toxischen Papieren» (vgl. SFe 2012a) säubern. Banken sollen zur Restrukturierung auch Vermögen veräußern und sich wieder der Finanzierung der «Realwirtschaft» zuwenden. Erst dann sollen, sofern nötig, Bankenrekapitalisierungen direkt von der EZB durchgeführt werden. Der Schuldenabbau in Staaten wie Griechenland und Irland solle unter anderem durch massive Abschreibungen gelingen; Irland solle den Teil seiner Schulden abschreiben, den der Staat bei der Rettung von Banken übernommen habe. Die darüber hinausgehenden Staatsschulden sollten bedient werden. Der Europäische Rat solle dafür sorgen, dass die EZB alles unternehme, um den Markt für Staatsanleihen zu stabilisieren und den Marktzugang für Mitgliedstaaten zu garantieren.

Sinn Féin fordert ein Soziales Fortschrittprotokoll als Zusatzprotokoll zu den Verträgen, wie es auch der EGB verlangt: «Nothing in the Treaty, and in particular neither fundamental freedoms nor competition rules shall have priority over fundamental social rights and social progress. In case of conflict, fundamental social rights shall take precedence» (vgl. SFe 2008). Öffentliche Dienstleistungen, etwa in den Bereichen Bildung und Gesundheit, sollen im Rahmen der EU genau definiert und dem wirtschaftlichen Wettbewerb entzogen werden.

In einem Seminar über das EU-Förderprogramm Horizon 2020 für Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten kleiner und mittelständischer Unternehmen im Januar 2012 warb MdEP Martina Anderson für das «great potential on an all-Ireland basis for SME’s to develop Research and Development» (SFe 2013c).

Stellenwert von EU-Politik:

Da die irische Verfassung vorsieht, dass Änderungen bezüglich der irischen EU-Mitgliedschaft unter dem Vorbehalt des nationalen Referendums stehen, kommt europäischen Fragen in regelmäßigen Abständen ei-

¹³ Beim zweiten Referendum im Oktober 2009 verloren die VertragsgegnerInnen.

ne zentrale Rolle in den nationalen politischen Auseinandersetzungen in Irland zu. 2008 und 2009 mussten zwei Kampagnen im Zuge der Referenden zum Lissabonner Vertrag organisiert werden; eine entsprechend große Menge Material wurde dazu produziert (vgl. SFe 2009b). Zwischen den beiden Referenden fanden im Sommer 2009 die Europawahlen statt. In derselben Zeit wirkte sich die Finanz- und Wirtschaftskrise auf Irland in einem solchen Maße aus, dass die konservative Regierung im November 2010 Hilfe aus dem ESM beantragte. Zur Volksabstimmung in Irland am 31. Mai 2012 veranstaltete Sinn Féin eine Kampagne gegen die Annahme des SKS-Vertrages (Sinn Féin: «austerity treaty»).¹⁴ Zudem fiel Irland im ersten Halbjahr 2013 die EU-Ratspräsidentschaft zu, was sowohl den nationalen als auch den EU-Abgeordneten Sinn Féins Anlass für Kritik an dem dazugehörigen Programm gab. MdEP Martina Anderson kritisierte die irische Regierung für das Programm der Ratspräsidentschaft; es beinhalte «nothing socially progressive, no investment package, no concrete actions to address record unemployment figures», außerdem keine «all-Ireland dimension», und es lasse den Nordirlandkonflikt außer Acht (SFe 2013e).

4.10 SOCIALISTISCHE PARTIJ

EP-Fraktion	GUE/NGL
Europapartei	-
europäische Strukturen	UEL, Spectrezine
Ergebnis Europawahlen 2009	7,10%/2 Mandate ¹⁵
Ergebnis Europawahlen 2004	6,97%/2 Mandate
Ergebnis nationale Wahlen 2012	9,65%/15 Mandate
nationale Regierungsbeteiligung	Nein
konkurrierende Linkspartei	Nein

Kernaussagen zur EU-Integration:

Die SP war eine der treibenden Kräfte hinter dem negativen Ausgang des Referendums über eine Europäische Verfassung im Jahr 2005. Sie vertritt einen tendenziell souveränistischen Kurs in der Europapolitik, bei dem, im Gegensatz zu anderen Linksparteien, marxistische oder leninistische Theorien (etwa das Ziel der Überwindung des Kapitalismus) keine Rolle spielen. In Bezug auf die EU benutzt sie eine Sprache, die sich an die EU-kritischen Diskurse rechtskonservativer Parteien aus dem Vereinigten Königreich anlehnt. So finden sich in ihren Erklärungen Begriffe wie «Eurocrats», «Europhiles», «Brüsseler Regulierungssucht» oder «Lobbycircuitus» (vgl. Wirries 2010: 197). Die Partei will keinen Austritt der Niederlande aus der EU, aber sie will Politikfelder, die in den Bereich der europäischen Zusammenarbeit fallen, möglichst klar eingrenzen und so viele Kompetenzen wie möglich auf der nationalen Ebene halten. Die EU solle ein Bund zur Zusammenarbeit souveräner nationaler Staaten und «kein Superstaat» sein. Ein solcher diene lediglich den Interessen

der großen Konzerne, die mit mehr als 15.000 LobbyistInnen die Entscheidungsfindung in der EU beeinflussten (vgl. SP 2013a). In dem zentralen Dokument der SP zur Europapolitik aus dem Jahr 2006 heißt es: «Cooperation in the context of the European Union is at the present time primarily economic cooperation. The time is certainly not ripe for more far-reaching political integration, and there is no support for such among the people of the member states. Other areas of policy can therefore often be better and more speedily regulated on a national level or between a smaller number of states» (SP 2006).

Nach dem Vorbild eines Referendums, wie sie der britische nationalkonservative Premierminister David Cameron angekündigt hat, fordert die SP ein nationales Referendum über die Bedingungen, unter denen die Niederlande in der EU verbleiben sollten. Cameron, so der Außenpolitiker Harry van Bommel, sei ein Verbündeter, wenn es darum gehe, den Ausbau der Kompetenzen des EP auf Kosten der nationalen Parlamente zu stoppen (vgl. SP 2013d).

Im Programm zu den nationalen Parlamentswahlen 2012 schreibt die SP, sie wolle sich gegen die «Brüsseler Regulierungswut» (vgl. SP 2012a) und für eine strenge Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips einsetzen. Wichtige Entscheidungen sollen nur nach Zustimmung durch ein nationales Referendum getroffen werden (ebd.). Es soll keine zusätzlichen Erweiterungen der EU geben, mit Ausnahme der Balkanstaaten, mit denen die Verhandlungen bereits abgeschlossen sind. Über EU-Erweiterungen solle in den Niederlanden verpflichtend in Referenden entschieden werden (ebd.).

Im Juni 2010 führte ein Konflikt zwischen den beiden EU-Abgeordneten Cornelius de Jong und der bereits seit 2004 für die SP im EP sitzenden Kartika Liotard dazu, dass letztere aus der SP austrat und seitdem als parteilose Abgeordnete für die Fraktion GUE/NGL weiterarbeitet (vgl. Liotard 2010).

Programmatische Inhalte mit Bezug zur EU:

Die SP fordert laut Programm zu den nationalen Parlamentswahlen 2012 ein soziales Europa, in dem es nicht nur um Geld geht (vgl. SP 2012a). Im Mai 2012 forderte van Bommel ein «europäisches soziales Wachstumspaket», denn «asoziale Sparmaßnahmen» hätten zu einem Schrumpfen der Wirtschaft geführt. Die Mitgliedstaaten sollen mehr Zeit für die Haushaltskonsolidierung erhalten. Nationale Investmentbanken sollen Kredite für kleine und mittelständische Unternehmen garantieren, die EZB Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen unterstützen. Reichere Staaten müssten das Lohndumping stoppen, um die Exportchancen der südlichen Mitgliedstaaten zu erhöhen (vgl. SP 2012d).

¹⁴ Etwa 60 Prozent stimmten für den Vertrag. ¹⁵ MdEP Kartika Liotard hat die SP-Delegation im Jahr 2010 verlassen und ist als parteilose Abgeordnete Mitglied der GUE/NGL-Fraktion (vgl. Liotard 2010).

Die SP ist eine der wenigen Delegationen in der GUE/NGL, die den Haushalt der EU drastisch kürzen wollen (vgl. SP 2012b). Es solle nicht länger Geld zwischen reichen Mitgliedsstaaten umverteilt, sondern nur noch arme Mitgliedsstaaten gefördert werden (vgl. SP 2011a).

Es gebe Pläne, Europa in eine «Schuldenunion» zu verwandeln, so van Bommel im Oktober 2012. Dagegen müsse die niederländische Regierung ein Veto einlegen. Die Schulden der Mitgliedstaaten würden sonst zu Schulden der EU, und diese bestimme dann, welche ökonomische Politik zum Abbau der Schulden adäquat sei. Die Niederlande würden auf diese Weise mitverantwortlich für den Abbau der Schulden anderer Staaten, während die Kontrolle über das eigene nationale Budget beschränkt werde: «So we could be paying others' debts yet no longer able to decide independently to invest when the economy badly needs it» (SP 2012c). Dies sei ökonomisch unklug und aus demokratischer Sicht inakzeptabel.

Die Partei lehnt eine Europäische Wirtschaftsregierung ab, setzt sich aber für eine ökonomische und soziale Koordinierung zwischen den Mitgliedstaaten ein, etwa durch gemeinsame Standards (vgl. SP 2013c). Im September 2011 veröffentlichte die Partei einen europäischen Aktionsplan gegen Spekulation. Darin fordert sie die Regulierung der Finanzmärkte (vgl. SP 2011).

Das nationale Budget, das Sozial- und Rentensystem, Bildung, Gesundheit, Wohnungsbau und öffentlicher Transport sollen grundsätzlich in nationaler Kompetenz bleiben. Die EU solle kleine Unternehmen fördern; Richtlinien müssten so geändert werden, dass sie multinationale Konzerne nicht länger bevorteilten. Die Wirtschaftspolitik zur Krisenbewältigung auf EU-Ebene solle besser koordiniert und durch die nationalen Parlamente sowie das EP kontrolliert werden. Dies mache wirtschaftliche Maßnahmen möglich, welche die Mitgliedstaaten nicht länger dazu zwingen, ihre Volkswirtschaften zu zerstören.

Weil die Wettbewerbsregeln des EU-Binnenmarktes Arbeitnehmerrechte untergraben, sollen die Mitgliedstaaten Mindestlöhne auf der Basis von 60 Prozent der nationalen Durchschnittseinkommen und Mindeststeuersätze für Unternehmen sowie Maßnahmen gegen Steuerhinterziehung und -vermeidung vereinbaren. Eine Reform des Vergaberechts solle es nationalen, regionalen und kommunalen Behörden erlauben, Bedingungen für Nachhaltigkeit und Beschäftigung festzuschreiben, bürokratische Hürden für kleine und mittelständische Unternehmen verringern und schlechende Privatisierungen verhindern.

Der Lobbyismus in Brüssel solle zurückgedrängt werden, das EP dafür bessere Kontrollrechte erhalten, zivilgesellschaftliche Organisationen und Gewerkschaften sollen besser an Entscheidungen beteiligt werden. Die Ausbreitung von undurchsichtigen EU-Agenturen solle gestoppt und die Brüsseler Bürokratie eingeschränkt werden. Exzessive Gehälter europäischer öffentlicher Bediensteter sollen auf nationale Niveaus beschränkt und ein einzelner Standort für das

EP eingeführt werden. Des Weiteren sollen sich die Niederlande im Europarat und der OECD engagieren. Der Beitritt der EU zur Europäischen Menschenrechtskonvention solle energisch vorangetrieben werden (vgl. SP 2012a: 59f.).

Bündnispolitik auf europäischer Ebene:

Die SP pflegt europäische Verbindungen zu anderen Parteien in erster Linie über die GUE/NGL-Fraktion im EP. Sie ist kein Mitglied der europäischen Linkspartei. In einer Selbstbeschreibung heißt es, die Partei pflege gute Kontakte zu progressiven Organisationen in der ganzen Welt zum gedanklichen Austausch und arbeite, wo möglich, grenzüberschreitend mit diesen zusammen (vgl. SP 2013c). Über die Grenzen der Niederlande hinaus kommuniziert die SP medial über das englischsprachige *Spectre*zine (vgl. Wagener 2006: 17).

Stellenwert von EU-Politik:

Dem Thema EU-Politik wurde im Programm der SP zu den Parlamentswahlen 2012 trotz der Krise von EU und Eurozone kein herausgehobener Platz eingeräumt. Als negativer Bezugspunkt spielte die EU im Wahlkampf aber durchaus eine Rolle. Die konservative deutsche *Frankfurter Allgemeine Zeitung* berichtete über ein Gespräch mit dem Vorsitzenden der SP, Jan Marijnissen. Dieser halte «es für einen großen Fehler anderer linker Parteien in Europa, pausenlos europäische Solidarität einzufordern. «Den meisten Friesen sind die Griechen ziemlich egal.» Er fordert die Wiedereinführung von Arbeitsgenehmigungen für Polen, nennt die von manchen Deutschen gepflegte Begeisterung für die EU als ein die eigene Macht einhegendes Friedensprojekt «lächerlich» und bekräftigt, dass Europa nicht zusammenwachsen könne, wenn die Menschen nicht wüssten, wo sie herkommen. «Wie der Springer das Sprungbrett braucht, so ist ein Heimatgefühl nötig, um Kosmopolit zu werden»» (Ross 2012).

Auf der Webseite der SP ist der EU-Abgeordnete de Jong mit einer wöchentlichen Kolumne zum Geschehen im EP präsent. Die Kolumne erscheint zweisprachig, auf Niederländisch und Englisch, was zeigt, dass die SP der europäischen Öffentlichkeitsarbeit einen hohen Stellenwert einräumt (vgl. Wirries 2010).

4.11 ENHEDSLISTEN – DE RØD-GRØNNE

EP-Fraktion	GUE/NGL (FmEU)
Europapartei	European Left (Vollmitglied seit 2010)
europäische Strukturen	VSG, NELF, EACL, TEAM (Beobachter)
Ergebnis Europawahlen 2009	7,20%/1 Mandat (FmEU)
Ergebnis Europawahlen 2004	5,17%/1 Mandat (FmEU)
Ergebnis nationale Wahlen 2010	6,7%/12 Mandate
nationale Regierungsbeteiligung	Duldung der Mitte-Links-Regierung seit 2011
konkurrierende Linkspartei	Ja (Socialistisk Folkeparti)

Kernaussagen zur EU-Integration:

Die Partei Enhedslisten – De rød-grønne (ERG) gehört zu den linken Parteien, die als souveränistisch eingestuft werden können, da sie Chancen für eine Umsetzung des eigenen Programms nur innerhalb des Nationalstaats sieht und eine weitere föderale Entwicklung der EU unmissverständlich ablehnt: «The Red-Green Alliance is opposed to the construction of the European Union, which we see as a vehicle of European capitalism, and especially to the building of a European state and the establishment of a European army» (ERG 2013a).

Die EU und insbesondere die gemeinsame Währung Euro betrachtet die ERG als gescheiterte Projekte (vgl. ERG 2012a). Sie lehnt den SKS-Vertrag sowie den Euro-Plus-Pakt als Angriffe auf den dänischen Wohlfahrtsstaat ab. Der Widerstand der Partei richtet sich laut Arbeitsplan 2012 bis 2013 – in Zusammenarbeit mit anderen EU-GegnerInnen – gegen den «Ausverkauf» von Demokratie und nationaler Souveränität (vgl. ERG 2012b). Unter der Überschrift «Nej til EU, ja til internationalt samarbejde» («Nein zur EU, ja zu internationaler Zusammenarbeit») fordert die Partei den Austritt Dänemarks aus der EU (vgl. ERG 2011). Diese solle durch ein neues System der sozialen, nachhaltigen und demokratischen Kooperation zwischen Nationalstaaten ersetzt werden. Um dies zu erreichen, arbeite die ERG international mit anderen linken Parteien zusammen. Die ERG kämpfe gegen Nationalismus; die EU sei jedoch die falsche Antwort auf dessen Gefahren. Stattdessen seien die negativen Folgen der neoliberalen EU-Politik «Treibstoff» für nationalistische Kräfte wie die völkisch-nationalistische Dansk Folkeparti. Für eine «lebendige Demokratie» müssten Gesetzgebungskompetenzen von der EU-Ebene, wo heute 80 Prozent der Gesetzgebungsmaßnahmen bestimmt würden, zurück in die nationalen Parlamente geholt werden. Nationale Opt-Out-Möglichkeiten Dänemarks aus den EU-Verträgen müssten bewahrt werden (vgl. ERG 2011).

Im Arbeitsplan der Partei für 2012 bis 2016 heißt es, die Zusammenarbeit mit der EL müsse ausgebaut werden, um eine Alternative zur EU zu entwickeln und gemeinsame Initiativen zum Rückbau der EU voranzubringen. Das langfristige Ziel der ERG, der Sozialismus, sei nicht innerhalb des Kapitalismus erreichbar; die EU wiederum verhindere selbst moderate, praktische Reformen innerhalb des kapitalistischen Systems (vgl. ERG 2012c).

Im Vorfeld der Jahresversammlung der ERG (26. bis 28. April 2013) wurde vor allem die Frage kontrovers diskutiert, ob die Partei einen eigenen Kandidaten oder eine Kandidatin für die Wahlen zum Europäischen Parlament 2014 aufstellen oder wie bisher die KandidatInnen der dänischen Folkebevægelsen mod EU (FmEU – Volksbewegung gegen die EU) unterstützen sollte. Der EP-Abgeordnete der FmEU Søren Søndergaard (GUE/NGL) ist Mitglied der ERG und wird von der Partei unterstützt. Die FmEU ist eine parteiübergreifende Bewegung mit dem Ziel, «to liberate Denmark from the EU.

We want Denmark to join EFTA instead of being part of EU. [...] As long as Denmark is a member state of [the] EU we endeavour to limit the damage done by the EU and by Danish EU membership to the world at large and to Denmark» (FmEU 2013).

Im Antragsheft zur Jahresversammlung der ERG fand sich dazu jeweils ein Antrag (Anträge 5.1 und 5.2). Aufgrund der derzeitigen nationalen politischen Situation mit einer in den Umfragen schwachen sozialdemokratischen Regierung wird der ERG eine gute Chance eingeräumt, mit bis zu zwei eigenen Abgeordneten ins EP einzuziehen. Sollte es der FmEU nicht gelingen, ein Mandat zu erringen, sei so trotzdem abgesichert, dass die EU-kritische Bewegung im EP vertreten sei. Dies könne allerdings, so die KritikerInnen, die FmEU spalten und dauerhaft beschädigen. Die ERG sei immer eine Partei gewesen, die sich auf soziale Bewegungen und die breite Tradition des EU-Skeptizismus in Dänemark gestützt habe (vgl. ERG 2013b). Bei der Jahresversammlung stimmte am 27. April 2013 eine Mehrheit für die Unterstützung der FmEU-KandidatInnen (vgl. ERG 2013c).

Programmatische Inhalte mit Bezug zur EU:

Die ERG hat, entsprechend ihrer souveränistischen Grundhaltung, kein detailliertes Programm für eine alternative Politik der EU. Dennoch vertritt sie eine Reihe pragmatischer Positionen. Im Bereich der Fiskal- und Steuerpolitik sprach sich Søren Søndergaard, der EU-Abgeordnete der FmEU, wiederholt gegen eigene Ressourcen der EU aus, die aus eigenen Steuereinnahmen wie einer Finanztransaktionssteuer oder durch eine EU-Mehrwertsteuer eingenommen werden könnten. Ein solches autonomes EU-Budget sei der demokratischen Kontrolle entzogen. Eine Finanztransaktionssteuer, die er grundsätzlich unterstütze, müsse deshalb als «Robin Hood tax» ausgestaltet werden: Das Geld müsse direkt an die Staaten gehen, um damit Wohlfahrt und Maßnahmen gegen den Klimawandel zu finanzieren und Armut in Entwicklungsländern zu bekämpfen (vgl. EP 2012d).

Die ERG setzt sich für das Recht auf Arbeitnehmerfreizügigkeit ein, sofern diese nicht dazu missbraucht werde, arbeitsrechtliche Standards (Streikrecht, Löhne, Sozialleistungen) zu unterlaufen (vgl. ERG 2013d). Die derzeit von großen Unternehmen vorangetriebene Globalisierung müsse durch eine «soziale Globalisierung» ersetzt werden: Demokratische Institutionen müssten dem freien Handel einen sozialen Rahmen geben (vgl. ERG 2013e).

In einem im April 2013 verabschiedeten Papier mit dem Titel «Vorschläge für eine europäische politische Vereinbarung» fordert die ERG ein verbindliches Sozialprotokoll der EU, um Wohlfahrtsstaaten, Löhne und Arbeitsbedingungen vor einer negativen Beeinträchtigung durch den Binnenmarkt zu schützen. Eine internationale Mindestschwelle für Einkommenssteuern solle ein unsoziales «race to the bottom» zwischen den Staaten verhindern (vgl. ERG 2013f.).

Bündnisstrategien:

Die europäische und internationale Vernetzung der Opposition gegen die EU ist für die ERG von großer Bedeutung. Sie kooperiert eng mit der FmEU, die Mitglied in The European Alliance of EU-Critical Movements (TEAM – vgl. TEAM 2012) ist, einem sich als politisch neutral verstehenden Netzwerk EU-kritischer Bewegungen.¹⁶ Die ERG selbst hat Beobachterstatus bei TEAM. Auch wenn die FmEU eine parteiübergreifende Bewegung ist, gilt die ERG als eine dominante Kraft in ihr. Die ERG ist außerdem aktiv in der EACL und in der Left-Wing Socialist Green Group (VSG) im Nordischen Rat.

Im Jahr 2012 war die ERG Gastgeberin für verschiedene Treffen mit internationalem Charakter, darunter die Studientage der EU-Linksfraktion GUE/NGL anlässlich des dänischen Ratsvorsitzes (Januar bis Juni 2012), ein Treffen des Executive Boards der EL sowie informelle Treffen mit anderen Linksparteien (vgl. ERG 2012d). Auf nationaler wie auf internationaler Ebene versteht sich die ERG als Bewegungspartei mit «priority in social movements outside parliament – not least the trade unions and student movements» (ERG 2013a). Parteimitglieder nehmen an Europäischen und an Weltsozialforen teil (vgl. Johansen 2010: 263). Søren Søndergaard war beispielsweise sowohl Teil der GUE/NGL-Delegationen beim europäischen Strategietreffen Firenze 10 + 10 2012 und beim Weltsozialforum in Tunis 2013.

Stellenwert von EU-Politik:

EU-Politik bedeutet für die ERG in erster Linie die Verteidigung des dänischen Wohlfahrtsstaates gegen Liberalisierungszwänge im Rahmen des EU-Binnenmarktes. Die Arbeitnehmerfreizügigkeit in der EU führte nach der Osterweiterung dazu, dass sich die ERG vermehrt mit Niedriglohnstrategien von Unternehmen auseinandersetzt, die mithilfe der EU-Entscheidungsrichtlinie versuchen, die hohen dänischen Lohnstandards zu unterlaufen (vgl. EL 2013d; Johansen 2010: 260). Mit der Finanz- und Wirtschaftskrise hat sich der Druck auf den dänischen Wohlfahrtsstaat verstärkt. Die Forderung nach einem EU-Sozialprotokoll weist darauf hin, dass die ERG rein nationale Maßnahmen nicht mehr als ausreichend betrachtet. Dass der Stellenwert europapolitischer Fragen für die ERG wächst, zeigt insbesondere der Beitritt zur EL Ende 2009.

4.12 VÄNSTERPARTIET

EP-Fraktion	GUE/NGL
Europapartei	–
europäische Strukturen	NGLA, VSG
Ergebnis Europawahlen 2009	5,66%/1 Mandat
Ergebnis Europawahlen 2004	12,79%/2 Mandate
Ergebnis nationale Wahlen 2010	5,60%/19 Mandate
nationale Regierungsbeteiligung	Nein
konkurrierende Linkspartei	Nein

Kernaussagen zur EU-Integration:

Die V nimmt in der Frage der Europapolitik eine souveränistische Position ein. 1994 engagierte sich die Partei gegen den Beitritt Schwedens zur EU. Das Referendum fiel jedoch positiv aus, und Schweden trat 1995 der EU bei. Im Jahr 2003, als in Schweden in einem weiteren Referendum der Beitritt zur Währungsunion abgelehnt wurde, stand die V auf der Seite der EurogegnerInnen. In dem 2012 überarbeiteten Parteiprogramm der V heißt es, die Partei respektiere den Ausgang des Referendums von 1994, befürworte aber weiterhin einen Austritt Schwedens aus der EU. Dieser hänge von politischen Entwicklungen ab und könne erst dann verwirklicht werden, wenn die öffentliche Unterstützung für einen Austritt wachse (vgl. V 2012a). Der Parteivorsitzende und ehemalige MdEP (1995–2006) Jonas Sjöstedt sieht in dem Vorstoß des britischen Premiers David Cameron, ein nationales Referendum über den Verbleib in der EU durchzuführen, eine Möglichkeit für Schweden, die Bedingungen für die EU-Mitgliedschaft neu zu verhandeln (vgl. V 2013a).

Laut V ziele die EU darauf ab, einen Superstaat zu schaffen, die Vereinigten Staaten von Europa, mit einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Die V wolle dagegen Schwedens militärische Neutralitätspolitik aufrechterhalten. Immer mehr Macht sei von den nationalen Parlamenten auf EU-Institutionen übertragen worden. Der Lissabonner Vertrag sei ein weiterer Schritt in diese Richtung. EU-Recht stehe über nationalem Recht; die EU kontrolliere zunehmend die Gesetzgebung. Die im Vertrag von Lissabon enthaltene Ausweitung der Mitbestimmungsrechte für das EP wird von der V zwar ausdrücklich anerkannt, jedoch nicht als Zuwachs an Demokratie betrachtet, da es dem EP im Vergleich zu den nationalen Parlamenten an demokratischer Legitimation fehle (unter anderem aufgrund der niedrigen Wahlbeteiligung). In der Entscheidungsstruktur der EU hätten die Menschen kaum die Möglichkeit, die Regierenden zur Rechenschaft zu ziehen. Die EU erfülle damit nicht die Mindestanforderungen an eine Demokratie (vgl. V 2007).

Im Parteiprogramm heißt es weiter, die V stelle sich grundsätzlich gegen alle politischen Maßnahmen, mit denen Kompetenzen auf die EU-Ebene verlagert würden. Stattdessen setze sie sich dafür ein, Entscheidungsmacht zurück in die Mitgliedstaaten zu holen. Allerdings gehe die Partei pragmatisch vor: In Bereichen, in denen progressive Politik ausnahmsweise durch EU-Richtlinien gefördert werde, könne dies im Einzelfall unterstützt werden, sofern die Vorteile gegenüber der als negativ bewerteten Kompetenzverlagerung auf die EU-Ebene überwiegen. Weil beispielsweise Finanztransaktionen und Umweltpolitik nicht allein auf nationaler Ebene reguliert werden könnten, tritt die V in diesen Bereichen für EU-Mindeststandards ein (vgl. V 2012a).

¹⁶ In diesem wirkt neben der FmEU und anderen skandinavischen EU-Austrittsbewegungen auch die rechtspopulistische UKIP aus Großbritannien mit.

Die V spricht sich auch nicht grundsätzlich gegen Erweiterungen der EU aus, sofern neue Mitgliedstaaten die demokratischen Standards erfüllen. Allerdings sollten diesen keine Auflagen hinsichtlich finanzieller Liberalisierung oder Sozialkürzungen gemacht werden (vgl. V 2013b).

Programmatische Inhalte mit Bezug zur EU:

Die V sei, so heißt es auf der Webseite der Partei, «die härteste Gegnerin des Euro». Sie habe «von Anfang an vor den Problemen gewarnt, die jetzt, wo die europäischen Volkswirtschaften zusammenbrechen, sichtbar werden» (V 2013c). Die V tritt dafür ein, Mitgliedstaaten die Möglichkeit zu geben, nach einem rechtlich formalisierten Verfahren aus dem Euro auszutreten. Schweden solle ein verbindliches Opt-Out-Recht aus der Verpflichtung erhalten, der Eurozone beizutreten. Gleichzeitig spricht sich die V gegen jedwede Zentralisierung der Wirtschaftspolitik aus. Eine supranationale Aufsicht über nationales Budgetrecht sei unhaltbar. Die EZB solle jedoch grundsätzlich auf die Förderung von Beschäftigung verpflichtet werden. Der EU-Haushalt müsse sich auf eine grüne Investitionspolitik konzentrieren, die Arbeitsplätze schaffe und den CO₂-Ausstoß reduziere. Die größten EU-Haushaltlinien, Agrarsubventionen und Strukturfonds, sollen radikal gekürzt werden (vgl. V 2012a).

In Bezug auf die Schuldenkrise vertritt die V die Position, Banken sollten die Schulden tragen, die sie selbst kreiert haben. Staatliche Garantien sollen nur das Geld von SparerInnen schützen, nicht solches aus Finanzspekulationen. Verschuldete Länder sollen ihre Schulden abschreiben, um wieder wirtschaftliche Entwicklung zu ermöglichen. Mitgliedstaaten sollen die Möglichkeit erhalten, die Eurozone zu verlassen, um so den Wechselkurs sowie die Zinsraten am Kapitalmarkt den Realitäten anzupassen. Die internationale Kontrolle und Besteuerung der weltweiten Finanzmärkte sei notwendig. Stets sei die richtige Antwort auf die Krise «mehr nationale Souveränität, nicht weniger» (V 2013b). Die EU stelle grundsätzlich Verwertungsinteressen auf dem Binnenmarkt über Umweltschutz, Arbeitsrecht, öffentliche Gesundheit und Verbraucherschutz, wozu wesentlich die Rechtsprechung des EuGH beigetragen habe. Die V will dieses Verhältnis umdrehen (vgl. V 2013b). Zu den praktischen politischen Maßnahmen, welche die V im Rahmen der EU befürwortet, gehört daher der Schutz von Arbeitnehmerrechten und nationalen Vertrags- sowie Tarifsystemen. Dieser solle in einem verbindlichen Sozialprotokoll in die EU-Verträge eingeschrieben werden (vgl. V 2012a). Die Europaabgeordnete Eva-Britt Svensson setzte sich als Vorsitzende des Frauenausschusses im EP auch dafür ein, eine EU-Richtlinie zur Etablierung einer Frauenquote in Aufsichtsräten einzuführen (vgl. Svensson 2011).

Bündnispolitik auf europäischer Ebene:

In ihrem Programm für internationale Politik heißt es, die V nutze die Mitgliedschaft in der EU, um die politische Zusammenarbeit mit anderen linken Parteien zu vertiefen. Dabei hebt sie jedoch ihre politische Unabhängigkeit hervor: «Die politische Kooperation zwischen linken Parteien muss auf dem vollen Respekt der Unabhängigkeit jeder Partei, einem nicht-sektierischen Ansatz sowie auf Demokratie und Menschenrechten basieren» (V 2012a).¹⁷

Neben der grenzüberschreitenden Kooperation von Gewerkschaften, Parteien und sozialen Bewegungen sei die Zusammenarbeit zwischen Staaten mit progressiven Regierungen besonders wichtig, um eine «linke Politik, die ihren Namen verdient», zu verwirklichen (ebd.). Die Partei strebe an, Kontakte und Kooperationen mit anderen Parteien und Bewegungen auszubauen. Dafür solle etwa das NELF weiterentwickelt werden. Des Weiteren arbeite man mit linken Parteien im EP im Rahmen der GUE/NGL-Fraktion, in der Parlamentarischen Versammlung des Nordischen Rates, in der VSG und NGLA sowie mit der EL zusammen. In der EL ist die V (im Gegensatz zur dänischen Enhedslisten) weder Vollmitglied, noch hat sie einen Beobachterstatus inne. Die V pflegt enge Kontakte zu sozialen Bewegungen. Sie war aktiv an der Organisation des Europäischen Sozialforums in Malmö 2008 beteiligt, arbeitete mit dem Klimanetzwerk Klimax beim Klimagipfel in Kopenhagen 2009 zusammen und unterstützt das Feministische Forum (vgl. Steiner 2010: 246).

Die V kooperiert darüber hinaus mit der schwedischen Folkrorelsen Nej till EU (FnEU – Volksbewegung Nein zur EU), die wie ihr dänisches Pendant in der europäischen EU-kritischen Bewegung TEAM organisiert ist. Auf der Funktionärsbene gibt es personelle Überschneidungen: So war die langjährige Präsidentin und heutige Vizepräsidentin der FnEU, Eva-Britt Svensson, von 2004 bis 2011 V-Abgeordnete im EP. Dort fungierte sie ab 2009 als Vorsitzende des Frauenausschusses und besetzte damit als einzige GUE/NGL-Vertreterin einen Ausschussvorsitz (ihr Nachfolger Mikeal Gustafsson übernahm den Posten im Oktober 2011 und ist damit der erste männliche Vorsitzende des Ausschusses).

Stellenwert von EU-Politik:

Europapolitik hat für die V eine geringere Priorität als für andere linke Parteien in der EU. Schweden ist kein Mitglied der Eurozone, wodurch das Land in geringerem Maße an der Krisenpolitik der EU partizipiert als andere Mitgliedstaaten. Im Wahlprogramm der V zu den nationalen Parlamentswahlen 2010 wird die EU nicht einmal erwähnt, was wahrscheinlich mit der Bündnisstrategie an der Seite der pro-integrationistischen Sozialdemokraten und Grünen erklärt werden kann (vgl. V 2010; SND 2010; Almeida 2012: 93).

¹⁷ Übersetzung des Autors.

4.13 KOMMOUNISTIKÓ KÓMMA ELLÁDAS

EP-Fraktion	GUE/NGL
Europapartei	–
europäische Strukturen	UEL, IMCWP
Ergebnis Europawahlen 2009	8,38%/2 Mandate
Ergebnis Europawahlen 2004	9,48%/3 Mandate
Ergebnis nationale Wahlen 2012	4,50%/12 Mandate
nationale Regierungsbeteiligung	Nein
konkurrierende Linkspartei	Ja (SYRIZA)

Kernaussagen zur EU-Integration:

Die KKE ist unter jenen Linksparteien, die eine stabile parlamentarische Repräsentanz sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene aufweisen, diejenige, die den europäischen Integrationsprozess am radikalsten ablehnt. Die Position der KKE könnte als revolutionärer Souveränismus bezeichnet werden. Das Zentralkomitee der KKE definierte in seinen Thesen zum 19. Kongress im April 2013 den «Charakter des zeitgenössischen Patriotismus» als gleichbedeutend mit der Abschaffung der bürgerlichen Herrschaft, des kapitalistischen Eigentums an den Produktionsmitteln und mit dem Rückzug aus allen «kapitalistischen zwischenstaatlichen Bündnissen und imperialistischen Allianzen», zu welchen es auch die EU zählt (vgl. KKE 2013a). Das Ziel der KKE ist der revolutionäre Umsturz durch die Arbeiterklasse auf nationaler Ebene. Die Behauptung, der Klassenkampf finde heute übernational statt und könne nicht in einem einzelnen EU-Mitgliedstaat geführt werden, sei nur eine Rechtfertigung der «opportunistischen Kräfte» für die Tolerierung «imperialistischer Vereinigungen» wie der EU. Dem hält das Zentralkomitee der KKE entgegen: «The struggle must first of all be waged at a national level against the bourgeois class and its power. As is written in the Communist Manifesto «the proletariat of each country must, of course, first of all settle matters with its own bourgeoisie». The uneven economic development is an absolute law of capitalism. On the basis of this law, socialism can be victorious initially in a few or in only one country, on its own» (KKE 2013a).

Programmatische Inhalte mit Bezug zur EU:

Das Programm der KKE besteht im Wesentlichen aus der Hoffnung auf einen «Sturz der volksfeindlichen Politik» durch die Arbeiterklasse: «Dieser Sturz ist nicht durch einen einzelnen Streik oder eine Mobilisierung zu erreichen, sondern nur durch einen harten Kampf, bis das Volk sich vollständig gegen die EU und die Monopole wendet» (KKE 2012). Dementsprechend gibt es kein Programm der KKE, das Reformen der EU-Politik vorsieht.

Bündnispolitik auf europäischer Ebene:

Die KKE betrachtet die EL als einen ihrer Hauptgegner. In einem offenen Brief an die «communist and workers’ parties in Europe» vom Dezember 2010 rief die KKE die Parteien dazu auf, «diese «linke» EU-Partei» weiter zu schwächen, weil sie unter dem Einfluss von Parteien wie Synaspismos und DIE LINKE das Ziel des Kommunismus aufgegeben habe. Die EL spiele eine «gefährliche Rolle», denn sie sei ein «vehicle to entrap forces within the framework of capitalism and as a «tail» of European social-democracy» (KKE 2010a). Der wichtigste internationale Bezugspunkt für die KKE ist die Verbindung zu anderen traditionellen kommunistischen Parteien auf der ganzen Welt, die regelmäßig bei den International Meetings of Communist and Workers’ Parties zusammenkommen (vgl. KKE 2013b).

Im Bereich der internationalen Gewerkschaftszusammenarbeit ist der EGB ein wichtiger Gegner für die KKE. In einer Pressemitteilung bezeichnete der MdEP Giorgios Toussas die VertreterInnen der Gewerkschaften als «labour aristocrats», «opponents of the workers» und «a trade union power that represents and serves the interests of the big capital»(KKE 2011). Die KKE betrachtet die ihr nahestehende Gewerkschaft PAME als die einzige echte Vertretung der Interessen der griechischen Arbeiterklasse. Die PAME ist Mitglied der World Federation of Trade Unions (WFTU), deren Mitgliedsgewerkschaften aus dem Umfeld traditioneller kommunistischer Parteien weltweit kommen (vgl. WFTU 2013).

Stellenwert von EU-Politik:

Der negative Bezug auf die EU, die als kapitalistisches und imperialistisches Bündnis des Klassenfeindes betrachtet wird, ist von großer Bedeutung für die marxistisch-leninistische Politik der KKE. Die Auseinandersetzung mit der linken Konkurrenz von SYRIZA und der Europapartei EL spielt in der Öffentlichkeitsarbeit der KKE eine wichtige Rolle. Über die PAME ist die KKE eine der treibenden Kräfte hinter den Generalstreiks und Demonstrationen gegen die Austeritätspolitik der EU und der griechischen Regierung. 2010 gelang der Partei eine spektakuläre Protestaktion, als sie von den Mauern der Akropolis ein großes Banner mit der englischen Aufschrift «Völker der Welt erhebt euch» entrollte (vgl. KKE 2010b).

4.14 PARTIDO COMUNISTA PORTUGUES

EP-Fraktion	GUE/NGL
Europapartei	–
europäische Strukturen	UEL, IMCWP
Ergebnis Europawahlen 2009	10,64%/2 Mandate (Bündnis CDU)
Ergebnis Europawahlen 2004	9,09%/2 Mandate (Bündnis CDU)
Ergebnis nationale Wahlen 2011	7,94%/16 Mandate (Bündnis CDU)
nationale Regierungsbeteiligung	Nein
konkurrierende Linkspartei	Ja (BE)

Kernaussagen zur EU-Integration:

Zusammen mit der griechischen KKE und der tschechischen KSČM ist die PCP die einzige konservative kommunistische Partei in der EU, die über eine stabile parlamentarische Repräsentanz sowohl auf nationaler Ebene als auch im EP verfügt. Die PCP verfolgt in der Europapolitik einen souveränistischen Kurs. Auf dem 18. Kongress im November 2008 sprach sich der Generalsekretär Jeronimo de Sousa für nationale Unabhängigkeit in einem Europa der Nationen aus, als Gegenmodell zu einem «neoliberalen, monetaristischen, föderalistischen» Europa (vgl. PCP 2008). Auf dem 19. Parteikongress der PCP am 1. Dezember 2012 formulierte Ângelo Alves, Mitglied des Politischen Komitees und des Internationalen Departments der PCP, in seiner Rede die Position der Partei zur EU-Krise wie folgt: Die EU reagiere auf die Finanz- und Wirtschaftskrise «by sharpening its neo-liberal, federalist and militaristic nature, thus making clear the European Union's objective limits, revealing that it is not reformable, is constantly challenged, and hence is doomed to failure, and that another Europe, which will spring from the struggle, will be built upon the ruins of the European Union» (PCP 2012a).

Die PCP lehnt reformistische Bestrebungen wie eine Lösung der Krise durch eine Vertiefung der EU-Integration, aber auch eine «refoundation of the European Union» ab. Die PCP habe «always opposed Portugal's integration within the European Union. And it will be the materialization of the alternative, patriotic and left-wing policy, that the necessary decisions to ensure the indispensable assertion of national interests – namely leaving the European Union – will be placed. [...] [T]he Advanced Democracy that the PCP advocates for Portugal cannot be developed within the framework of the constraints and imposition of the European Union» (ebd.).

Die souveränistische politische Position der PCP erwächst aus einer antiimperialistischen Ideologie, wie Guerreiro de Pedro, Mitglied des ZK und des Internationalen Komitees der PCP, auf dem 19. Parteikongress erklärte: «In face of imperialism, the struggle for the defence of national sovereignty and independence is an expression of the class struggle, holding an unavoidable internationalist and anti-imperialist content and making clear the importance of the national boundary as a decisive ground of resistance and progressive and revolutionary change» (PCP 2012b).

In ihrem Parteiprogramm aus dem Jahr 2010, das den Titel «An advanced democracy on the threshold of the 21st century» trägt, tritt die PCP für eine «patriotische Außenpolitik» ein, die das nationale Interesse Portugals in Verträgen, Vereinbarungen und Verhandlungen vertreten soll, vor allem in der Europäischen Gemeinschaft (EG).¹⁸ In dieser solle Portugal nicht die Rolle einer «appendage economy», eines bloßen Werkzeugs der Kapitalakkumulation transnationaler Konzerne, zukommen. Die PCP werde innerhalb und außerhalb der europäischen Institutionen daran arbeiten, die nationalen Interessen Portugals zu verteidigen, in-

dem sie negative Aspekte der europäischen Kooperation mindere und positive stärke. Portugals kulturelle Identität, Sprache und Werte sollen gewahrt bleiben. Ein Europa der Solidarität solle die soziale Dimension, die Konvergenz der Volkswirtschaften und eine vorteilhafte nationale Spezialisierung der Produktion in Portugal voranbringen. Es sollen mehr EU-Fondsmittel nach Portugal fließen. Die EU-Institutionen sollen demokratisiert werden; allerdings macht die PCP keine genaueren Angaben dazu, in welcher Form dies geschehen soll (vgl. PCP 2010a).

Programmatische Inhalte mit Bezug zur EU:

Bei Wahlen tritt die PCP seit 1987 in dem Bündnis *Coligação Democrática Unitária* (CDU) gemeinsam mit der grünen *Partido Ecologista Os Verdes* (PEV) an. Die CDU wird von der PCP dominiert. In ihrem Programm «Für eine patriotische und linke Politik» (CDU 2011) zu den vorgezogenen Parlamentswahlen des Jahres 2011 verwies die CDU auf die bereits im Wahlprogramm von 2009 formulierten Maßnahmen: Sie betont darin den Kampf gegen die «drei Säulen des derzeitigen Prozesses der kapitalistischen europäischen Integration – Neoliberalismus, Militarismus und Föderalismus» (CDU 2009). Die CDU kündigte an, ihre Anstrengungen auf die Abschaffung des Vertrags von Lissabon und auf die Wiederherstellung der Souveränität Portugals zu konzentrieren.

Eine Fiskalpolitik der Investitionen für Wachstum und Beschäftigung solle von allen Nationalstaaten ohne die Beschränkungen durch Währungsunion und Stabilitätspakt umgesetzt werden können. Um die Angleichung der Wirtschaftsleistungen und soziale Kohäsion zwischen den Staaten zu erreichen, solle eine «Strategie für Entwicklung und Solidarität» (ebd.) anstelle der neoliberalen Lissabon-Strategie (bzw. ihrer Nachfolgerin, der im Juni 2010 beschlossenen 2020-Strategie) umgesetzt werden. Diese solle sich an folgenden Leitlinien orientieren:

- Regulierung des Kapitalmarktes, Bestrafung von Standortverlagerungen, Besteuerung von Finanztransaktionen und Schließung von Steueroasen;
- Unterstützung und Absicherung industrieller Produktion;
- Änderung der Außenhandelspolitik (u. a. in der WTO) durch Zusammenarbeit und Unterstützung statt Liberalisierungsmaßnahmen;
- Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik zur Herstellung von Ernährungssouveränität jedes einzelnen Staates, unter Berücksichtigung der Besonderheiten der jeweiligen nationalen und regionalen Landwirtschaften;
- Überarbeitung der Gemeinsamen Fischereipolitik im Hinblick auf die Modernisierung und Nachhaltigkeit der Fischerei sowie die nationale Kontrolle über die Ausschließliche Wirtschaftszone (AWZ; vgl. ebd.)

¹⁸ Dort, wo sie transnationale Kooperation befürwortet, spricht die PCP von der Europäischen Gemeinschaft, nicht von der EU.

Bei wichtigen internationalen Fragen solle sich die EG für Abrüstung, kollektive Sicherheit und Frieden in Europa und der Welt einsetzen und nicht länger das Ziel verfolgen, zu einem «imperialistischen politisch-militärischen Block» mit dem Ziel der Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten zu werden.

Bündnispolitik auf europäischer Ebene:

Die PCP ist Mitglied der GUE/NGL-Fraktion im EP und pflegt darüber hinaus vor allem Kontakte zu anderen konservativen kommunistischen Parteien. Die wichtigste Plattform hierfür sind die International Meetings of Communist and Workers' Parties; zuletzt nahm die PCP am 14. dieser Treffen im November 2012 in Beirut teil (vgl. PCP 2012c). Insbesondere mit der KKE aus Griechenland pflegt die PCP enge bilaterale Kontakte. So trat etwa Rosa Rabiais, Mitglied des ZK der PCP, bei einer Wahlkampfveranstaltung der KKE zu den Europawahlen am 3. Juni 2009 in Athen auf; am 7. Mai 2010 sprach Ângelo Alves bei einer von der KKE organisierten Demonstration in Athen (vgl. PCP 2010b). Zum jährlich im September stattfindenden, von der PCP organisierten politischen Volksfest «Festa do Avante», an dem bis zu 500.000 Menschen teilnehmen, kommen VertreterInnen linker und kommunistischer Parteien aus aller Welt. Laut einer Auflistung der PCP erschienen im Jahr 2010 internationale Gesandte in 43 Delegationen (vgl. PCP 2010c).

Stellenwert von EU-Politik:

Im Zuge der Finanzkrise und aufgrund der Auswirkungen der EU-Austeritätspolitik auf Portugal ist die europäische politische Dimension für die PCP wichtiger denn je. Wegen der fest verankerten marxistisch-leninistischen Weltanschauung kam es vor dem Hintergrund der Krise nicht zu einer Veränderung programmatischer Standpunkte oder zu einer Weiterentwicklung der europäischen Bündnispolitik, etwa in Richtung EL. Vielmehr sieht sich die PCP durch die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Krise in Portugal in ihrer Analyse der politökonomischen Verhältnisse in der EU bestätigt (vgl. PCP 2010d). Zur Popularität EU-politischer Themen in Portugal trugen in den letzten Jahren auch die in Portugal vom Europäischen Rat beschlossene Lissabon-Strategie aus dem Jahr 2000 und der im Jahr 2010 während der portugiesischen Ratspräsidentschaft vereinbarte Vertrag von Lissabon bei. Im Mai 2010 veranstaltete die PCP in Lissabon eine internationale Konferenz zur Nachfolgerin der Lissabon-Strategie, der Strategie Europa 2020 (vgl. PCP 2010e). Für die portugiesische Wirtschaft wichtige Themen wie die EU-Fischereipolitik waren stets von höchster Bedeutung für die PCP. MdEP Joao Ferreira war mehrfach Berichterstatter des EP zu diesem Thema.

4.15 SINISTRA ECOLOGIA E LIBERTÀ

EP-Fraktion	GUE/NGL
Europapartei	–
europäische Strukturen	–
Ergebnis Europawahlen 2009	–
Ergebnis Europawahlen 2004	–
Ergebnis nationale Wahlen 2013	3,20%/37 Mandate (Bündnis Italia. Bene Comune)
nationale Regierungsbeteiligung	Nein
konkurrierende Linkspartei	Ja (PRC/PdCI)

Kernaussagen zur EU-Integration:

Die SEL sieht sich in der europapolitischen Tradition des linken EU-Föderalismus und bezieht sich hierbei auf Altiero Spinelli, einen der VordenkerInnen der EU-föderalistischen Bewegung in Italien und Europa. Der Präsident der SEL, Nichi Vendola, trat 2004 als Kandidat zu den Europawahlen an, zu dieser Zeit noch auf der Liste der PRC. Er verzichtete auf das Mandat und wurde ein Jahr später Präsident der Region Apulien. Anfang 2009 verließ er die PRC und wurde Ende desselben Jahres zum ersten Vorsitzenden der neu gegründeten SEL gewählt. 2010 wurde er als Präsident Apuliens im Amt bestätigt. Im Programm zu den nationalen Parlamentswahlen in Italien 2013 beschreibt die SEL, die ein Bündnis mit der sozialdemokratischen PD eingegangen ist, ihre Pläne für eine Vertiefung der EU-Integration: «Italien muss wieder ein Protagonist für den Aufbau der Vereinigten Staaten von Europa werden, mit einer zentralen, gerechten Steuerpolitik zur Umverteilung von Reichtum und zur Schaffung eines europäischen Plans für Vollbeschäftigung, für den Wandel der Wirtschaft und der Produktionskreisläufe hin zu Wohlfahrt und Teilhabe sowie eines Mindesteinkommens auf kontinentalem Niveau.» (SEL 2013)

Das Projekt der Vereinigten Staaten von Europa werde derzeit von der Finanz- und Wirtschaftskrise sowie der falschen intergouvernementalen Austeritätspolitik untergraben, die von nationalen Einzelinteressen statt von europäischer Solidarität geprägt sei. Es handle sich gleichfalls um eine Krise der Demokratie: Das EP besitze zu wenig Macht, um gegenüber der EZB und der Kommission die politische Richtung vorzugeben. Um das EP und seine Anbindung an die WählerInnen zu stärken, trete die SEL für transnationale Wahllisten bei den Europawahlen 2014 ein. Ferner unterstütze die Partei einen verfassungsgebenden Konvent nach den Europawahlen 2014; dem EP solle dabei eine entscheidende Rolle zukommen. Es solle die zentrale legislative Gewalt werden (vgl. ebd.).

Programmatische Inhalte mit Bezug zur EU:

Im Wahlprogramm 2013 heißt es, dem Fiskalpakt (SKS-Vertrag) müsse Widerstand entgegengesetzt werden. Die EZB solle zu einem *lender of last resort* werden und Eurobonds ausgeben (vgl. SEL 2013). Die

SEL will zudem die Besteuerung von Finanztransaktionen voranbringen. Der europäische Stabilitätspakt solle neu verhandelt werden: Ausgaben für Wohlfahrt, ökologischen Umbau, Arbeitskosten, Innovation und Kultur sollen von einer Begrenzung durch den Stabilitätspakt ausgenommen werden. Die Politik der EU müsse an den Zielen Frieden, soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit ausgerichtet sein. Der Währungsunion hätten eine gemeinsame Regierung und gemeinsame Regeln folgen müssen, etwa ein europäisches Steuer- und Umverteilungssystem sowie ein Mindesteinkommen in der gesamten EU.

Ein «Green New Deal» solle die Grundlagen für gute Arbeit und Vollbeschäftigung legen. Der Aufbau Europas müsse zusammen mit linken und sozialistischen Kräften unter der Führung von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen stattfinden. Auf nationaler Ebene sollen in den Mitgliedstaaten Wohlfahrts- und Arbeitspolitik gefördert werden, auf internationaler Ebene die Entwicklungszusammenarbeit und der Kampf gegen den Klimawandel. Die mediterrane Integration und Kooperation solle gefördert werden durch Handel, kulturellen Austausch, Freizügigkeit und durch die dezentrale Erzeugung erneuerbarer Energie (vgl. ebd.).

Bündnispolitik auf europäischer Ebene:

Die SEL ist insbesondere mit den sozialen Bewegungen Italiens gut vernetzt. Marco Damiani beschreibt sie als Bewegungspartei par excellence (vgl. Damiani 2011: 378 ff.). Auf EU-Ebene kooperiert die SEL mit dem Netzwerk European Alternatives (EA), das für eine soziale, föderale EU eintritt. Im Juni 2012 organisierten SEL und EA gemeinsam mit anderen Organisationen einen Flashmob in Brüssel unter dem Motto «We are all Europeans, we want a federal Europe now!» (vgl. European Alternatives 2012). Bisher legt sich die SEL nicht auf europäische Parteienbündnisse fest, was auch mit der von Vendola propagierten Idee von der postideologischen Linken zusammenhängt (vgl. Vendola 2011). Vendola traf sich beispielsweise in Deutschland sowohl mit Vertretern der LINKEN als auch mit SozialdemokratInnen und diskutierte im EP mit den Grünen. Die Anbindung einer linken Partei an soziale Bewegungen mit föderalistischen Zielen in Hinblick auf die EU stößt in großen Teilen der europäischen Linken auf Unverständnis. Bei dem anlässlich des 10. Jahrestages des Europäischen Sozialforums in Florenz 2002 organisierten Forum Firenze 10 + 10 im November 2012 traten diese Konflikte offen zutage. Plakate und Banner der FöderalistInnen wurden immer wieder beschmiert oder heruntergerissen. In den Seminaren kam es zu heftigen Auseinandersetzungen über den Umgang mit der EU. Schließlich führte die starke Präsenz der FöderalistInnen bei dem ansonsten von antiimperialistischen, souveränistischen oder revolutionären Linken geprägten Forum dazu, dass in der Abschlusserklärung keine Einigung auf inhaltliche Ziele der europäischen linken Bewegungen möglich war, die über bloßen Protest hinausgingen.

Stellenwert von EU-Politik:

Im nationalen Wahlkampf spielte die Europapolitik aufgrund der italienischen Schuldenkrise eine wichtige Rolle. Der ohne Wahlen an die Macht gekommene Premierminister Mario Monti trat als eine Art technokratischer Kandidat des Europäischen Rates an, Silvio Berlusconi verfolgte in seinem Wahlkampf einen gegen die EU gerichteten Nationalpopulismus. Das Mitte-Links-Bündnis von PD, SEL und weiteren kleineren Parteien unterzeichnete im Vorfeld des Wahlkampfes eine Erklärung, in der sich die Organisationen verpflichteten, im Falle einer Regierungsübernahme alle europäischen und internationalen Verpflichtungen zu erfüllen (vgl. Daiber/di Lipari 2013). Der Parteivorsitzende Vendola sieht in der Weiterentwicklung der EU von einem neoliberalen zu einem Projekt der sozialen Bürgerrechte und der Freiheitsrechte eine Chance für das krisenbedrohte Italien: «[D]ie einzige Art [für Italien], wieder auf die Füße zu kommen, ist, nach Europa zu schauen. Aber auf ein anderes Europa, nicht auf das mittelmäßige, das wir gesehen haben, sondern auf das soziale Europa, auf das Europa, das die Einwanderungspolitik radikal ändert, die Bildungspolitik und die Umweltpolitik» (Vendola 2012).

Im nationalen Wahlprogramm 2013 werden europapolitische Fragen ausführlich behandelt. Eines von vier Kapiteln ist der EU-Integration gewidmet.

4.16 VINSTRIHREYFINGIN – GRÆNT FRAMBOD

EP-Fraktion	–
Europapartei	–
europäische Strukturen	UEL, NGLA, VSG
Ergebnis Europawahlen 2009	–
Ergebnis Europawahlen 2004	–
Ergebnis nationale Wahlen 2013	10,9%/7 Mandate
nationale Regierungsbeteiligung	Nein (2009 bis April 2013: 4 Ministerposten)
konkurrierende Linkspartei	Nein

Kernaussagen zur EU-Integration:

Die VG lehnt einen Beitritt Islands zur EU ab. Im Parteiprogramm, das zuletzt im Jahr 2005 überarbeitet wurde, heißt es, dass auch mögliche Vorteile einer EU-Mitgliedschaft es nicht rechtfertigten würden, Entscheidungsrechte über Belange der isländischen Nation an die EU abzugeben. Das Finanzkapital und globale Unternehmen seien in der EU zu einflussreich. Sie sei zudem durch Zentralismus, Bürokratie und einen Mangel an demokratischen Mechanismen gekennzeichnet (vgl. VG 2005). In den Schlussfolgerungen des Parteikongresses 2011 heißt es, die Auseinandersetzung um die Zukunft des Euro habe zu einer verschärften Zentralisierung der EU geführt und zur Aufgabe von Souveränität durch die Mitgliedstaaten in zusätzlichen Politikfeldern. Der Lissabonner Vertrag habe darüber hinaus auch zu einer Kooperation in der Außen- und Verteidigungspolitik geführt, was die VG ablehnt. Die Rechte von Beschäftigten stünden in der EU unter Beschuss.

Die Aufklärung der isländischen Nation über die negativen Konsequenzen eines EU-Beitritts habe für die VG höchste Priorität (vgl. VG 2011).

Programmatische Inhalte mit Bezug zur EU:

In einer Reihe von Basisveranstaltungen diskutierte die Partei 2009 die für sie inhaltlich drängendsten Fragen angesichts der beginnenden Beitrittsverhandlungen: Es ging um mögliche negative Folgen der Anwendung der Dienstleistungsrichtlinie, der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP), der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) und um öffentliche Banken (vgl. VG 2009).

In den Schlussfolgerungen des Parteikongresses 2011 heißt es, die VG wolle sich dafür einsetzen, dass Island seinen CO₂-Ausstoß entsprechend der Zielvereinbarung der EU bis 2020 um 30 Prozent senke (vgl. VG 2011).

Bündnispolitik auf europäischer Ebene:

In die Left-Wing Socialist Green Group (VSG) im Nordischen Rat entsendet die VG derzeit drei ParlamentarierInnen. Auch die Generalsekretärin des Rates, Björg Eva Erlendsdóttir, ist Isländerin. In Bezug auf die EU gab es vor allem intensiven Austausch mit der GUE/NGL, die im Mai 2011 zu Studientagen nach Reykjavik reiste und mehrere SprecherInnen der VG einlud, darunter Steingrímur Sigfússon, damals Minister für Fischerei und Landwirtschaft, und die Umweltministerin Svandís Svavarsdóttir. Auf Einladung des Berichterstatters der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (PACE) zum Thema «Austeritätsmaßnahmen – eine Gefahr für die Demokratie und die sozialen Rechte», Andrej Hunko (LINKE), sprach der ehemalige Finanzminister Islands, Steingrímur Sigfússon, vor der PACE über die Politik der isländischen Regierung zur Lösung der Finanzkrise, als Alternative zur Austeritätspolitik der EU (vgl. PACE 2012).

Stellenwert von EU-Politik:

Die EU-Beitrittsverhandlungen Islands begannen im Jahr 2009, konnten bislang aber nicht abgeschlossen werden. Bis auf die sozialdemokratische Samfylkingin (S-Allianz) lehnen inzwischen alle Parteien den EU-Beitritt Islands ab. Über die Frage des EU-Beitritts kam es zur ersten größeren Auseinandersetzung innerhalb der Mitte-Links-Koalition zwischen der VG und der S (vgl. Erlingsdóttir 2010: 151 f.). In der Koalitionsvereinbarung vom 15. Mai 2009 einigten sich die beteiligten Parteien schließlich darauf, dass der Außenminister dem Parlament die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der EU vorschlagen werde. Der Beitritt könne jedoch nur durch eine nationale Volksabstimmung nach Abschluss der Verhandlungen erfolgen. Die Parteien vereinbarten, die verschiedenen Positionen zur EU-Mitgliedschaft zu respektieren und das Recht des jeweils anderen anzuerkennen, für seine Auffassung zu werben (vgl. VG/S 2009). Im Januar 2013 trafen die Regierungsparteien eine weitere Vereinbarung bezüglich der Beitrittsverhandlungen, diesmal im Hinblick auf die Wahlkampfperiode bis zu den Parlamentswahlen am 27. April. Die Vereinbarung wiederholte die zitierte Formulierung aus der Koalitionsvereinbarung 2009 und besagte darüber hinaus, dass die Arbeit an den vier kontroversen, noch nicht abgeschlossenen Verhandlungskapiteln Fischerei, Dienstleistungen, freier Kapitalverkehr und Landwirtschaft bis zu den Wahlen ruhen solle (vgl. VG/S 2013). In den Schlussfolgerungen zum Parteikongress vom 24. Februar 2013 heißt es, die VG wolle zwar keinen Beitritt Islands zur EU, befürworte jedoch den Abschluss des Beitrittsverhandlungsprozesses innerhalb eines Jahres nach den Wahlen. Die Partei wolle sich bis dahin für eine Änderung der isländischen Verfassung einsetzen, um ein nationales Referendum über den EU-Beitritt verpflichtend festzuschreiben (vgl. VG 2013).

5 EUROPAWAHLEN 2014: WIRD ES EINEN EUROPÄISCHEN WAHLKAMPF DER LINKEN GEBEN?

Tabelle 6: Linke Parteien zwischen Föderalismus und Souveränismus, April 2013

Föderalismus	pro EU-Mitgliedschaft, mehr nationale Eigenständigkeit	Souveränismus
SYRIZA	Sinn Féin	ERG
IU	SP	V
BE (RC)		KKE
PRC		PCP
LINKE		
FG		VG*
KSČM		
VAS		
SEL		

* Herkunftsstaat nicht in der EU. Quelle: eigene Darstellung

5.1 DEMOKRATIE IN DER EU: EINE FRAGE DER EBENE

Die Betrachtung der Kernaussagen zur Europapolitik der Familie der Linksparteien zeigt, dass diese nach wie vor zwischen souveränistischen und föderalistischen Positionierungen zur EU gespalten ist. Die Erwartungen bezüglich der richtigen Ebene für die Verwirklichung linker Politik fallen höchst unterschiedlich aus: SYRIZA, IU, BE, PRC, LINKE, FG, KSČM und VAS wollen ihre politische Ziele grundsätzlich im Rahmen einer demokratisierten, sozialen EU umsetzen. ERG, V, KKE, PCP sowie in abgeschwächter Form Sinn Féin und SP verfolgen eine souveränistische Strategie. Die Finanz- und Wirtschaftskrise und die sozialen Auswirkungen der neoliberalen Krisenpolitik der EU führen jedoch dazu, dass auch in den föderalistischen Linksparteien jene Flügel stärker werden, die souveränistische Strategien in Erwägung ziehen. In FG, LINKE, IU, BE und PRC werden die Stimmen lauter, die einen Rückzug in den souveränen Nationalstaat fordern, um soziale Standards zu verteidigen und sich gegen die Vorgaben der neoliberalen politischen Mehrheiten im Europäischen Rat und in den EU-Institutionen zu wehren. VertreterInnen von SP und V forderten die Regierungen ihrer Länder auf, dem nationalkonservativen britischen Premier Cameron zu folgen und nationale Referenden über den Verbleib in der EU abzuhalten oder die Bedingungen für die EU-Mitgliedschaft neu zu verhandeln.

Vor allem die konföderale EP-Fraktion GUE/NGL vereint Parteien mit unterschiedlichsten Antworten auf die Frage, welche Ebene die richtige für die Verwirklichung linker Politik ist. Die GUE/NGL weist zwar in parlamentarischen Fragen stabile Mehrheiten auf. Sie ist aber von allen Fraktionen im EP, mit Ausnahme der Nationalisten, die heterogenste. Die Heterogenität hat im Vergleich zu vorhergehenden Legislaturperioden sogar leicht zugenommen. Dies kann mit dem Weg-

fall der italienischen Delegationen erklärt werden. Innerfraktionelle Abweichungen bei parlamentarischen Abstimmungen sind tendenziell in jenen Politikfeldern höher, die politische Entscheidungen in Bezug auf die Ebene der Politikverwirklichung einschließen. Im Europawahlkampf 2014 wird es der GUE/NGL voraussichtlich nicht möglich sein, ein gemeinsames Ziel für die Zukunft der institutionellen Architektur der EU zu entwerfen.

Für die Europapartei EL erscheint es schon wahrscheinlicher, dass sie bezüglich der Demokratisierung der EU und ihres zukünftigen institutionellen Designs einen gemeinsamen Standpunkt ausformulieren kann. Das gemeinsame Demokratieverständnis der EL-Parteien bezog sich bisher vor allem auf die möglichst breite und direkte Beteiligung der Bevölkerung an gesellschaftlichen Entscheidungsfindungsprozessen. Es wird eine *political unification* der EU gefordert, was eine Zentralisierung der Entscheidungsfindung impliziert. Eine Personalisierung des europäischen Wahlkampfes durch gemeinsame SpitzenkandidatInnen der europäischen Parteien bzw. der Fraktionen lehnt die EL aber ab: Dies erhöhe die Legitimität der Kommission, was dem Ziel der Demokratisierung der EU widerspreche. Die konkretesten, gemeinsam formulierten Forderungen in dieser Hinsicht sind jene nach einem Zuwachs an Macht für die Parlamente, einem Gesetzesinitiativrecht für das EP und Referenden zu europapolitischen Fragen sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene. Eine Stärkung des EP bedeute jedoch einen weiteren Souveränitätsverlust für die Mitgliedstaaten, was einige EL-Parteien ablehnen. Auch gesamteuropäische Referenden würden einen demokratischen Legitimitätswachstum für die EU als politische Entscheidungsebene mit sich bringen, unabhängig vom Inhalt der zur Wahl gestellten Entscheidungen: Die europäische Bevölkerung als unvermittelter Souverän würde ihren Willen unmittelbar zum Ausdruck bringen. Zwar sind weder die kommunistischen EU-GegnerInnen der KKE und PCP noch die schwedische V Mitglieder der EL. Mit der dänischen ERG wurde jedoch erst 2010 ein elektoral bedeutsames Vollmitglied aufgenommen, das die eher föderalistischen Positionen anderer EL-Parteien ablehnt und die EL selbst als Projekt betrachtet, mit dessen Hilfe Kompetenzen von der EU zurück auf die nationale Ebene geholt werden sollen. Die ERG traf bereits Ende April 2013 die Entscheidung, wie bei den zurückliegenden Europawahlen auch 2014 KandidatInnen der dänischen FmEU zu unterstützen. Insgesamt erscheint es somit ebenso möglich, dass die EL sich hinsichtlich der Frage nach der Ebene der gemeinsamen Umsetzung linker Politik auf noch schwächere Aussagen einigen muss, als dies in der Wahlplattform zu den Europawahlen 2009 der Fall war.

Die beiden in die Untersuchung einbezogenen Parteien, die weder Teil der GUE/NGL noch der EL sind, vertreten entgegengesetzte Positionen. Die italienische SEL fordert offensiv die Gründung der Vereinigten Staaten von Europa mit einer gemeinsamen Regierung und einer zentralen Steuer- und Sozialpolitik. Noch hat sich die SEL keiner europäischen Struktur angeschlossen. Nachdem sie bei den italienischen Parlamentswahlen ein Bündnis mit der sozialdemokratischen PD eingegangen ist und sich damit verpflichtet hat, alle europäischen Vereinbarungen bezüglich der Bewältigung der Schuldenkrise grundsätzlich mitzutragen, ist es eher wahrscheinlich, dass sie sich einer anderen europäischen Partei als der EL anschließen wird. Die isländische VG lehnt weiterhin den Beitritt des Inselstaates zur EU ab; die EU sei zu neoliberal und weise zentralistische Tendenzen auf. Mit dem Regierungswechsel ist ein EU-Beitritt Islands in naher Zukunft ohnehin unwahrscheinlich. Der Weg, den die im April 2013 abgewählte Mitte-Links-Regierung unter Beteiligung der VG zur Lösung der isländischen Finanzkrise gegangen ist, wäre innerhalb der EU kaum möglich gewesen: Sie schonte sowohl den Sozialstaat als auch die wichtigen industriellen Sektoren und ließ Banken und Gläubiger für die von ihnen eingegangenen Risiken und Verluste selbst haften.

5.2 GRÖSSTER GEMEINSAMER NENNER: EIN SOZIALES EUROPA

Bei den *cleavage*-geprägten inhaltlichen politischen Zielen weist die Familie der Linksparteien eine hohe Konvergenz auf (vgl. auch Striethorst 2010). Maßnahmen zur Absicherung und Durchsetzung sozialer Rechte und Standards auf EU-Ebene werden von allen Linksparteien unterstützt, unabhängig davon, ob diese jeweils als zwischenstaatliche Vereinbarung souveräner Staaten oder im Rahmen eines EU-Gesetzgebungsprozesses beschlossen werden sollen. Alle Linksparteien lehnen die negative Marktintegration ab und fordern eine Reform der EU-Verträge, um den Vorrang sozialer Rechte zu garantieren, wirtschaftliche Deregulierungsprozesse rückgängig zu machen und die wirtschaftliche Entwicklung durch öffentliche Investitionen sozial und ökologisch nachhaltig zu steuern. Dies lässt sich aus den Programmen der nationalen Parteien ablesen, aber auch anhand der gemeinsam formulierten Positionen im Rahmen der EL und der GUE/NGL. Dabei ist auch erkennbar, dass Forderungen, die im Rahmen der GUE/NGL und der EL entwickelt wurden, ihren Weg in die nationalen Programme der Parteien gefunden haben. Eine inhaltliche Rückkopplung findet statt. Beste Beispiele dafür sind die Forderung nach einer Sozialen Fortschrittsklausel in den EU-Verträgen oder der Vorschlag, einen EU-Fonds für soziale und ökologische Entwicklung einzurichten.

Der Blick auf die Fraktion GUE/NGL ist besonders interessant, weil sie das breitestmögliche Spektrum kontemporärer Linksparteien vereint und das gemeinsame Programm somit den größten gemeinsamen eu-

ropapolitischen Nenner im linken Parteienspektrum darstellt. Die einzige Partei, die kompromisslos einen nationalen revolutionären Umsturz sowie den Bruch mit der EU anstrebt und dabei keinerlei reformistische Programmpunkte unterstützt, ist die griechische KKE. Auch sie akzeptiert jedoch, dass im Rahmen der GUE/NGL gemeinsame Positionen formuliert werden, selbst wenn sie diese selbst nicht mitträgt.

Alle untersuchten Linksparteien fordern die Regulierung des europäischen Finanzsektors, das Verbot bestimmter Finanzprodukte und ein internationales Vorgehen gegen Steueroasen und Steuerhinterziehung. Die demokratische Kontrolle der EZB und eine Neuausrichtung ihrer monetären Politik auf ökologisch und sozial nachhaltiges Wachstum und Vollbeschäftigung werden von den meisten Linksparteien als wichtige Ziele formuliert – in erster Linie von denen, die aus Mitgliedstaaten der Währungsunion kommen. Vor allem die föderalistischen EL-Parteien sprechen sich für die Emission gemeinsamer Schuldtitel (Eurobonds) aus. Gefordert wird auch eine direkte Finanzierung der Mitgliedstaaten durch die EZB, die zu einem *lender of last resort* umgewandelt werden soll. Die Staaten sollen die Möglichkeit erhalten, sich unabhängig von den Finanzmärkten direkt über die EZB zu refinanzieren. Eine Finanztransaktionssteuer wird ebenfalls von den meisten Parteien befürwortet, allerdings nicht unbedingt im Rahmen der EU und als Beitrag zu einem eigenständigen EU-Budget. Die Mindestbesteuerung multinationaler Konzerne wird von vielen Parteien thematisiert, jedoch herrscht Uneinigkeit, ob dies durch zwischenstaatliche Abkommen oder zentral durch die EU geregelt werden soll. Sinn Féin etwa lehnt jede bindende Regelung, welche die Steuersouveränität Irlands einschränken würde, ab.

Alle Linksparteien sprechen sich für eine soziale Union oder ein soziales Modell der internationalen Zusammenarbeit aus. Zu den Forderungen gehört die Absicherung sozialer Rechte (etwa das Recht auf Streik und Kollektivmaßnahmen) gegenüber den sogenannten wirtschaftlichen Freiheiten in der EU durch eine Soziale Fortschrittsklausel als Zusatz zu den EU-Verträgen. Diese Forderung wird auch von souveränistisch ausgerichteten Linksparteien wie der V oder SFe geteilt, da eine solche Regelung davor schützen könnte, dass nationale soziale Standards durch EU-Recht dereguliert werden. Auch Vereinbarungen bezüglich sozialer Mindeststandards auf europäischer Ebene und die Beseitigung von Armut gehören zu den gemeinsamen Forderungen der Linksparteien und haben so ihren Weg in die Programme der GUE/NGL und EL gefunden. Verlangt werden etwa EU-Vereinbarungen über Mindestlöhne, Mindestrenten und Mindesteinkommen. Auch hier besteht jedoch keine Einigkeit, ob die EU diese Standards legislativ durchsetzen soll oder ob zwischenstaatliche Vereinbarungen bevorzugt werden.

Umverteilung zwischen den Mitgliedstaaten durch einen gemeinsamen EU-Haushalt wird von allen linken Parteien unterstützt. Doch es gibt Unterschiede:

Während vor allem die EL-Parteien wie SYRIZA, BE, IU, LINKE und FG sich gegen die vom ER geplanten Kürzungen des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) 2014 bis 2020 ausgesprochen haben, stattdessen eine Erhöhung des Haushaltes verlangen und eine Rückkehr zu «national centered policies» ablehnen, fordern die schwedische V und die niederländische SP Haushaltskürzungen. Die V will die Mittel für Agrar- und Strukturfonds beschneiden, die SP nur noch ärmere Mitgliedstaaten statt wie bisher strukturschwache Regionen mit EU-Geldern fördern, da die wohlhabenderen Länder ihre Regionen selbst unterstützen könnten. Ein weiterer Konflikt zwischen den Linksparteien in Bezug auf den EU-Haushalt besteht darin, dass die souveränistisch ausgerichteten Parteien eigene EU-Finanzmittel ablehnen, weil ein von den Mitgliedstaaten unabhängiges EU-Budget einen Schritt in Richtung eines europäischen Föderalstaats bedeute.

Sowohl EL als auch GUE/NGL fordern als Ausweg aus der Krise anstelle der Deregulierungs- und Austeritätspolitik ein sozial-ökologisches Konjunkturprogramm für die betroffenen Staaten, zum Beispiel mithilfe eines speziellen EU-Fonds. Die EL versuchte im September 2012, mit dem neuen Instrument der Europäischen Bürgerinitiative die Kommission dazu zu bewegen, eine öffentliche europäische Bank für soziale und ökologische Entwicklung einzurichten. Der Vorschlag wurde mit einer juristischen Begründung zurückgewiesen.

5.3 ELEKTORALE AUSGANGSSITUATION UND DIE KANDIDATENFRAGE: KOPFLOS INS RENNEN?

Eine grundsätzliche Schwierigkeit für linke Politik auf EU-Ebene bleibt die fortbestehende Asymmetrie zwischen der Europapartei EL und der GUE/NGL-Fraktion im EP. Elektoral erfolgreiche Parteien wie die SP, V und SFe blieben der EL bislang fern (vgl. March 2008). Schirdewans Feststellung aus dem Jahr 2006, die europäische Linke befinde sich in einem «nachholenden integrativen Prozess, der durch die stetig voranschreitende europäische Integration und aus der Konkurrenzsituation den anderen Parteienfamilien gegenüber notwendig» geworden sei (Schirdewan 2006: 682), gilt trotz der bereits geleisteten Integrationschritte auch vor der Europawahl 2014. In einigen Mitgliedstaaten konkurrieren GUE/NGL-Mitgliedsparteien miteinander, von denen sich jeweils nur eine der EL angeschlossen hat. In den von der Krise am stärksten betroffenen Staaten mit zwei linken Parteien schnitt bei vorgezogenen nationalen Neuwahlen einmal eine Partei mit einem souveränistischen Kurs besser ab (PCP vor BE 2011 in Portugal), einmal die EL-Partei mit föderalistischem Kurs (SYRIZA vor KKE 2012 in Griechenland). In Dänemark lag 2011 die der Fraktion Grüne/EFA angehörende, föderalistische SF vor der souveränistischen EL-Partei ERG. Die SP konnte 2012 trotz zwischenzeitlichen Umfragehochs ihr Ergebnis im Vergleich zu 2010 wider Erwarten nicht verbessern.

Die V stagnierte bei den Parlamentswahlen in Schweden 2010 mit einem Programm, welches die EU-Politik vollständig ausklammert. Die föderalistisch argumentierende IU konnte ihr Ergebnis bei den nationalen Parlamentswahlen 2011 fast verdoppeln, auch die Front de Gauche schnitt 2012 besser ab als vier Jahre zuvor die PCF. Ihr Kandidat für die französische Präsidentenwahl, MdEP Jean-Luc Mélenchon, kam auf 11,1 Prozent der Stimmen. Ob die deutsche LINKE 2014 in ähnlicher Stärke ins EP einziehen kann wie 2009, ist fraglich. Zum einen wird die Zahl der deutschen Sitze im EP insgesamt von 99 auf 96 sinken, zum anderen wird aufgrund eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts die Prozenhürde (bisher fünf Prozent) gesenkt werden oder ganz wegfallen. Dadurch erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, dass die vorhandenen Sitze durch eine größere Anzahl von Parteien geteilt werden müssen.

Insgesamt jedoch scheinen die Chancen für die EL gut zu stehen, ihren Abgeordnetenanteil innerhalb der GUE/NGL-Fraktion zu erhöhen. Ein größeres Gewicht der EL könnte tendenziell dazu beitragen, die Kohärenz innerhalb der Fraktion zu verbessern. Das wiederum hätte positive Auswirkungen auf das parlamentarische Gewicht im EP und die öffentliche Ausstrahlung der Fraktion.

Andererseits besteht jedoch auch innerhalb der EL die Möglichkeit, dass in einigen bislang föderalistisch ausgerichteten Parteien souveränistische Flügel stärkeres Gewicht gewinnen. Dies könnte sich hemmend auf die bereits erreichte programmatische Kohärenz der EL auswirken und auch die GUE/NGL in ihrer Handlungsfähigkeit beeinträchtigen. Die neoliberale Krisenpolitik der EU trägt dazu bei, dass innerparteiliche Differenzen in Bezug auf die Europapolitik kontroverser ausgetragen werden als noch vor den Europawahlen 2009. Somit könnte die von der politischen Linken als tiefe Krise des Kapitalismus analysierte Situation dazu führen, dass sich die europäischen Linksparteien weiter auseinanderbewegen, anstatt sich im Widerstand zu vereinen. Die weiterhin ungeklärte Frage nach der richtigen Ebene für die Verwirklichung linker Politik ist mitunter eine Erklärung dafür, dass die Linksparteien bisher nur punktuell bei Wahlen von der Krise profitieren konnten.

Eine der interessantesten Fragen ist in diesem Zusammenhang die, ob die EL einen europäischen Spitzenkandidaten oder eine Spitzenkandidatin für den Wahlkampf aufstellen wird. Zwar wies sie den Vorstoß der anderen Fraktionen des EP zunächst zurück, da ein solcher Vorschlag nicht geeignet sei, das Demokratiedefizit der EU zu beheben. Die Frage ist jedoch, ob sie es in Kauf nehmen wird, aus diesem Grund einen Wettbewerbsnachteil bei den Wahlen zu riskieren, zumal sie mit ihrem Vizepräsidenten, dem SYRIZA-Vorsitzenden Alexis Tsipras, oder dem französischen Präsidentschaftskandidaten der FG, MdEP Jean-Luc Mélenchon, europaweit medial bekannte Köpfe präsentieren könnte. Tsipras' europäische und mediale Umtriebigkeit,

die vielen Auftritte bei und mit EL-Schwesterparteien, könnten eine Kandidatur des Griechen nahelegen. Ein Wahlkampf mit gemeinsamen KandidatInnen könnte zudem den inneren Einigungsprozess der EL stärken.

Die EL wird im Dezember 2013 bei ihrem 4. Kongress in der spanischen Hauptstadt Madrid über die gemeinsame Aufstellung zu den Europawahlen 2014 entscheiden.

LITERATUR

A

Almeida, Dimitri (2012): The Impact of European Integration on Political Parties – Beyond the Permissive Consensus, Oxon.

B

Bell, David (1996): Western Communist Parties and the European Union, in: Gaffney, John (Hrsg.): Political Parties and the European Union, London/New York, S. 220–234.

C

Cohn-Bendit, Daniel/Verhofstadt, Guy (2012): Für Europa! Ein Manifest, München.

D

Daiber, Birgit/di Lipari, Ginostra (2013): Kommentar zu den Wahlen in Italien am 24. und 25. Februar 2013, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin: www.rosalux.de/publication/39233/kommentar-zu-den-wahlen-in-italien-am-24-und-25-februar-2013.html.

Damiani, Marco (2011): Nichi Vendola: For the New «Laboratory» of the Italian Left, Perugia: www.gla.ac.uk/media/media_227254_en.pdf.

Dunphy, Richard (2004): Contesting Capitalism – Left Parties and European integration, Manchester/New York.

E

Erlingsdóttir, Audur Lilja (2010): Die Linke in Island, in: Daiber, Birgit/Hildebrandt, Conny/Striethorst, Anna (Hrsg.): Von Revolution bis Koalition – Linke Parteien in Europa. Fünfundzwanzig Länderberichte, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Brüssel/Berlin, S. 143–153.

H

Haas, Ernst (1968): The Uniting of Europe, Stanford.

Hagemann, Norbert (2010): Die Partito della Rifondazione Comunista in Italien – Entwicklung im Widerstreit zwischen «großer Ambition und kleiner Kraft», in: Daiber, Birgit/Hildebrandt, Conny/Striethorst, Anna (Hrsg.): Von Revolution bis Koalition – Linke Parteien in Europa. Fünfundzwanzig Länderberichte, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Brüssel/Berlin, S. 217–237.

Handl, Vladimir (2005): Die Kommunistische Partei von Böhmen und Mähren und ihre Beziehung zu den Sozialdemokraten, in: Brie, Michael/Hildebrandt, Cornelia (Hrsg.): Für ein anderes Europa. Linksparteien im Aufbruch, Berlin, S. 404–425.

Heilig, Dominik (2009): Das spanische Linksbündnis Izquierda Unida zwischen Regionalisierung und autoritärer Politik. In: Daiber, Birgit/Hildebrandt, Cornelia (Hrsg.): Die Linke in Europa. Analyse linker Parteien und Parteiallianz, Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin, S. 140–147.

Hessel, Stéphane (2010): Indignez-vous! Barcelona.

Hildebrandt, Cornelia (2010): Europapolitische Positionen europäischer Linksparteien, in: Daiber, Birgit/Hildebrandt, Conny/Striethorst, Anna (Hrsg.): Von Revolution bis Koalition – Linke Parteien in Europa. Fünfundzwanzig Länderberichte, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Brüssel/Berlin, S. 67–88.

Holubec, Stanislav (2010): Die radikale Linke in Tschechien, in: Daiber, Birgit/Hildebrandt, Conny/Striethorst, Anna (Hrsg.): Von Revolution bis Koalition – Linke Parteien in Europa. Fünfundzwanzig Länderberichte, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Brüssel/Berlin, S. 313–329.

Hooghe, Liesbet/Marks, Gary/Wilson, Carole J. (2002): Does left/right structure party positions on European integration?, in: Comparative Political Studies, Vol. 35, No. 8, October 2002, S. 965–989.

Hooghe, Liesbet/Bakker, Ryan/Brigeveich/de Vries, Catherine/Edwards, Erica/Marks, Gary/Rovny, Jan/Steenbergen, Marco/Vachudova, Milada (2010): Reliability and validity of the 2002 and 2006 Chapel Hill expert surveys on party positioning, in: European Journal of Political Research, Vol. 49, No. 5, August 2010, S. 687–703.

J

Johansen, Inger V. (2010): Die Linke und die radikale Linke in Dänemark, in: Daiber, Birgit/Hildebrandt, Conny/Striethorst, Anna (Hrsg.): Von Revolution bis Koalition – Linke Parteien in Europa. Fünfundzwanzig Länderberichte, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Brüssel/Berlin, S. 251–269.

K

Kontula, Anna/Kuhanen, Tomi (2010): Der Wiederaufbau des Linken Bündnisses – Hoffen auf einen Neuanfang, in: Daiber, Birgit/Hildebrandt, Conny/Striethorst, Anna (Hrsg.): Von Revolution bis Koalition – Linke Parteien in Europa. Fünfundzwanzig Länderberichte, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Brüssel/Berlin, S. 34–43.

L

Lipset, Seymour/Rokkan, Stein (1967): Party Systems and Voter Alignments. Cross-National Perspectives, New York.

M

Marioulas, Julian (2010): Die griechische Linke, in: Daiber, Birgit/Hildebrandt, Conny/Striethorst, Anna (Hrsg.): Von Revolution bis Koalition – Linke Parteien in Europa. Fünfundzwanzig Länderberichte, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Brüssel/Berlin, S. 270–287.

March, Luke (2008): Contemporary Far Left Parties in Europe – From Marxism to the Mainstream? Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin: library.fes.de/pdf-files/id/ipa/05818.pdf.

Marks, Gary/Hooghe, Liesbet/Steenbergen, Marco R./Bakker, Ryan (2007): Crossvalidating data on party positioning on European integration, in: *Electoral Studies*, Vol. 26, No. 1, März 2007, S. 23–38.

N

Nichols, Dick (2013): Spain's United Left Coalition against Neoliberalism and Economic Austerity. Global Research 2013: www.globalresearch.ca/spains-united-left-coalition-against-neoliberalism-and-economic-austerity/5318129.

R

Ross, Andreas (2012): Niederländische Sozialisten – Die Kunst des Möglichen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10.9.2012: www.faz.net/aktuell/politik/ausland/niederlaendische-sozialisten-die-kunst-des-moeglichen-11884391.html.

S

Sahuc, Stéphan (2010): Die Linken Parteien in Frankreich, in: Daiber, Birgit/Hildebrandt, Conny/Striethorst, Anna (Hrsg.): Von Revolution bis Koalition – Linke Parteien in Europa. Fünfundzwanzig Länderberichte, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Brüssel/Berlin, S. 125–142.

Schirdewan, Martin (2006): Die Linke auf dem Weg in die Normalität? Realität und Perspektiven der Europäischen Linkspartei, in: Mittag, Jürgen (Hrsg.): Politische Parteien und Europäische Integration. Entwicklung und Perspektiven transnationaler Parteienkooperation in Europa, Essen, S. 667–694.

Schirdewan, Martin (2009): Links – kreuz und quer. Die Beziehungen innerhalb der europäischen Linken, Berlin.

Schulz, Rainer (2005): Die spanische Vereinigte Linke im Jahr 2004, in: Brie, Michael/Hildebrandt, Cornelia (Hrsg.): Für ein anderes Europa. Linksparteien im Aufbruch, Berlin, S. 358–383.

Spier, Tim (2012): Die linke Parteienfamilie, in: Jun, Uwe/Höhne, Benjamin (Hrsg.): Parteienfamilien. Identitätsbestimmend oder nur noch Etikett? Opladen u. a., S. 222–245.

Steiner, Barbara (2010): «Communists we are no longer, Social Democrats we can never be» – die schwedische Linkspartei Vänsterpartiet, in: Daiber, Birgit/Hildebrandt, Conny/Striethorst, Anna (Hrsg.): Von Revolution bis Koalition – Linke Parteien in Europa. Fünfundzwanzig Länderberichte, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Brüssel/Berlin, S. 238–250.

Striethorst, Anna: Aktuelle Themen und Debatten der europäischen Linksparteien, in: Daiber, Birgit/Hildebrandt, Conny/Striethorst, Anna (Hrsg.): Von Revolution bis Koalition – Linke Parteien in Europa. Fünfundzwanzig Länderberichte, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Brüssel/Berlin, S. 49–66.

SWP – Stiftung Wissenschaft und Politik (2006): Arbeitspapier – Das Ratifikationsverfahren zum EU-Verfassungsvertrag, Berlin: www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/arbeitspapiere/11KS_Ratifikationskrise.pdf, S. 30.

V

Volkens, Andrea (2004): Politische Positionen linker Parteien im Europäischen Parlament: Programatische Übereinstimmungen und Unterschiede in der fünften Legislaturperiode, in: Brie, Michael/Hildebrandt, Cornelia (Hrsg.): Linksparteien im Aufbruch, Berlin.

W

Wagener, Sascha (2006): Der EU-Verfassungsvertrag und die Positionen linker Parteien, Schriftenreihe Welt-Trends Thesis, Band 14/2012: opus.kobv.de/ubp/volltexte/2012/5939/pdf/wtthesis14.pdf.

Wirries, Clemens (2010): Eine Partei für die «einfachen Leute» – die Socialistische Partij in den Niederlanden, in: Daiber, Birgit/Hildebrandt, Conny/Striethorst, Anna (Hrsg.): Von Revolution bis Koalition – Linke Parteien in Europa. Fünfundzwanzig Länderberichte, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Brüssel/Berlin, S. 197–216.

QUELLEN

A

Alter Summit (2013): Call for an alternative Summit: www.altersummit.eu/alter-summit/article/call-for-an-alternative-summit?lang=en.

Antifacism Europa (2013): Europäisches Antifaschistisches Manifest, 12.2.2013: antifascismeuropa.org/nos/de.

B

Bisky, Lothar (2012): Die Linken sind nicht pflegeleicht. Interview im Neuen Deutschland, 8.3.2012: www.lotharbisky.de/kat_interviews_detail.php?v=332.

Blockupy Frankfurt (2013): Blockupy Frankfurt, 30. Mai bis 1. Juni 2013: blockupy-frankfurt.org.

BE – Bloco de Esquerda (2007): Teses V Convenção do Bloco de Esquerda: www.bloco.org/media/teses-5conv.pdf.

BE – Bloco de Esquerda (2009): Programa para um Governo que responda à urgência da crise social: <http://www.bloco.org/media/programabe.pdf>

BE – Bloco de Esquerda (2010): Document of the Political Commission of the Left Bloc: On the crisis and how to overcome it, 23.5.2010: www.bloco.org/media/cp_bloco_100523.pdf.

BE – Bloco de Esquerda (2012): A program against the debt tyranny – Resolution by the National Council of the Left Bloc, 7.7.2012: www.bloco.org/media/resolmesanacional7jul12EN.pdf.

BE – Bloco de Esquerda (2013): VII Convenção Nacional, Motion A – The Left Against the Dept: www.bloco.org/media/mocaoVIIIconvBEen.pdf.

C

Cameron, David (2013): David Cameron's EU speech – full text, in: The Guardian, 23.1.2013: www.guardian.co.uk/politics/2013/jan/23/david-cameron-eu-speech-referendum.

Campaignwatch (2012): Die Wahlplakate zur Landtagswahl in Niedersachsen, Teil 1: FDP, DIE LINKE und die Piratenpartei, 22.11.2012: campaignwatchers.wordpress.com/2012/11/22/campaignwatch-die-wahlplakate-zur-landtagswahl-in-niedersachsen-teil-1-fdp-die-linke-und-die-piratenpartei.

CGT (2012): Pour une autre Europe maintenant: l'Alter Summit européen!, 5.11.2012: www.cgt.fr/Pour-une-autre-Europe-maintenant-l.html.

CDU – Coligação Democrática Unitária (2009): Compromisso Eleitoral 2009: www.cdu.pt/2011/programa-eleitoral-do-pcp-%C3%A0s-elei%C3%A7%C3%B5es-legislativas-2009.

CDU – Coligação Democrática Unitária (2011): Compromisso Eleitoral 2011: www.cdu.pt/2011/compromisso-eleitoral-do-pcp-por-uma-pol%C3%ADtica-patri%C3%B3tica-e-de-esquerda.

CCOO – Confederación Sindical de Comisiones Obreras: About us: www.ccoo.es/cscceo/menu.do?Conoce_CCOO>About_us.

D

DGB – Deutscher Gewerkschaftsbund (2012): Ein Marshall-Plan für Europa: www.dgb.de/themen/++co++985b632e-407e-11e2-b652-00188b4dc422.

E

ERG – Enhedslisten (2011): Nej til EU, ja til internationalt samarbejde, 1.9.2011: enhedslisten.dk/artikel/nej-til-eu-ja-til-internationalt-samarbejde.

ERG – Enhedslisten (2012a): Enhedslisten kæmper for et socialt og demokratisk Europa, 18.12.2012: enhedslisten.dk/artikel/enhedslisten-k%C3%A6mper-et-socialt-og-demokratisk-europa-70594.

ERG – Enhedslisten (2012b): Arbejdsplan 2012–2013: enhedslisten.dk/node/69878.

ERG – Enhedslisten (2012c): Enhedslistens mål 2012–2016: enhedslisten.dk/node/69877.

ERG – Enhedslisten (2012d): Hovedbestyrelsens beretning 2011–12: enhedslisten.dk/node/69879.

ERG – Enhedslisten (2013a): The Red-Green Alliance: enhedslisten.dk/content/red-green-alliance.

ERG – Enhedslisten (2013b): Enhedslistens årsmøde 2013, Enhedslistens firetyvende årsmøde, Årsmødehæfte: enhedslisten.dk/files/arsmodehaefte1_web.pdf.

ERG – Enhedslisten (2013c): Enhedslisten anbefaler Folkebevægelsen, 27.4.2013: www.enhedslisten.dk/artikel/enhedslisten-anbefaler-folkebev%C3%A6gelsen-71287.

ERG – Enhedslisten (2013d): Udenlandsk arbejdskraft: skoleweb.enhedslisten.dk/udenlandsk-arbejdskraft.

ERG – Enhedslisten (2013e): Udflytning af arbejdspladser: skoleweb.enhedslisten.dk/udflytning-af-arbejdspladser.

ERG – Enhedslisten (2013f): Enhedslistens udspil til en europapolitisk aftale, 13.4.2013: www.enhedslisten.dk/artikel/enhedslistens-udspil-til-en-europapolitisk-aftale-71264.

EA – Espacio Alternativo (2008): Un paso adelante en la construcción de una izquierda anticapitalista: Conferencia Política de Espacio Alternativo: www.espacioalternativo.org/node/3289.

EUDem – EUDemocrats (2008): Mitglieðer Dänemark: www.eudemocrats.org/eud/content.php?id=29&lang=DE#.

ER – Europäischer Rat (2012): European Council conclusions on completing EMU, 14.12.2012: www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ec/134320.pdf.

ER – Europäischer Rat (2013): Schlussfolgerungen (Mehrjähriger Finanzrahmen), 8.2.2013: www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/135379.pdf.

EP – Europäisches Parlament (2012a): Entschließung vom 20. November 2012 mit Empfehlungen an die Kommission zum Bericht der Präsidenten des Europäischen Rates, der Europäischen Kommission, der Euro-

päischen Zentralbank und der Euro-Gruppe «Auf dem Weg zu einer echten Wirtschafts- und Währungsunion» (2012/2151(INI)): www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P7-TA-2012-0430&language=DE&ring=A7-2012-0339.

EP – Europäisches Parlament (2012b): Entschließung des Europäischen Parlaments vom 22. November 2012 zu den Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 2014 (2012/2829 (RSP)): www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2012-0462+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE.

EP – Europäisches Parlament (2012c): Grants from the European Parliament to political parties at European level 2004-2012: www.europarl.europa.eu/pdf/grants/grant_amounts_parties_03-12-2012.pdf.

EP – Europäisches Parlament (2012d): Debates, Explanations of Votes B7-0303/2012, Søren Søndergaard, 13.6.2012: www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+CRE+20120613+ITEM-010+DOC+XML+V0//EN&language=EN&query=INTERV&detail=3-334-000.

EP – Europäisches Parlament (2012e): Inês Zuber, João Ferreira, Jacky Hénin, Patrick Le Hyaric, Änderungsanträge 1 bis 5 im Namen der GUE/NGL-Fraktion, Bericht Marianne Thyssen, Auf dem Weg zu einer echten Wirtschafts- und Währungsunion (2012/2151(INI)): www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-%2f%2fEP%2f%2fNONSGML%2bAMD%2bA7-2012-0339%2b001-005%2bDOC%2bPDF%2bV0%2f%2fDE.

European Alternatives (2012): United States of Europe?: www.euroalter.com/2012/united-states-of-europe.

EL – European Left (2009): Electoral Platform 2009: www.european-left.org/fileadmin/downloads/Electoral_Platform/Plattform_de.pdf.

EL – European Left (2010a): Agenda for a social Europe. Political Action Programme of the Party of the European Left 2011-2013. Motion of the EL-ExBoard to the EL 3rd Congress, Paris, December 3-5: www.european-left.org/fileadmin/downloads/News/congress/Agenda_Social_Europe_FINALE_04_12_2010.pdf.

EL – European Left (2010b): Europäischer Fonds zur sozialen Entwicklung. Beschluss des 3. EL-Kongresses, 5.12.2010: de.european-left.org/fileadmin/downloads/News/motion_3rd_congress/FOR_THE_CREATION_OF_A_EUROPEAN_FUND_FOR_SOCIAL_DEVELOPMENT_-_A_STRONG_EUROPEAN_INITIATIVE.pdf.

EL – European Left (2011): Peoples of Europe Unite! Declaration of the Presidium of the Party of the European Left. Extraordinary meeting – 22. November 2011: www.european-left.org/fileadmin/downloads/News/2011/EL_Presidium_Declaration_Athens_22112011.pdf.

EL – European Left (2012a): Resolution from the 12th Meeting of the Network «Trade Unionists in and behind the European Left Party» 29th of September in Copenhagen, 15.10.2012: www.european-left.org/nc/english/home/news_archive/news_archive/browse/8/

[zurueck/news_archive/artikel/resolution-from-the-12th-meeting-of-the-network-trade-unionists-in-and-behind-the-european-left-par](http://www.european-left.org/nc/english/home/news_archive/news_archive/zurueck/news_archive/artikel/the-european-commission-blocks-the-citizens-initiative-lets-react).

EL – European Left (2012b): The European Commission blocks the citizens' initiative – let's react!, 13.9.2012: www.european-left.org/english/home/news_archive/news_archive/zurueck/news_archive/artikel/the-european-commission-blocks-the-citizens-initiative-lets-react.

EL – European Left (2012c): EL-Declaration: 2014 European elections: for a democratic refoundation of Europe, 1.11.2012: www.european-left.org/nc/english/home/news_archive/news_archive/browse/6/zurueck/news_archive/artikel/el-declaration-2014-european-elections-for-a-democratic-refoundation-of-europe.

EL – European Left (2012d): X Assembly of Izquierda Unida bet for strengthening «the common house» of the European Left, 16.12.2012: www.european-left.org/fileadmin/downloads/News/2012/Time_for_unity_OK.docx.

EL – European Left (2013a): Member Parties: de.european-left.org/deutsch/ueber_die_el/parteien.

EL – European Left (2013b): About the EL – Introduction: www.european-left.org/english/about_the_el/introduction.

EL – European Left (2013c): EU Budget – A step in the wrong direction, 13.2.2013: www.european-left.org/nc/english/home/news_archive/news_archive/browse/3/zurueck/news_archive/artikel/eu-budget-a-new-step-in-the-wrong-direction.

EL – European Left (2013d): The Party of the European Left encourages the Italian people to vote for the list of Civil Revolution, against neoliberalism, 23.2.2013: www.european-left.org/nc/english/home/news_archive/news_archive/browse/3/zurueck/news_archive/artikel/the-party-of-the-european-left-encourages-the-italian-people-to-vote-for-the-list-of-civil-revolution.

F

FmEU – Folkebevægelsen mod EU (2013): Our goals and the Danish situation: www.folkebevaegelsen.dk/in-english/article/our-goals-and-the-danish-situation.

FG – Front de Gauche (2012a): S'affranchir du traité de Lisbonne et construire une autre Europe: www.pcf.fr/18216.

FG – Front de Gauche (2012b): 2012 –Le programme du Front de gauche. La France pour changer le cours de la mondialisation: www.pcf.fr/18217.

FG – Front de Gauche (2013): Les 25 propositions du Front de gauche, 6.2.2013: www.pcf.fr/35324.

G

GUE/NGL (2010): Economic & Social Crisis: For solutions rooted in solidarity & justice: www.guengl.eu/uploads/publications-documents/Financial_EN.pdf.

GUE/NGL (2011a): Unterstützung für kleine Agrarbetriebe, Verbraucher und die Umwelt. Ein Plan für eine ausgewogene GAP-Reform: www.guengl.eu/upload//leaflet-agri-DE-web.pdf.

GUE/NGL (2011b): Peace and justice. An alternative basis for EU foreign policy: guengl.eu/uploads/publications-documents/leaflet-afet-EN-web.pdf.

GUE/NGL (2011c): Frieden und Gerechtigkeit. Eine alternative Grundlage für die EU-Außenpolitik: guengl.eu/uploads/publications-documents/leaflet-afet-DE-web.pdf.

GUE/NGL (2012a): Solidarität im Kampf gegen Sparmaßnahmen – Delegation der GUE/NGL vom 22. bis 24. Februar 2012 in Athen: [www.guengl.eu/upload//Flyer%20Greece%20DE\(1\).pdf](http://www.guengl.eu/upload//Flyer%20Greece%20DE(1).pdf).

GUE/NGL (2012b): Neuer Anlauf im Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung: www.guengl.eu/uploads/publications-documents/leaflet-poverty-DE-web.pdf.

GUE/NGL (2012c): Women's rights and gender equality – The left paves the way: www.guengl.eu/uploads/publications-documents/leaflet-femme-EN-web.pdf.

GUE/NGL (2012d): Privacy and Data Protection Rights in a Digital Era: www.guengl.eu/uploads/publications-documents/leaflet-data-EN-web.pdf.

GUE/NGL (2012e): Copyright in the digital age – Towards the right balance between creators and users: www.guengl.eu/uploads/publications-documents/leaflet-digital-age-EN-web.pdf.

GUE/NGL (2012f): 2012–2014 The GUE/NGL group in the European Parliament: guengl.eu/uploads/publications-documents/whos-who-EN-web.pdf.

GUE/NGL (2013a): Policy – Who we are – What we stand for – What we do: guengl.eu/policy.

GUE/NGL (2013b): About the Group: guengl.eu/group/about.

GUE/NGL (2013c): GUE/NGL seminar – Focus on Central and Eastern Europe: guengl.eu/news/article/events/gue-ngl-seminar-focus-on-central-and-eastern-europe.

I

IU – Izquierda Unida (2009a): Manifiesto Izquierda Unida 1º mayo 2009: www.izquierda-unida.es/node/6759.

IU – Izquierda Unida (2009b): Programa Electoral Elecciones Europeas 2009: www.izquierda-unida.es/sites/default/files/doc/Programa%20IU%20Europeas%202009_0.pdf.

IU – Izquierda Unida (2012a): 20 propuestas de prioridades para la acción social e institucional: convocatoriasocial.org/documentos/20-propuestas-de-prioridades-para-la-accion-social-e-institucional.

IU – Izquierda Unida (2012b): Willy Meyer – «Solo un proceso de refundación de Europa puede salvarnos de la crisis estructural de la UE», 29.6.2012: www.izquierda-unida.es/node/10896.

IU – Izquierda Unida (2012c), X Asamblea de Izquierda Unida Federal – Declaración, 16.12.2012: www.izquierda-unida.es/sites/default/files/doc/Declaracion_X_Asamblea_IU_0.pdf.

IU – Izquierda Unida (2012d): Convocatoria Social – Revolution Democratica: convocatoriasocial.org/sites/

default/files/revoluciones/revolucion_democratica.pdf.

IU – Izquierda Unida (2012e): Statement by the Federal Executive of Izquierda Unida on the «EU Rescue»: www.izquierda-unida.es/sites/default/files/doc/Resolucion_Ejecutiva_Federal_Rescate_Bancario_junio2012.pdf.

IU – Izquierda Unida (2012f): Documento Político X Asamblea de Izquierda Unida, 16.12.2012: www.izquierda-unida.es/node/11401.

IU – Izquierda Unida (2013): Izquierda Unida participa en el Foro Social Mundial en Túnez: www.izquierda-unida.es/node/11967.

K

Kipping, Katja (2013): Wir sagen Ja zum Euro, in: Neues Deutschland, 1.5.2013: www.neues-deutschland.de/artikel/820332.wir-sagen-ja-zum-euro.html.

KKE – Kommounistikó Kómma Elládas (2005): The front against the opportunist «leftist alternative» for «another Europe»: inter.kke.gr/EUfolder/2005-10pbeu/2005-10pbeu-b.

KKE – Kommounistikó Kómma Elládas (2010a): Letter of the KKE to the communist and workers' parties of Europe, 1.10.2010: inter.kke.gr/News/2010news/2010-12-1-kea.

KKE – Kommounistikó Kómma Elládas (2010b): Riot police invade the Acropolis: inter.kke.gr/News/2010news/2010-10-15-riot-police.

KKE – Kommounistikó Kómma Elládas (2011): Press statement of the MEP of KKE, G Toussas on the Congress of ETUC/CES in Athens, 11.5.2011: inter.kke.gr/News/news2011/2011-05-12-etuc.

KKE – Kommounistikó Kómma Elládas (2012): Tausende Menschen auf den Streikkundgebungen der PAME, 8.11.2012: de.kke.gr/news/news2012/2012-11-08-triti-mera.

KKE – Kommounistikó Kómma Elládas (2013a): Theses of the Central Committee of the Communist Party of Greece for the 19th Congress: inter.kke.gr/News/news2013/2013-03-05-thesis.

KKE – Kommounistikó Kómma Elládas (2013b): Balkan Meeting of Communist and Workers' Parties 2013, 26.1.2013: inter.kke.gr/IntAct.

KOM – Europäische Kommission (2011): Portugal Memorandum of Understanding on specific economic policy conditionality, 17.5.2011: ec.europa.eu/economy_finance/eu_borrower/mou/2011-05-18-mou-portugal_en.pdf.

KOM – Europäische Kommission (2012a): Standard Eurobarometer 78, November 2012: ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb78/eb78_en.htm.

KOM – Europäische Kommission (2012b): Europäische Bürgerinitiative, Amtliches Register, Abgelehnter Antrag – Création d'une Banque publique européenne axée sur le développement social, écologique et solidaire: ec.europa.eu/citizens-initiative/public/initiatives/non-registered/details/539.

KOM – Europäische Kommission (2012c): Financial assistance for the recapitalisation of financial institu-

tions in Spain: ec.europa.eu/economy_finance/assistance_eu_ms/spain/index_en.htm.

KOM – Europäische Kommission (2013): Arbeitslosenquote in Europa unverändert bei 10,9 Prozent, 30.4.2013: ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/11350_de.htm.

KSČM – Komunistická strana Čech a Moravy (1999a): The CPBM at the Turn of the Millennium: www.kscm.cz/our-party/our-programms/39787.

KSČM – Komunistická strana Čech a Moravy (1999b): Programme of Renewal: www.kscm.cz/our-party/our-programms/39786.

KSČM – Komunistická strana Čech a Moravy (2004): Hope for the Czech Republic: www.kscm.cz/our-party/our-programms/39785.

KSČM – Komunistická strana Čech a Moravy (2009): Volby do EP 2009: www.kscm.cz/volby-a-akce/volby-do-ep-2009.

KSČM – Komunistická strana Čech a Moravy (2010a): Otevřený volební program KSČM pro volby do PS PCR 2010: www.kscm.cz/viewDocument.asp?document=5481.

KSČM – Komunistická strana Čech a Moravy (2010b): A question for Jiří Maštálka [MdEP] – «The European Commission rejected the appeal made by the six post-communist countries regarding the adoption of the Law Against Denying the Crimes of Communism. Was it to be expected?»: www.kscm.cz/political-opinions/52769.

KSČM – Komunistická strana Čech a Moravy (2011): Open letter to His Excellency Peter Brño, Ambassador of the Slovak Republic: www.kscm.cz/political-opinions/57993.

KSČM – Komunistická strana Čech a Moravy (2012a): Main Tasks & Aims of the Party's Work after KSČM's VIII Congress: www.kscm.cz/our-politics/documents/65189/main-tasks-aims-of-the-partys-work-after-KSČMs-viii-congress.

KSČM – Komunistická strana Čech a Moravy (2012b): Statements, Elections in the European Union – hope for change, 15.5.2012: www.kscm.cz/our-politics/statements/64022/elections-in-the-european-union-hope-for-change.

L

Lafontaine, Oskar (2013): Wir brauchen wieder ein europäisches Währungssystem, 30.4.2013: www.oskar-lafontaine.de/links-wirkt/details/f/1/t/wir-brauchen-wieder-ein-europaeisches-waehrungssystem.

Lafontaine, Oskar (2012): Erklärung von Oskar Lafontaine und Jean-Luc Mélenchon, 22.11.2012: www.oskar-lafontaine.de/links-wirkt/details/f/1/t/erklaerung-von-oskar-lafontaine-und-jean-luc-melenchon.

LINKE – DIE LINKE (2007): DIE LINKE im Bundestag – Memorandum für eine demokratische, freiheitliche, soziale und Frieden sichernde Europäische Union: dokumente.linksfraktion.net/download/7743098613.pdf.

LINKE – DIE LINKE (2009a): Europawahlprogramm 2009 – Solidarität, Demokratie, Frieden – Gemeinsam für den Wechsel in Europa!: die-linke.de/fileadmin/tpl/

gfx/wahlen/pdf/europawahlprogramm2009_neu.pdf.

LINKE – DIE LINKE (2009b): Bundestagswahlprogramm 2009: die-linke.de/fileadmin/download/wahlen/pdf/Beschluss_Bundestagswahlprogramm_redTB_revMS_final.pdf.

LINKE – DIE LINKE (2011): Programm der Partei DIE LINKE, Erfurt 2011: IV.5. Wie wollen wir die Europäische Union grundlegend umgestalten? Demokratie, Sozialstaatlichkeit, Ökologie und Frieden: www.die-linke.de/partei/dokumente/programmderpartei/dielinke/iv5wiewollenwirdieeuropaeischeuniongrundlegendumgestaltendemokratiesozialstaatlichkeittoekologieundfrieden.

LINKE – DIE LINKE (2012a): Initiative der Europäischen Linken für eine Bürgerinitiative, Beschluss des Parteivorstandes vom 4. und 5. August 2012: www.die-linke.de/partei/organe/parteivorstand/parteivorstand20122014/beschluesse/initiativedereuropaeischenlinkenfuereinebuergerinitiative.

LINKE – DIE LINKE (2012b): Wahlstrategie der Partei DIE LINKE für das Wahljahr 2013. Beschluss des Parteivorstandes vom 13. Oktober 2012: www.die-linke.de/dielinke/wahlen/wahlstrategie2013.

LINKE – DIE LINKE (2013a): Entwurf des Bundestagswahlprogramms 2013: www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2013/130307_wahlprogramm-entwurf_btw2013_korrigiert.pdf.

LINKE – DIE LINKE (2013b): DIE LINKE. Delegation im Europäischen Parlament – Finanzmärkte: www.dielinke-europa.eu/article/7190.html.

LINKE – DIE LINKE (2013c): Rede von Alexis Tsipras anlässlich des politischen Jahresauftaktes der LINKEN in der Berliner Volksbühne am 13. Januar 2013: www.die-linke.de/nc/dielinke/nachrichten/detail/archiv/2013/januar/zurueck/nachrichten/artikel/eine-nachricht-der-solidaritaet-des-widerstands-und-derhoffnung.

Liotard, Kartika (2010): Nieuwe start, zónder SP, 1.6.2010: www.kartikaliotard.eu/persberichten/index.php?s=socialistische+partij.

N

Neues Deutschland (2013): Dossiers – DIE LINKE, die AfD und der Euro: www.neues-deutschland.de/dossiers/257.html.

P

PACE (2012): Austerity measures should be compatible with democracy and social rights, PACE Summer session, 25-29 June 2012: assembly.coe.int/ASP/AP-FeaturesManager/defaultArtSiteView.asp?ID=1042.

PCP – Partido Comunista Português (2008): 18th PCP Congress: Jeronimo de Sousa, Closure speech, 1.12.2008: www.pcp.pt/en/closure-speech-jeronimo-de-sousa.

PCP – Partido Comunista Português (2010a): Programme, Portugal – An Advanced Democracy on the Threshold of the 21st Century: www.pcp.pt/pcp_programme.

PCP – Partido Comunista Português (2010b): PCP at the great mass rally of the Communist Party of Greece – Athens, 18.5.2010: www.pcp.pt/en/pcp-great-mass-rally-communist-party-greece-athens.

PCP – Partido Comunista Português (2010c): Foreign Delegations Avante Festival 2010: www.pcp.pt/en/foreign-delegations-present-avante-festival-2010.

PCP – Partido Comunista Português (2010d): Statement by the Secretariat of the CC de: 25 Years of Portugal's signing of the treaty of accession to the EEC, 14.6.2010: www.pcp.pt/en/25-years-portugal%C2%B4s-signing-treaty-accession-eec.

PCP – Partido Comunista Português (2010e): Debate «European Union 2020 Strategy», May 10th 2010, Lisbon, Portugal, 16.5.2010: www.pcp.pt/en/debate-european-union-2020-strategy-may-10th-2010-lisbon-portugal.

PCP – Partido Comunista Português (2012a): 19th PCP Congress: Ângelo Alves, The crisis of capitalism and the European capitalist integration, 1.12.2012: www.pcp.pt/en/19th-congress-portuguese-communist-party.

PCP – Partido Comunista Português (2012b): 19th PCP Congress: Guerreiro de Pedro: The anti-imperialist struggle and the affirmation of national sovereignty and independence, 1.12.2012: www.pcp.pt/en/anti-imperialist-struggle-and-affirmation-national-sovereignty-and-independence.

PCP – Partido Comunista Português (2012c): IMC-WP – Beirut Declaration 2012: www.pcp.pt/en/beirut-declaration.

PRC – Partito della Rifondazione Comunista (2011a): VIII Congresso nazionale del Partito della Rifondazione Comunista. Documento conclusivo approvato, 5.10.2011: web.rifondazione.it/viii/?p=230#more-230.

PRC – Partito della Rifondazione Comunista (2011b): VIII Congresso nazionale del Partito della Rifondazione Comunista. Documento 1, 5.10.2011: web.rifondazione.it/viii/?p=60#more-60.

PRC – Partito della Rifondazione Comunista (2011c): VIII Congresso nazionale del Partito della Rifondazione Comunista. Documento 2, 5.10.2011: web.rifondazione.it/viii/?p=51#more-51.

PRC – Partito della Rifondazione Comunista (2011d): VIII Congresso nazionale del Partito della Rifondazione Comunista. Documento 3, 5.10.2011: web.rifondazione.it/viii/?p=46#more-46.

PCF – Parti Communiste Français (2011a): Résolution PCF-PG et DIE LINKE, 1.12.2011: www.pcf.fr/15831.

PCF – Parti Communiste Français (2011b): Alain Obadia – Une politique industrielle pour un développement émancipateur, in: La Revue du Projet, n° 10, September 2011: projet.pcf.fr/12625.

PCF – Parti Communiste Français (2013): Dossier: l'Europe des Indignés: www.pcf.fr/10582.

PCP/KSČM et al. (2010): Joint Statement of 45 Communist and Workers' Parties of Europe – Anti-communism in Europe will not succeed!: www.pcp.pt/en/joint-statement-communist-and-workers%E2%80%99-parties-europe-anti-communism-europe-will-not-succeed.

R

REALPE (2013): Le réseau REALPE: www.realpe-europa.eu/fr/reseau-realpe.

Riexinger, Bernd (2013): Zukunft Europas – Zukunft des Euro?, 13.5.2013: www.bernd-riexinger.de/nc/aktuell/detail/zurueck/aktuell-11a9caf376/artikel/zukunft-europas-zukunft-des-euro.

RC – Rivoluzione Civile, Wahlprogramm 2013: www.rivoluzionecivile.it/wp-content/uploads/2013/02/LA_NOSTRA_RIVOLUZIONE_CIVILE.pdf.

RLS – Rosa-Luxemburg-Stiftung: Gesprächskreis Parteien und soziale Bewegungen: www.rosalux.de/nc/parteien-demokratie/specials/parteien-und-soziale-bewegungen/deutsch/parteien-und-bewegungen.html.

S

SEL – Sinistra Ecologia Libertà (2013): Programma: www.sinistraecologia-liberta.it/programma.

SFe – Sinn Féin (2008): The Future of the EU and Ireland's role in shaping that future: www.sinnfein.ie/files/2009/EUMinorityReportSmall.pdf.

SFe – Sinn Féin (2009a): EU 2009 Manifesto: www.sinnfein.ie/files/2009/EU09_ManifestoWeb1.pdf.

SFe – Sinn Féin (2009b): No 2 Lisbon: www.sinnfein.ie/no-2-lisbon.

SFe – Sinn Féin (2012a): Vote no 2012 – Real solutions – Sinn Fein's alternatives: www.voteno2012.ie/solutions.

SFe – Sinn Féin (2013a): EU-Affairs: www.sinnfein.ie/eu-affairs.

SFe – Sinn Féin (2013b): Unity and all-Ireland development: www.sinnfein.ie/unity-and-all-ireland-development.

SFe – Sinn Féin (2013c): Anderson to host seminar on Horizon 2020 funds for SMEs for Research and Development, 21.1.2013: www.sinnfein.ie/contents/25463.

SFe – Sinn Féin (2013d): Anderson questions EU Commissioner on SME funding, 16.1.2013: www.sinnfein.ie/contents/25428.

SFe – Sinn Féin (2013e): Anderson challenges Taoiseach in EU Parliament, 16.1.2013: www.sinnfein.ie/contents/25429.

SND – Svensk Nationell Datatjänst (2010): Vänsterpartiet 2010, Göteborg Universitet: snd.gu.se/sv/vivill/party/v/manifesto/2010.

SP – Socialistische Partij (2006): A better Europe starts now: international.sp.nl/goals/better_europe/better_europe.pdf.

SP – Socialistische Partij (2011): Europees actieplan tegen speculatie: www.sp.nl/europa/downloads/110907_speculatieplan.pdf.

SP – Socialistische Partij (2011a): SP presents proposals for smaller EU budget, 31.3.2011: international.sp.nl/bericht/58787/110331-sp_presents_proposals_for_smaller_eu_budget.html

SP – Socialistische Partij (2012a): Nieuw vertrouwen – samenvatting verkiezingsprogramma SP 2013–2017: www.sp.nl/2012/verkiezingen/SP-verkiezingsprogramma-verkort.pdf.

SP – Socialistische Partij (2012b): Cornelius de Jong – Budgetverhoging EU totaal verkeerd signaal, 12.12.2012: www.sp.nl/europa/nieuwsberichten/13298/121212-de_jong_budgetverhoging_eu_totaal_verkeerd_signaal.html.

SP – Socialistische Partij (2012c): Van Bommel: «Don't make Europe into a debt union», 15.10.2012: international.sp.nl/bericht/98635/121015-van_bommel_dont_make_europe_into_a_debt_union.html.

SP – Socialistische Partij (2012d): Van Bommel, Harry: Europees Sociaal Groeipakket nodig, 23.5.2012: www.sp.nl/europa/nieuwsberichten/11998/120523-van_bommel_europees_sociaal_groeipakket_nodig.html.

SP – Socialistische Partij (2013a): Standpunten – Europese Unie en democratie: www.sp.nl/europa/standpunten/europa/standpunten/cd_328/standpunt_over_europese_unie_en_democratie.html.

SP – Socialistische Partij (2013b): Standpunten – Over Europese Unie en financiële bijdrage Nederland: www.sp.nl/europa/standpunten/europa/standpunten/cd_65/standpunt_over_europese_unie_en_financiele_bijdrage_nederland.html.

SP – Socialistische Partij (2013c): Dossier Eurocrisis: www.sp.nl/dossier/eurocrisis.html.

SP – Socialistische Partij (2013d): International, Van Bommel like Cameron wants EU referendum, 31.1.2013: international.sp.nl/bericht/102956/130123-van_bommel_like_cameron_wants_eu_referendum.html.

SP – Socialistische Partij (2013e): International Activities: international.sp.nl/activities.

SPD (2013): Die Europa-Frage(n): www.spd.de/themen/76382/unser_europa.html.

Svensson, Eva-Britt (2011): Wir brauchen eine Frau-Quote für Unternehmen. Interview mit EU-Infothek, 8.3.2011: www.eu-infothek.com/article/artikel-165-0.

Synaspismos (2012): Speech of Alexis Tsipras, President of SYRIZA, during the presentation of the party program, 1.6.2012: www.syn.gr/gr/keimeno.php?id=27330.

SYRIZA (2012): The Economic Program of SYRIZA-USF (Coalition of Radical Left – United Social Front): www.syriza.gr/the-economic-program-of-syriza-usf-coalition-of-radical-left-united-social-front.

T

Tavares, Rui (2011): A um amigo que discorda, 24.6.2011: ruitavares.net/textos/a-um-amigo-que-discorda.

TEAM (2012): Annual General Meeting 2012, Protokoll, 23.9.2012: www.teameurope.info/node/831.

Transform! Europe (2013): transform! europe at the WSF 2013 – Programme: transform-network.net/calendar/calendar-2013/news/detail/Calendar/69012651ea.html.

Transform! Europe (2013a): Left Parties Reject the Multiannual Financial Framework of the European Council, 12.3.2013: <http://transform-network.net/>

blog/blog-2013/news/detail/Blog/the-european-left-rejects-the-multiannual-financial-framework-of-the-european-council.html

Tsipras, Alexis (2012): The Greek message for Angela Merkel, in: The Guardian, 8.10.2012: www.guardian.co.uk/commentisfree/2012/oct/08/greek-message-for-angela-merkel.

Tsipras, Alexis (2013a): Greece could be the spark for defeating austerity across Europe, in: The Guardian, 19.3.2013: www.guardian.co.uk/commentisfree/video/2013/mar/19/alexis-tsipras-syriza-greece-video-interview.

V

V – Vänsterpartiet (2007): Jonas Sjöstedt: The Lisbon Treaty – Centralization and Neoliberalism, Röda EU-thema number 10: [www.guengl.eu/uploads/_old_cms_files/10_lisbon_treaty\(1\).pdf](http://www.guengl.eu/uploads/_old_cms_files/10_lisbon_treaty(1).pdf).

V – Vänsterpartiet (2010): Valplattform till riksdagen: motala.vansterpartiet.se/politik/vansterpartiets-valplattform-till-riksdagen.

V – Vänsterpartiet (2012a): Partiprogram: www.vansterpartiet.se/material/partiprogram.

V – Vänsterpartiet (2013a): Även Sverige bör omförhandla EU-medlemskapets villkor, 23.1.2013: www.vansterpartiet.se/aven-sverige-bor-omforhandla-eu-medlemskapets-villkor.

V – Vänsterpartiet (2013b): EU – fördjupning: www.vansterpartiet.se/fordjupning/eu-fordjupning.

V – Vänsterpartiet (2013c): Politik: www.vansterpartiet.se/politik.

VAS – Vasemmistoliitto (2007): The Left Road to a Just World. Left Alliance Party Program. Adopted by the 5th Party Congress 16 June 2007: www.vasemmistoliitto.fi/component/content/article/24-politiikka/961-the-left-road-to-a-just-world-.html.

VAS – Vasemmistoliitto (2011a¹⁹): The global economic crisis is a crisis of banks and financial capitalism. An informational draft for the benefit of the European left: www.vasemmistoliitto.fi/images/talouskriisi_on_pankkien_ja_finanssikapitalismin_kriisi.doc.

VAS – Vasemmistoliitto (2011b): Eduskunnan 11. viikko 2011: www.vasemmisto.fi/politiikka/eduskunnan-viikko/1633-eduskunnan-11-viikko-2011.html.

VAS – Vasemmistoliitto (2011c): Vasemmistoliiton eduskuntavaalien 2011 vaaliohjelma: dl.dropbox.com/u/4740043/eduskuntavaalit%202011/Vaaliohjelma2011.pdf.

VAS – Vasemmistoliitto (2013a): The Left – Richness with Value: www.vasemmistoliitto.fi/vasemmistoliitto/left-alliance.html.

VAS – Vasemmistoliitto (2013b): Nollasopimukset kiellettävä, alipalkkaus kriminalisoitava, 16.3.2013: www.vasemmistoliitto.fi/ajankohtaista/puheet/2109-nollasopimukset-kiellettaevae-alipalkkaus-kriminalisoitava.html.

¹⁹ Datum geschätzt.

Vendola, Nichi (2011): Nichi Vendola über Linke und Schwulsein, in: die tageszeitung, 2.10.2011: www.taz.de/!79167.

Vendola, Nichi (2012): «Europa krepieret», Interview im Deutschlandradio Kultur, 11.12.2012: www.dradio.de/dkultur/sendungen/interview/1946280.

VG – Vinstrihreyfingin – grænt framboð (2005): Stefnyfirlysing Vinstrihreyfingarinnar – græns framboðs: www.vg.is/stefnan/stefnyfirlysing-vinstrihreyfingarinnar-graens-frambods.

VG – Vinstrihreyfingin – grænt framboð (2009): Fundaröð haustið 2009, VG – UMRÆÐUFUNDIR UM ESB: www.vg.is/stefnan/esb-umraeda.

VG – Vinstrihreyfingin – grænt framboð (2011): Ályktanir samþykktar á Landsfundi Vinstrihreyfingarinnar – græns framboðs Akureyri, 28.–30. Október 2011: www.vg.is/wp-content/uploads/2013/02/Landsfundarallyktanir-2011.pdf.

VG – Vinstrihreyfingin – grænt framboð (2013): ALMENNAR STJÓRNMÁLAÁLYKTANIR: www.vg.is/wp-content/uploads/2013/02/alyktanapakinnallur_loka_efnisyfirlit.pdf.

VG/S (2009): Government Coalition Platform of the Social Democratic Alliance and Left-Green Movement, 19.5.2009: eng.forsaetisraduneyti.is/news-and-articles/nr/3730.

VG/S (2013): Agreement between the coalition parties on management of the EU accession negotiations in the run-up to the parliamentary elections, 14.1.2013: eng.forsaetisraduneyti.is/news-and-articles/nr/7467.

Votewatch (2009a): European Party Groups Cohesion Rates 2004–2009: old.votewatch.eu/cx_european_party_groups.php.

Votewatch (2009b): MEP's statistics 2004–2009: old.votewatch.eu/cx_meps_statistics.php.

W

Wagenknecht, Sahra (2012): Vom Tod Europäischer Werte, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.4.2012: www.faz.net/aktuell/feuilleton/gastbeitrag-vom-tod-europaeischer-werte-11732949.html.

WFTU (2013): World Federation of Trade Unions: www.wftucentral.org/?language=en.

Wils, Sabine (2012): Martin Schulz ist neuer EP-Präsident, 17.1.2012: www.dielinke-europa.eu/article/7970.zur-heutigen-wahl-von-martin-schulz-zum-praesidenten-des-europaeischen-parlaments-erklaert-sabine-wils-europaabgeordnete-der-partei-die-linke.html.

World Parliamentary Network (2013): Invitation to the World Parliamentary Forum in Tunis, March 27–28, 2013: www.fsm2013.org/en/node/9256.

Z

Zimmer, Gabriele (2012): Solidarity within the European left, in: Transform! 11/2012: transform-network.net/de/zeitschrift/issue-112012/news/detail/Journal/solidarity-within-the-european-left.html.

Zukunftsgruppe (2012): Abschlussbericht der Gruppe zur Zukunft Europas: www.auswaertiges-amt.de/cae/servlet/contentblob/626324/publicationFile/171784/120918-Abschlussbericht-Zukunftsgruppe-Deutsch.pdf.

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

NATIONALE PARTEIEN

AKEL	Anorthotiko Komma Ergazomenou Laou; Zypern
BE	Bloco de Esquerda; Portugal
CDU	Coligação Democrática Unitária; Portugal
DL	Déi Lénk; Luxemburg
ERG	Enhedslisten – De rød-grønne; Dänemark
FG	Front de Gauche; Frankreich
IU	Izquierda Unida; Spanien
KKE	Kommounistikó Kómma Elládas; Griechenland
KPÖ	Kommunistische Partei Österreichs; Österreich
KSČM	Komunistická strana Čech a Moravy; Tschechien
KSS	Komunistická strana Slovenska; Slowakei
LCR/LO	Ligue Communiste Révolutionnaire/Lutte Ouvrière; Frankreich
LINKE	DIE LINKE; Deutschland
PCF	Parti Communiste Français; Frankreich
PCP	Partido Comunista Português; Portugal
PdCI	Partito dei Comunisti Italiani; Italien
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus; Deutschland
PG	Parti de Gauche; Frankreich
PRC	Partito della Rifondazione Comunista; Italien
SEL	Sinistra Ecologia Libertà; Italien
SF	Socialistisk Folkeparti; Dänemark
SFe	Sinn Féin; Irland
SP	Socialistische Partij; Niederlande
SWP	Socialist Workers Party; Großbritannien
SYN	Synaspismos; Griechenland
SYRIZA	SYRIZA – Enotiko Kinoniko Metopo; Griechenland
UKIP	United Kingdom Independence Party; Großbritannien
V	Vänsterpartiet; Schweden
VAS	Vasemmistoliitto; Finnland
VG	Vinstrihreyfingin – grænt framboð; Island

FRAKTIONEN IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

EVP	Europäische Volkspartei
S&D	Sozialisten und Demokraten
ALDE	Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
Grüne/EFA	Grüne/Europäische Freie Allianz
GUE/NGL	Vereinigte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke
ECR	European Conservatives and Reformists
EFD	Europa der Freiheit und Demokratie

EUROPÄISCHE STRUKTUREN

EACL	European Anti-Capitalist Left
EL	Party of the European Left
FmEU	Folkebevægelsen mod EU
IMCWP	International Meetings of Communist and Workers' Parties
NC	Nordic Council
NELF	New European Left Forum
NGLA	Nordic Green Left Alliance
UEL	Fraktion der Unified European Left
VSG	Venstresocialistiske grønne grupper

INSTITUTIONEN UND BEGRIFFE

ACTA	Anti-Counterfeiting Trade Agreement
EAD	Europäischer Auswärtiger Dienst
EBI	Europäische Bürgerinitiative
EFSF	Europäische Finanzstabilitätsfazilität
EGB	Europäischer Gewerkschaftsbund
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
EP	Europäisches Parlament
EPP	Europäische Politische Parteien
ER	Europäischer Rat
ESF	Europäisches Sozialforum
ESM	Europäischer Stabilitätsmechanismus
EU	Europäische Union
EWU	Europäische Wirtschafts- und Währungsunion
EZB	Europäische Zentralbank
FSE	Forum Soziales Europa
GAP	Gemeinsame Agrarpolitik
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
GATT	General Agreement on Trade and Tariffs
GVO	Gentechnisch veränderte Organismen
IGB	Internationaler Gewerkschaftsbund
KOM	Europäische Kommission
MdEP	Mitglied des Europäischen Parlaments
MFR	Mehrjähriger Finanzrahmen
Nato	North Atlantic Treaty Organisation
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PACE	Parlamentarische Versammlung des Europarates
WPF	World Parliamentary Forum
WSF	Weltsozialforum
WTO	World Trade Organisation
WWU	Wirtschafts- und Währungsunion

TABELLENVERZEICHNIS

Tabelle 1: Positionen linker Parteien zum Entwurf eines Verfassungsvertrages nach Wagener (2006)	9
Tabelle 2: Radical left parties by location in party system and estimated level of intra-party dissent over European integration (2006) nach Almeida (2012).	
Tabelle 3: Übersicht linker europäischer und internationaler Strukturen	11
Tabelle 4: Übersicht europäischer Strukturen mit Beteiligung linker MdEP und Parteien	11
Tabelle 5: Zusammensetzung der GUE/NGL in Bezug auf europäische Parteien	12
Tabelle 6: Linke Parteien zwischen Föderalismus und Souveränismus, April 2013	44